
2003	Ausgegeben zu Bonn am 15. April 2003	Nr. 10
-------------	---	---------------

Tag	Inhalt	Seite
9. 4. 2003	Verordnung zu den Ergänzenden Bestimmungen vom 1. Dezember 1999 zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins FNA: 901-5-3-1	330
20. 2. 2003	Bekanntmachung des deutsch-mazedonischen Abkommens über Technische Zusammenarbeit ...	331
28. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen und der Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokolle I und II –	334
28. 2. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-estnischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	340
7. 3. 2003	Bekanntmachung des deutsch-chinesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	340
12. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (Artikel 50 Buchstabe a)	343
12. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 7. Juli 1971 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	343
12. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 6. Oktober 1980 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (Artikel 83)	344
13. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	344
3. 4. 2003	Bekanntmachung der Neufassung des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	345
2. 4. 2003	Berichtigung des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 2. Februar 1998 über die Vorrechte und Befreiungen der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee sowie der amtlichen deutschen Übersetzung des Übereinkommens	392

**Verordnung
zu den Ergänzenden Bestimmungen vom 1. Dezember 1999
zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins**

Vom 9. April 2003

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 18. Juni 2002 zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins (BGBl. 2002 II S. 1446) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:

Artikel 1

Die nach Artikel 22 Abs. 5 der Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964 (BGBl. 1965 II S. 1633) beschlossenen Ergänzenden Bestimmungen vom 1. Dezember 1999, nämlich:

1. die Ergänzenden Briefpostbestimmungen sowie das Schlussprotokoll dazu,
2. die Ergänzenden Paketpostbestimmungen sowie das Schlussprotokoll dazu,
3. die Ergänzenden Bestimmungen zum Postzahlungsdienste-Übereinkommen sowie das Schlussprotokoll dazu

werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Ergänzenden Bestimmungen werden mit einer amtlichen deutschen Übersetzung im Amtsblatt der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 21. September 1998 zu den Vollzugsordnungen vom 16. Februar 1995 zu den Verträgen vom 14. September 1994 des Weltpostvereins (BGBl. 1998 II. S. 2592) außer Kraft.

Berlin, den 9. April 2003

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

**Bekanntmachung
des deutsch-mazedonischen Abkommens
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 20. Februar 2003

Das in Skopje am 9. Juli 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Technische Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7 Abs. 1

am 4. November 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Februar 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über Technische Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die mazedonische Regierung –

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ihrer Staaten und Völker und

in dem Wunsch, die Beziehungen durch partnerschaftliche Technische Zusammenarbeit zu vertiefen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Völker zusammen.

(2) Dieses Abkommen beschreibt die Rahmenbedingungen für die Technische Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien. Die Vertragsparteien können ergänzende Übereinkünfte über einzelne Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit (im Folgenden als „Projektvereinbarungen“ bezeichnet) schließen. Dabei bleibt jede Vertragspartei für die Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit in ihrem Land selbst verantwortlich. In den Projektvereinbarungen wird die gemeinsame Konzeption des Vorhabens festgelegt, wozu insbesondere sein Ziel, die Leistungen der Vertragsparteien, Aufgaben und organisatorische Stellung der Beteiligten und der zeitliche Ablauf gehören.

Artikel 2

(1) Die Projektvereinbarungen können eine Förderung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Bereichen vorsehen:

- a) Ausbildungs-, Beratungs-, Forschungs- und sonstige Einrichtungen in Mazedonien;
- b) Erstellung von Planungen, Studien und Gutachten;

- c) andere Bereiche der Zusammenarbeit, auf die sich die Vertragsparteien einigen.

(2) Die Förderung kann erfolgen

- a) durch Entsendung von Fachkräften wie Ausbildern, Beratern, Gutachtern, Sachverständigen, wissenschaftlichem und technischem Personal, Projektassistenten und Hilfskräften; das gesamte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im Folgenden als „entsandte Fachkräfte“ bezeichnet;
- b) durch Lieferung von Material und Ausrüstung (im Folgenden als „Material“ bezeichnet);
- c) durch Aus- und Fortbildung von mazedonischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern in Mazedonien, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern;
- d) in anderer geeigneter Weise.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt für die von ihr geförderten Vorhaben auf ihre Kosten folgende Leistungen, soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen:

- a) Vergütungen für die entsandten Fachkräfte;
- b) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder, soweit nicht die entsandten Fachkräfte die Kosten tragen;
- c) Dienstreisen der entsandten Fachkräfte innerhalb und außerhalb Mazedoniens;
- d) Beschaffung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials;
- e) Transport und Versicherung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials zum Standort der Vorhaben; hiervon ausgenommen sind die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Abgaben und Lagergebühren;
- f) Aus- und Fortbildung von mazedonischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern entsprechend den jeweils geltenden deutschen Richtlinien.

(4) Soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen, geht das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material bei seinem Eintreffen in Mazedonien in das Eigentum Mazedoniens über; das Material steht den geförderten Vorhaben und den entsandten Fachkräften für ihre Aufgaben uneingeschränkt zur Verfügung.

(5) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die mazedonische Regierung darüber, welche Träger, Organisationen oder Stellen sie mit der Durchführung ihrer Förderungsmaßnahmen für das jeweilige Vorhaben beauftragt. Die beauftragten Träger, Organisationen oder Stellen werden im Folgenden als „durchführende Stelle“ bezeichnet.

Artikel 3

Leistungen der mazedonischen Regierung:

Sie

- a) stellt auf ihre Kosten für die Vorhaben in Mazedonien die erforderlichen Grundstücke und Gebäude einschließlich deren Einrichtung zur Verfügung, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Kosten die Einrichtung liefert;
- b) befreit das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material von Lizenzen, Ein- und Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie Lagergebühren und stellt sicher, dass das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag der durchführenden Stelle auch für in Mazedonien beschafftes Material;

- c) trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben;

- d) stellt auf ihre Kosten die jeweils erforderlichen mazedonischen Fach- und Hilfskräfte zur Verfügung; in den Projektvereinbarungen soll ein Zeitplan hierfür festgelegt werden;

- e) sorgt dafür, dass die Aufgaben der entsandten Fachkräfte so bald wie möglich durch mazedonische Fachkräfte fortgeführt werden. Soweit diese Fachkräfte im Rahmen dieses Abkommens in Mazedonien, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern aus- oder fortgebildet werden, benennt sie rechtzeitig unter Beteiligung der deutschen Auslandsvertretung oder der von dieser benannten Fachkräfte genügend Bewerber für diese Aus- oder Fortbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach ihrer Aus- oder Fortbildung mindestens fünf Jahre an dem jeweiligen Vorhaben zu arbeiten. Sie sorgt für angemessene Bezahlung dieser mazedonischen Fachkräfte;

- f) erkennt die Prüfungen, die im Rahmen dieses Abkommens aus- und fortgebildete mazedonische Staatsangehörige abgelegt haben, entsprechend ihrem fachlichen Niveau an. Sie eröffnet diesen Personen ausbildungsgerechte Anstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder Laufbahnen;

- g) gewährt den entsandten Fachkräften jede Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben und stellt ihnen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung;

- h) stellt sicher, dass die zur Durchführung der Vorhaben erforderlichen Leistungen erbracht werden, soweit diese nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach den Projektvereinbarungen übernommen werden;

- i) stellt sicher, dass alle mit der Durchführung dieses Abkommens und der Projektvereinbarungen befassten mazedonischen Stellen rechtzeitig und umfassend über deren Inhalt unterrichtet werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, dass die entsandten Fachkräfte verpflichtet werden,

- a) nach besten Kräften im Rahmen der über ihre Arbeit getroffenen Vereinbarungen zur Erreichung der in Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele beizutragen;
- b) sich nicht in die inneren Angelegenheiten Mazedoniens einzumischen;
- c) die Gesetze Mazedoniens zu befolgen und Sitten und Gebräuche des Landes zu achten;
- d) keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als die auszuüben, mit der sie beauftragt sind;
- e) mit den amtlichen Stellen Mazedoniens vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, dass vor Entsendung einer Fachkraft die Zustimmung der mazedonischen Regierung eingeholt wird. Die durchführende Stelle bittet die mazedonische Regierung unter Übersendung des Lebenslaufs um Zustimmung zur Entsendung der von ihr ausgewählten Fachkraft. Geht innerhalb von zwei Monaten keine ablehnende Mitteilung der mazedonischen Regierung ein, so gilt dies als Zustimmung.

(3) Wünscht die mazedonische Regierung die Abberufung einer entsandten Fachkraft, so wird sie frühzeitig mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verbindung aufnehmen und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wenn eine entsandte Fachkraft von deutscher Seite abberufen wird, dafür sorgen, dass die mazedonische Regierung so früh wie möglich darüber unterrichtet wird.

Artikel 5

(1) Die mazedonische Regierung sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder. Hierzu gehört insbesondere Folgendes:

- a) Sie haftet an Stelle der entsandten Fachkräfte für Schäden, die diese im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe verursachen; jede Inanspruchnahme der entsandten Fachkräfte ist insoweit ausgeschlossen; ein Erstattungsanspruch, auf welcher Rechtsgrundlage er auch beruht, kann von Mazedonien gegen die entsandten Fachkräfte nur im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden;
- b) sie befreit die in Satz 1 genannten Personen von jeder Festnahme oder Haft in Bezug auf Handlungen oder Unterlassungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe stehen;
- c) sie gewährt den in Satz 1 genannten Personen jederzeit die ungehinderte Ein- und Ausreise;
- d) sie stellt den in Satz 1 genannten Personen einen Ausweis aus, in dem auf den besonderen Schutz und die Unterstützung, die die mazedonische Regierung ihnen gewährt, hingewiesen wird.

(2) Die mazedonische Regierung

(3)

- a) erhebt von den aus Mitteln der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an entsandte Fachkräfte für Leistungen im Rahmen dieses Abkommens gezahlten Vergütungen keine Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben; das Gleiche gilt für Vergütungen an Firmen, die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen im Rahmen dieses Abkommens durchführen;

- b) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen während der Dauer ihres Aufenthalts die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr der zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Gegenstände einschließlich eines Personenkraftwagens; die abgaben- und kautionsfreie Einfuhr und Ausfuhr von Ersatzgegenständen einschließlich eines Personenkraftwagens ist ebenfalls gestattet, wenn die eingeführten Gegenstände unbrauchbar geworden oder abhanden gekommen sind;
- c) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen die Einfuhr von Medikamenten sowie Kinder- und Diätnahrmitteln im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs;
- d) erteilt den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen gebühren- und kautionsfrei die erforderlichen Sichtvermerke, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für die bei seinem Inkrafttreten bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit der Vertragsparteien.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Das Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Es verlängert sich danach stillschweigend um jeweils ein Jahr, es sei denn, dass eine der Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(3) Nach Ablauf dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für die begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit weiter.

Geschehen zu Skopje am 9. Juli 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Werner Burkhardt

Für die mazedonische Regierung
Milijana Danevska

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen
und der Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen
über den Schutz der Opfer internationaler und
nicht internationaler bewaffneter Konflikte
– Protokolle I und II –**

Vom 28. Februar 2003

I.

Die Cookinseln haben dem Schweizerischen Bundesrat als Verwahrer am 7. Mai 2002 notifiziert, dass sie sich vom 11. Juni 2001, dem Tage ihrer Unabhängigkeit, als durch die vier Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 781, 783, 813, 838, 917; 1956 II S. 1586)

Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,

Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,

Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen,

Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
gebunden betrachten.

II.

Rumänien hat dem Schweizerischen Bundesrat am 24. Juni 2002 die Rücknahme seiner bei Ratifikation der vier Genfer Abkommen am 1. Juni 1954 bestätigten Vorbehalte notifiziert (BGBl. 1954 II S. 781, 998, 1133).

III.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll I – (BGBl. 1990 II S. 1550, 1551; 1997 II S. 1366) ist nach seinem Artikel 95 Abs. 2 für die

Cookinseln

am 7. November 2002

in Kraft getreten.

Die Cookinseln haben dem Schweizerischen Bundesrat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 7. Mai 2002 notifiziert, dass sie die Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission nach Artikel 90 Abs. 2 des Protokolls I unter der Bedingung der Gegenseitigkeit anerkennen.

IV.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll II – (BGBl. 1990 II S. 1550, 1637) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für die

Cookinseln

am 7. November 2002

in Kraft getreten.

V.

Das Vereinigte Königreich hat dem Schweizerischen Bundesrat am 2. Juli 2002 die Erstreckung der Anwendung der Protokolle I und II auf die nachfolgenden Territorien, deren auswärtige Beziehungen das Vereinigte Königreich wahrnimmt, mit Wirkung vom 2. Januar 2003 notifiziert:

Akrotiri und Dhekelia
 Anguilla
 Bermuda
 das Britische Antarktis-Territorium
 die Britischen Jungferninseln
 das Britische Territorium im Indischen Ozean
 die Falklandinseln
 die Kaimaninseln
 Montserrat
 die Pitcairninnseln, Henderson, Ducie und Oeno
 St. Helena und Nebengebiete
 Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln
 die Turks- und Caicosinseln

und dabei die nachfolgenden Erklärungen zu dem Protokoll I abgegeben:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>“(a) It continues to be the understanding of the United Kingdom that the rules introduced by the Protocol apply exclusively to conventional weapons without prejudice to any other rules of international law applicable to other types of weapons. In particular, the rules so introduced do not have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons.</p> <p>(b) The United Kingdom understands the term ‘feasible’ as used in the Protocol to mean that which is practicable or practically possible, taking into account all circumstances ruling at the time, including humanitarian and military considerations.</p> <p>(c) Military commanders and others responsible for planning, deciding upon, or executing attacks necessarily have to reach decisions on the basis of their assessment of the information from all sources which is reasonably available to them at the relevant time.</p> <p>(d) Article 1, paragraph 4 and Article 96, paragraph 3</p> <p>It is the understanding of the United Kingdom that the term ‘armed conflict’ of itself and in its context denotes a situation of a kind which is not constituted by the commission of ordinary crimes including acts of terrorism whether concerted or in isolation.</p> <p>The United Kingdom will not, in relation to any situation in which it is itself involved, consider itself bound in consequence of any declaration purporting to be made under paragraph 3 of Article 96 unless the United Kingdom shall have expressly recognised that it has been made by a body which is</p> | <p>„(a) Es ist weiterhin das Verständnis des Vereinigten Königreichs, dass die durch das Protokoll eingeführten Bestimmungen nur auf konventionelle Waffen Anwendung finden, unbeschadet sonstiger, auf andere Waffenarten anwendbarer Regeln des Völkerrechts. Insbesondere haben die auf diese Weise eingeführten Bestimmungen keine Auswirkung auf den Einsatz von Kernwaffen und regeln diesen weder, noch verbieten sie ihn.</p> <p>(b) Nach dem Verständnis des Vereinigten Königreichs bedeuten die Begriffe ‚praktisch möglich‘ und ‚praktisch durchführbar‘ im Sinne des Protokolls das, was durchführbar oder praktisch tatsächlich möglich ist, wobei alle in dem entsprechenden Zeitpunkt gegebenen Umstände zu berücksichtigen sind einschließlich humanitärer und militärischer Überlegungen.</p> <p>(c) Militärische Führer und andere Personen, die für Planung, Entscheidung und Durchführung von Angriffen verantwortlich sind, müssen ihre Entscheidungen zwangsläufig auf der Grundlage ihrer Beurteilung der ihnen im gegebenen Zeitpunkt in angemessener Weise zur Verfügung stehenden Informationen aus allen Quellen treffen.</p> <p>(d) Artikel 1 Absatz 4 und Artikel 96 Absatz 3:</p> <p>Nach dem Verständnis des Vereinigten Königreichs bezeichnet der Begriff ‚bewaffneter Konflikt‘ für sich allein und im Zusammenhang eine Situation, die nicht durch das Begehen gewöhnlicher Straftaten, einschließlich einzeln oder gemeinschaftlich verübter Terrorakte, herbeigeführt wurde.</p> <p>Das Vereinigte Königreich wird sich im Zusammenhang mit einer Situation, in die es selbst verwickelt ist, infolge einer angeblich nach Artikel 96 Absatz 3 abgegebenen Erklärung nicht als gebunden betrachten, es sei denn, das Vereinigte Königreich hat ausdrücklich anerkannt, dass diese von</p> |
|---|---|

genuinely an authority representing a people engaged in an armed conflict of the type to which Article 1, paragraph 4, applies.

(e) Article 28, paragraph 2

Given the practical need to make use of non-dedicated aircraft for medical evacuation purposes, the United Kingdom does not interpret this paragraph as precluding the presence on board of communications equipment and encryption materials or the use thereof solely to facilitate navigation, identification or communication in support of medical transportation as defined in Article 8 (f).

(f) Article 35, paragraph 3 and Article 55

The United Kingdom understands both of these provisions to cover the employment of methods and means of warfare and that the risk of environmental damage falling within the scope of these provisions arising from such methods and means of warfare is to be assessed objectively on the basis of the information available at the time.

(g) Article 44, paragraph 3

It is the understanding of the United Kingdom that:

- the situation in the second sentence of paragraph 3 can only exist in occupied territory or in armed conflicts covered by paragraph 4 of Article 1;
- ‘deployment’ in paragraph 3 (b) means any movement towards a place from which an attack is to be launched.

(h) Article 50

In the view of the United Kingdom the rule in the second sentence of paragraph 1 applies only in cases of substantial doubt still remaining after the assessment referred to at paragraph (c) above has been made, and not as overriding a commander’s duty to protect the safety of troops under his command or to preserve his military situation, in conformity with other provisions of the Protocol.

(i) Article 51 and Article 57

In the view of the United Kingdom, the military advantage anticipated from an attack is intended to refer to the advantage anticipated from the attack considered as a whole and not only from isolated or particular parts of the attack.

einer Stelle abgegeben wurde, die wirklich ein Organ ist, das ein Volk vertritt, welches in einen bewaffneten Konflikt der Art verwickelt ist, auf die Artikel 1 Absatz 4 Anwendung findet.

(e) Artikel 28 Absatz 2:

Wegen der praktischen Notwendigkeit, nicht zweckgebundene Luftfahrzeuge zur Evakuierung aus medizinischen Gründen zu nutzen, legt das Vereinigte Königreich diesen Absatz nicht so aus, als schließe er das Vorhandensein und den Gebrauch von nachrichtentechnischer Ausrüstung und Verschlüsselungsgerät an Bord allein zu dem Zweck, die Navigation, die Kennzeichnung oder den Nachrichtenverkehr zur Unterstützung des Sanitätstransports im Sinne des Artikels 8 Buchstabe f zu erleichtern, aus.

(f) Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 55:

Nach der Auffassung des Vereinigten Königreichs behandeln beide Bestimmungen die Verwendung von Methoden und Mitteln der Kriegführung; ferner ist das Risiko von Umweltschäden, die in den Anwendungsbereich dieser Bestimmungen fallen und die durch solche Methoden und Mittel der Kriegführung verursacht werden, objektiv auf der Grundlage der im Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen zu beurteilen.

(g) Artikel 44 Absatz 3:

Das Vereinigte Königreich vertritt die Auffassung, dass

- die Situation in Absatz 3 Satz 2 nur in besetztem Gebiet oder bewaffneten Konflikten im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 auftreten kann;
- ‚Aufmarsch‘ in Absatz 3 Buchstabe b jede Bewegung in Richtung auf denjenigen Ort bezeichnet, von dem aus ein Angriff durchgeführt werden soll.

(h) Artikel 50:

Nach dem Verständnis des Vereinigten Königreichs findet Absatz 1 Satz 2 nur auf die Fälle Anwendung, in denen nach Durchführung der unter Buchstabe c genannten Beurteilung ernsthafte Zweifel bestehen bleiben, und enthebt einen militärischen Führer nicht der Pflicht, in Übereinstimmung mit anderen Bestimmungen des Protokolls die Sicherheit der unter seinem Befehl stehenden Truppen zu gewährleisten oder seine militärische Lage aufrechtzuerhalten.

(i) Artikel 51 und Artikel 57:

Nach dem Verständnis des Vereinigten Königreichs soll sich der von einem Angriff erwartete militärische Vorteil auf den Vorteil beziehen, der von dem Angriff insgesamt, nicht aber nur von einzelnen Teilaktionen erwartet wird.

(j) Article 52

It is the understanding of the United Kingdom that:

- a specific area of land may be a military objective if, because of its location or other reasons specified in this Article, its total or partial destruction, capture or neutralisation in the circumstances ruling at the time offers definite military advantage;
- the first sentence of paragraph 2 prohibits only such attacks as may be directed against non-military objectives; it does not deal with the question of collateral damage resulting from attacks directed against military objectives.

(k) Article 53

The United Kingdom declares that if the objects protected by this Article are unlawfully used for military purposes they will thereby lose protection from attacks directed against such unlawful military uses.

(l) Article 54, paragraph 2

The United Kingdom understands that paragraph 2 has no application to attacks that are carried out for a specific purpose other than denying sustenance to the civilian population or the adverse party.

(m) Articles 51–55

The obligations of Articles 51 and 55 are accepted on the basis that any adverse party against which the United Kingdom might be engaged will itself scrupulously observe those obligations. If an adverse party makes serious and deliberate attacks, in violation of Article 51 or Article 52 against the civilian population or civilians or against civilian objects, or, in violation of Articles 53, 54 and 55, on objects or items protected by those Articles, the United Kingdom will regard itself as entitled to take measures otherwise prohibited by the Articles in question to the extent that it considers such measures necessary for the sole purpose of compelling the adverse party to cease committing violations under those Articles, but only after formal warning to the adverse party requiring cessation of the violations has been disregarded and then only after a decision taken at the highest level of government. Any measures thus taken by the United Kingdom will not be disproportionate to the violations giving rise thereto and will not involve any action prohibited by the Geneva Conventions of 1949 nor will such measures be continued after the viola-

(j) Artikel 52:

Das Vereinigte Königreich vertritt die Auffassung, dass

- ein bestimmter Geländebereich ein militärisches Ziel sein kann, wenn aufgrund seiner Lage oder anderer in dem Artikel genannter Gründe seine gänzliche oder teilweise Zerstörung, seine Inbesitznahme oder Neutralisierung unter den in dem betreffenden Zeitpunkt gegebenen Umständen einen eindeutigen militärischen Vorteil darstellt;
- Absatz 2 Satz 1 nur solche Angriffe verbietet, die gegen nichtmilitärische Ziele gerichtet sind; er behandelt nicht die Frage von Nebenschäden, die durch gegen militärische Ziele gerichtete Angriffe verursacht werden.

(k) Artikel 53:

Das Vereinigte Königreich erklärt, dass durch diesen Artikel geschützte Objekte im Falle unrechtmäßiger Nutzung zu militärischen Zwecken dadurch den Schutz vor den Angriffen verlieren, die gegen eine solche unrechtmäßige militärische Nutzung gerichtet sind.

(l) Artikel 54 Absatz 2:

Nach dem Verständnis des Vereinigten Königreichs findet Absatz 2 nicht auf Angriffe Anwendung, die aus einem bestimmten Grund, nicht jedoch zu dem Zweck, der Zivilbevölkerung oder der gegnerischen Partei den Lebensunterhalt vorzuenthalten, geführt werden.

(m) Artikel 51–55:

Die Verpflichtungen der Artikel 51 und 55 werden unter der Voraussetzung anerkannt, dass jede gegnerische Partei, mit der das Vereinigte Königreich in Konflikt steht, diesen Verpflichtungen ebenfalls peinlich genau nachkommen wird. Führt die gegnerische Partei ernste und vorsätzliche Angriffe unter Verletzung des Artikels 51 oder 52 gegen die Zivilbevölkerung oder Zivilisten oder zivile Objekte beziehungsweise unter Verletzung der Artikel 53, 54 und 55 gegen durch diese Artikel geschützte Objekte oder Gegenstände durch, so wird das Vereinigte Königreich sich als ermächtigt betrachten, Maßnahmen zu ergreifen, die andernfalls durch die genannten Artikel verboten sind, soweit es solche Maßnahmen zu dem alleinigen Zweck für notwendig erachtet, die gegnerische Partei dazu zu zwingen, keine weiteren Verletzungen jener Artikel zu begehen; dies wird jedoch erst geschehen, nachdem eine förmliche Warnung an die gegnerische Partei, mit der diese aufgefordert wird, die Verletzungen zu beenden, unbeachtet blieb, und dann wiederum nur nach einem Beschluss auf höchster Regierungsebene. Maßnahmen, die

tions have ceased. The United Kingdom will notify the Protecting Powers of any such formal warning given to an adverse party, and if that warning has been disregarded, of any measures taken as a result.

(n) Articles 56 and 85, paragraph 3 c

The United Kingdom cannot undertake to grant absolute protection to installations which may contribute to the opposing Party's war effort, or to the defenders of such installations, but will take all due precautions in military operations at or near the installations referred to in paragraph 1 of Article 56 in the light of the known facts, including any special marking which the installation may carry, to avoid severe collateral losses among the civilian populations; direct attacks on such installations will be launched only on authorisation at a high level of command.

(o) Article 57, paragraph 2

The United Kingdom understands that the obligation to comply with paragraph 2 (b) only extends to those who have the authority and practical possibility to cancel or suspend the attack.

(p) Article 70

It is the understanding of the United Kingdom that this Article does not affect the existing rules of naval warfare regarding naval blockade, submarine warfare or mine warfare.

In addition, the UK Government hereby extends the following declaration made on 17 May 1999 in respect of the recognition of competence of the International Fact-Finding Commission to the above listed territories for whose international relations it is responsible:

'The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland declares that it recognises ipso facto and without special agreement, in relation to any other High Contracting Party accepting the same obligation, the competence of the International Fact-Finding Commission to inquire into allegations by such other Party, as authorised by Article 90 of Protocol I

das Vereinigte Königreich auf diese Weise ergreift, werden nicht unverhältnismäßig zu den Verletzungen sein, die zu diesen Maßnahmen Anlass gegeben haben, und werden weder eine Handlung umfassen, welche die Genfer Abkommen von 1949 verbieten, noch nach Ende der Verletzungen fortgesetzt. Das Vereinigte Königreich wird den Schutzmächten jede einer gegnerischen Partei erteilte förmliche Warnung notifizieren und, bliebe diese Warnung unbeachtet, die als Ergebnis dessen ergriffenen Maßnahmen.

(n) Artikel 56 und 85 Absatz 3 Buchstabe c:

Das Vereinigte Königreich kann sich nicht dazu verpflichten, Einrichtungen, die den kriegserischen Anstrengungen der gegnerischen Partei förderlich sein können, oder denen, die solche Einrichtungen verteidigen, uneingeschränkten Schutz zuzusichern, es wird jedoch alle gebotenen Vorsichtsmaßnahmen bei Kriegshandlungen an den in Artikel 56 Absatz 1 genannten Einrichtungen oder in deren Nähe unter Berücksichtigung der bekannten Tatsachen ergreifen, darunter die besondere Kennzeichnung, mit der die Einrichtung möglicherweise versehen ist, um damit einhergehende schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden; direkte Angriffe auf solche Einrichtungen werden nur nach Genehmigung durch eine höhere Befehlsebene geführt.

(o) Artikel 57 Absatz 2:

Nach der Auffassung des Vereinigten Königreichs bezieht sich die Verpflichtung zur Einhaltung des Absatzes 2 Buchstabe b nur auf diejenigen, welche die Befugnis oder die praktische Möglichkeit haben, einen Angriff endgültig oder vorläufig einzustellen.

(p) Artikel 70:

Das Vereinigte Königreich vertritt die Auffassung, dass dieser Artikel die für die Seekriegführung geltenden Vorschriften über die Seeblockade sowie die Unterwasser- und Minenkriegführung nicht berührt.

Darüber hinaus erstreckt die Regierung des Vereinigten Königreichs hiermit folgende am 17. Mai 1999 abgegebene Erklärung zur Anerkennung der Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission auf die oben aufgeführten Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt:

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erklärt, dass sie gegenüber jeder anderen Hohen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, die Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission zur Untersuchung der Behauptungen einer solchen anderen Partei, wie in Artikel 90 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkom-

Additional to the Geneva Conventions of 1949.'

The UK Government reserves the right to extend its ratification of the Additional Protocols and/or its declaration in respect of the recognition of competence of the International Fact-Finding Commission at a later date to any other territories for whose international relations the UK Government is responsible."

men von 1949 vorgesehen, von Rechts wegen und ohne besondere Übereinkunft anerkennt.'

Die Regierung des Vereinigten Königreichs behält sich das Recht vor, ihre Ratifikation der Zusatzprotokolle und/oder ihre Erklärung zur Anerkennung der Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission zu einem späteren Zeitpunkt auf alle anderen Hoheitsgebiete zu erstrecken, deren internationale Beziehungen die Regierung des Vereinigten Königreichs wahrnimmt."

VI.

Zypern hat dem Schweizerischen Bundesrat am 14. Oktober 2002 die nachfolgende Erklärung zu dem Protokoll I notifiziert:

(Übersetzung)

"The Government of the Republic of Cyprus declares that it recognises ipso facto and without special agreement, in relation to any other High Contracting Party accepting the same obligation, the competence of the international Fact-Finding Commission to enquire into allegations by such other Party, as authorised by Article 90 of Protocol I Additional to the Geneva Conventions of August 12th, 1949, adopted in Geneva on June 8th, 1977, relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts."

„Die Regierung der Republik Zypern erklärt, dass sie gegenüber jeder anderen Hohen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, die Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission zur Untersuchung der Behauptungen einer solchen anderen Partei, wie in Artikel 90 des am 8. Juni 1977 in Genf angenommenen Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte vorgesehen, von Rechts wegen und ohne besondere Übereinkunft anerkennt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 15. Februar 2002 (BGBl. II S. 950), 19. Februar 2002 (BGBl. II S. 660) und 10. Juni 2002 (BGBl. II S. 1684).

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-estnischen Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 28. Februar 2003

Das in Bonn am 29. April 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über kulturelle Zusammenarbeit (BGBl. 2000 II S. 445) ist nach seinem Artikel 18

am 15. August 2002

in Kraft getreten.

Gleichzeitig ist nach Artikel 15 Abs. 4 des Abkommens die Anlage hierzu in Kraft getreten.

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-chinesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. März 2003

Das in Peking am 26. Februar 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle Zusammenarbeit 2002 ist nach seinem Artikel 7

am 26. Februar 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. März 2003

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle Zusammenarbeit 2002

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik China –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik China beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die 20. Sitzung der Gemischten Kommission für entwicklungspolitische Zusammenarbeit vom 24. Mai 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik China, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 36 000 000,- EUR (in Worten: sechsunddreißig Millionen Euro) für die Vorhaben
 - a) Armutsminderung Xinjiang bis zu 8 000 000,- EUR (in Worten: acht Millionen Euro),
 - b) Abwasserprogramm IV bis zu 15 000 000,- EUR (in Worten: fünfzehn Millionen Euro),
 - c) Schienenverkehrsprogramm III bis zu 13 000 000,- EUR (in Worten: dreizehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 15 500 000,- EUR (in Worten: fünfzehn Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben
 - a) Kleinbäuerliche Aufforstung Hunan II bis zu 7 500 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Euro),
 - b) Erneuerbare Energien, insbesondere Solarenergie in Qinghai bis zu 8 000 000,- EUR (in Worten: acht Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen.

3. Einen Finanzierungsbeitrag für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds bis zu insgesamt 2 500 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro).

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten

Beträgen im Rahmen der in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der Deckungsvoraussetzungen Bürgschaften bis zu 49 500 000,- EUR (in Worten: neunundvierzig Millionen fünfhunderttausend Euro) zur Ermöglichung von Verbundkrediten der Finanziellen Zusammenarbeit durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c und in Artikel 5 Absatz 1 und 2 genannten Vorhaben zu übernehmen.

(3) Kann bei den in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Volksrepublik China, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China durch andere Vorhaben ersetzt werden. Werden die in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik China zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 5 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Ministerium der Finanzen der Volksrepublik China zu schließenden Verträge. Auf diese Verträge findet das Recht des Ortes Anwendung, an dem das Abkommen vom 10. Juni 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet wurde. Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und beziehungsweise oder Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für die in Artikel 1 genannten Beträge ist dies der 31. Dezember 2010.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik China stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Volksrepublik China erhoben werden können.

Artikel 4

Für die sich aus der Gewährung von Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporte treffen die beiden Regierungen eine befriedigende Regelung. Insoweit sind die Bestimmungen des Abkommens vom 10. Juni 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle Zusammenarbeit maßgebend.

Artikel 5

(1) Das im Abkommen vom 4. Juli 1994 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Kohlekraftwerk Wuhan Languang“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 4 500 000,- EUR (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend Euro) und das im Abkommen vom 19. November 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Moderne Kohlekraftwerke“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Beitrag von 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Verbesserung des Gesundheitswesens in den Westprovinzen Chinas I“ mit einem Betrag von bis zu 4 500 000,- EUR (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Teilkomponente „Krankenhausausrüstung“ und als Finanzierungsbeitrag mit einem Betrag von bis zu 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) für die Teilkomponente „HIV-Prävention“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das im Abkommen vom 13. Juli 1995 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „China Investment Bank III“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 3 820 000,- EUR (in Worten: drei Millionen achthundertzwanzigtausend Euro)

und das im Abkommen vom 19. November 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Moderne Kohlekraftwerke“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 21 180 000,- EUR (in Worten: einundzwanzig Millionen einhundertachtzigtausend Euro) reprogrammiert und als Darlehen für das Vorhaben „Verbesserung des Gesundheitswesens in den Westprovinzen Chinas II“ (Teilkomponente „Krankenhausausrüstung“) mit einem Betrag von bis zu 25 000 000,- EUR (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Euro) verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(3) Das im Abkommen vom 9. Juni 1999 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Moderne Kohlekraftwerke“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) reprogrammiert und als Finanzierungsbeitrag für das Vorhaben „Verbesserung des Gesundheitswesens in den Westprovinzen Chinas II“ (Teilkomponente „HIV-Prävention“) mit einem Betrag von 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Abkommens vom 10. Juni 1985 sowie des dazugehörigen Briefwechsels in der durch die Vereinbarung vom 11./12. Dezember 1986 geänderten Fassung auch für dieses Abkommen.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Peking am 26. Februar 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, chinesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des chinesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
J. Boudre-Groeger

Für die Regierung der Volksrepublik China
Li Yong

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 12. März 1971 zur Änderung
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
(Artikel 50 Buchstabe a)**

Vom 12. März 2003

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

St. Kitts und Nevis	am 20. Juni 2002
Tonga	am 5. Februar 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. August 2001 (BGBl. II S. 966).

Berlin, den 12. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 7. Juli 1971 zur Änderung
des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 12. März 2003

Das Protokoll vom 7. Juli 1971 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1978 II S. 500) ist nach seinem drittletzten Absatz für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Nauru	am 28. Juli 1994
St. Kitts und Nevis	am 20. Juni 2002
Tonga	am 5. Februar 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. September 2001 (BGBl. II S. 967).

Berlin, den 12. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 6. Oktober 1980 zur Änderung
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
(Artikel 83)**

Vom 12. März 2003

Das Protokoll vom 6. Oktober 1980 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1997 II S. 1777) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bolivien	am 3. September 2002
Kamerun	am 28. Februar 2002
Kasachstan	am 10. September 2002
Nigeria	am 10. Mai 2002
Polen	am 24. Januar 2002
St. Kitts und Nevis	am 20. Juni 2002
Suriname	am 4. September 2002
Tonga	am 5. Februar 2002
Venezuela	am 7. Mai 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. März 2002 (BGBl. II S. 787).

Berlin, den 12. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Errichtung des
Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung**

Vom 13. März 2003

Das Übereinkommen vom 13. Juni 1976 zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (BGBl. 1978 II S. 1405) ist nach seinem Artikel 13 Abschnitt 3 Buchstabe b für

Timor-Leste	am 4. März 2003
-------------	-----------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. September 2001 (BGBl. II S. 1017).

Berlin, den 13. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Bekanntmachung
der Neufassung des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Vom 3. April 2003

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 23. April 2002 zu der am 3. Dezember 1999 in Peking beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und zu weiteren Anpassungen des Protokolls (BGBl. 2002 II S. 921) wird nachstehend der Wortlaut des Montrealer Protokolls in seiner durch die Änderungen und Anpassungen von 1990, 1992, 1997 und 1999 sowie durch die Anpassungen von 1995 geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. das Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II S. 1014; 1989 II S. 622),
2. die von der Zweiten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in London am 29. Juni 1990 beschlossene Änderung und die beschlossenen Anpassungen des Montrealer Protokolls (BGBl. 1991 II S. 1331; 1993 II 261),
3. die von der Vierten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in Kopenhagen am 25. November 1992 beschlossene Änderung und die beschlossenen Anpassungen des Montrealer Protokolls (BGBl. 1993 II S. 2182; 2002 II S. 921; 1994 II S. 3689),
4. die von der Siebten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in Wien am 7. Dezember 1995 beschlossenen Anpassungen des Montrealer Protokolls (BGBl. 2002 II S. 921),
5. die von der Neunten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in Montreal am 17. September 1997 beschlossene Änderung (BGBl. 1998 II S. 2690; 2000 II S. 13) und die beschlossenen Anpassungen (BGBl. 1998 II S. 2732; 2002 II S. 921) des Montrealer Protokolls,
6. die von der Elften Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in Peking am 3. Dezember 1999 beschlossene Änderung und die beschlossenen Anpassungen des Montrealer Protokolls (BGBl. 2002 II S. 921; 2003 II S. 84).

Berlin, den 3. April 2003

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin

Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen

einschließlich der
1990 in London
1992 in Kopenhagen
1995 in Wien
1997 in Montreal
1999 in Peking
beschlossenen Änderungen und/oder Anpassungen

The Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer

as either adjusted and/or amended in
London 1990
Copenhagen 1992
Vienna 1995
Montreal 1997
Beijing 1999

Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone

tel qu'ajusté et/ou amendé à
Londres (1990)
Copenhague (1992)
Vienne (1995)
Montréal (1997)
Beijing (1999)

(Übersetzung)

Table of Contents	Table des matières	Inhaltsverzeichnis
Preamble	Préambule	Präambel
Article 1 Definitions	Article 1 Définitions	Artikel 1 Begriffsbestimmungen
Article 2 Control Measures	Article 2 Mesures de réglementation	Artikel 2 Regelungsmaßnahmen
Article 2A CFCs	Article 2A CFC	Artikel 2A FCKW
Article 2B Halons	Article 2B Halons	Artikel 2B Halone
Article 2C Other fully halogenated CFCs	Article 2C Autres CFC entièrement halogénés	Artikel 2C Sonstige vollständig halogenierte FCKW
Article 2D Carbon tetrachloride	Article 2D Tétrachlorure de carbone	Artikel 2D Tetrachlorkohlenstoff
Article 2E 1,1,1-Trichloroethane (Methyl chloroform)	Article 2E 1,1,1-trichloroéthane (méthylchloroforme)	Artikel 2E 1,1,1-Trichlorethan (Methylchloroform)
Article 2F Hydrochlorofluorocarbons	Article 2F Hydrochlorofluorocarbones	Artikel 2F Teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe
Article 2G Hydrobromofluorocarbons	Article 2G Hydrobromofluorocarbones	Artikel 2G Teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe
Article 2H Methyl bromide	Article 2H Bromure de méthyle	Artikel 2H Methylbromid
Article 2I Bromochloromethane	Article 2I Bromochlorométhane	Artikel 2I Bromchlormethan
Article 3 Calculation of control levels	Article 3 Calcul des niveaux des substances réglementées	Artikel 3 Berechnung der Grundlagen für Regelungen
Article 4 Control of trade with non-Parties	Article 4 Réglementation des échanges commerciaux avec les Etats non Parties au Protocole	Artikel 4 Regelung des Handels mit Nichtvertragsparteien
Article 4A Control of trade with Parties	Article 4A Réglementation des échanges commerciaux avec les Etats Parties	Artikel 4A Regelung des Handels mit Vertragsparteien
Article 4B Licensing	Article 4B Autorisation	Artikel 4B Lizenzerteilung
Article 5 Special situation of developing countries	Article 5 Situation particulière des pays en développement	Artikel 5 Besondere Lage der Entwicklungsländer
Article 6 Assessment and review of control measures	Article 6 Evaluation et examen des mesures de réglementation	Artikel 6 Bewertung und Überprüfung der Regelungsmaßnahmen

Article 7	Reporting of data	Article 7	Communication des données	Artikel 7	Datenberichterstattung
Article 8	Non-compliance	Article 8	Non-respect	Artikel 8	Nichteinhaltung
Article 9	Research, development, public awareness and exchange of information	Article 9	Recherche, développement, sensibilisation du public et échange de renseignements	Artikel 9	Forschung, Entwicklung, öffentliches Bewusstsein und Informationsaustausch
Article 10	Financial mechanism	Article 10	Mécanisme de financement	Artikel 10	Finanzierungsmechanismus
Article 10A	Transfer of technology	Article 10A	Transfert de technologie	Artikel 10A	Weitergabe von Technologie
Article 11	Meetings of the Parties	Article 11	Réunions des Parties	Artikel 11	Tagungen der Vertragsparteien
Article 12	Secretariat	Article 12	Secrétariat	Artikel 12	Sekretariat
Article 13	Financial provisions	Article 13	Dispositions financières	Artikel 13	Finanzielle Bestimmungen
Article 14	Relationship of this Protocol to the Convention	Article 14	Rapport entre le présent Protocole et la Convention	Artikel 14	Verhältnis dieses Protokolls zum Übereinkommen
Article 15	Signature	Article 15	Signature	Artikel 15	Unterzeichnung
Article 16	Entry into force	Article 16	Entrée en vigueur	Artikel 16	Inkrafttreten
Article 17	Parties joining after entry into force	Article 17	Parties adhérant après l'entrée en vigueur	Artikel 17	Vertragsparteien, die nach dem Inkrafttreten beitreten
Article 18	Reservations	Article 18	Réserves	Artikel 18	Vorbehalte
Article 19	Withdrawal	Article 19	Dénonciation	Artikel 19	Rücktritt
Article 20	Authentic texts	Article 20	Textes faisant foi	Artikel 20	Verbindliche Wortlaute
Annex A	Controlled substances	Annexe A	Substances réglementées	Anlage A	Geregelte Stoffe
Annex B	Controlled substances	Annexe B	Substances réglementées	Anlage B	Geregelte Stoffe
Annex C	Controlled substances	Annexe C	Substances réglementées	Anlage C	Geregelte Stoffe
Annex D	A list of products containing controlled substances specified in Annex A	Annexe D	Liste des produits contenant des substances réglementées figurant à l'annexe A	Anlage D	Liste der Erzeugnisse, die in Anlage A aufgeführte geregelte Stoffe enthalten
Annex E	Controlled substance	Annexe E	Substance réglementée	Anlage E	Geregelte Stoffe

Preamble

The Parties to this Protocol,

Being Parties to the Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer,

Mindful of their obligation under that Convention to take appropriate measures to protect human health and the environment against adverse effects resulting or likely to result from human activities which modify or are likely to modify the ozone layer,

Recognizing that world-wide emissions of certain substances can significantly deplete and otherwise modify the ozone layer in a manner that is likely to result in adverse effects on human health and the environment,

Conscious of the potential climatic effects of emissions of these substances,

Aware that measures taken to protect the ozone layer from depletion should be based on relevant scientific knowledge, taking into account technical and economic considerations,

Determined to protect the ozone layer by taking precautionary measures to control equitably total global emissions of substances that deplete it, with the ultimate objective of their elimination on the basis of developments in scientific knowledge, taking into account technical and economic

Préambule

Les Parties au présent Protocole,

Etant Parties à la Convention de Vienne pour la protection de la couche d'ozone,

Conscientes de leur obligation conventionnelle de prendre les mesures appropriées pour protéger la santé de l'homme et l'environnement contre les effets néfastes qui résultent ou risquent de résulter d'activités humaines qui modifient ou risquent de modifier la couche d'ozone,

Reconnaissant que les émissions à l'échelle mondiale de certaines substances peuvent appauvrir de façon significative et modifier autrement la couche d'ozone, d'une manière qui risque d'avoir des effets néfastes sur la santé de l'homme et l'environnement,

Ayant conscience des effets climatiques possibles des émissions de ces substances,

Conscientes que les mesures visant à protéger la couche d'ozone contre le risque d'appauvrissement devraient être fondées sur des connaissances scientifiques pertinentes, compte tenu de considérations techniques et économiques,

Déterminées à protéger la couche d'ozone en prenant des mesures de précaution pour réglementer équitablement le volume mondial total des émissions de substances qui l'appauvrissent, l'objectif final étant de les éliminer en fonction de l'évolution des connaissances scientifiques et compte

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht,

eingedenk ihrer Verpflichtung aufgrund des Übereinkommens, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen zu schützen, die durch menschliche Tätigkeiten, welche die Ozonschicht verändern oder wahrscheinlich verändern, verursacht werden oder wahrscheinlich verursacht werden,

in der Erkenntnis, dass weltweite Emissionen bestimmter Stoffe zu einem erheblichen Abbau der Ozonschicht führen und sie auf andere Weise verändern können, was wahrscheinlich schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zur Folge hat,

im Bewusstsein der möglichen klimatischen Auswirkungen von Emissionen dieser Stoffe,

im Bewusstsein, dass Maßnahmen, die zum Schutz der Ozonschicht vor einem Abbau getroffen werden, auf einschlägigen wissenschaftlichen Kenntnissen beruhen sollten, wobei technische und wirtschaftliche Erwägungen zu berücksichtigen sind,

entschlossen, die Ozonschicht durch Vorsorgemaßnahmen zur ausgewogenen Regelung der gesamten weltweiten Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, zu schützen, mit dem Endziel, diese Stoffe auf der Grundlage der Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse

considerations and bearing in mind the developmental needs of developing countries,

Acknowledging that special provision is required to meet the needs of developing countries, including the provision of additional financial resources and access to relevant technologies, bearing in mind that the magnitude of funds necessary is predictable, and the funds can be expected to make a substantial difference in the world's ability to address the scientifically established problem of ozone depletion and its harmful effects,

Noting the precautionary measures for controlling emissions of certain chlorofluorocarbons that have already been taken at national and regional levels,

Considering the importance of promoting international co-operation in the research, development and transfer of alternative technologies relating to the control and reduction of emissions of substances that deplete the ozone layer, bearing in mind in particular the needs of developing countries,

have agreed as follows:

Article 1 **Definitions**

For the purposes of this Protocol:

1. "Convention" means the Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer, adopted on 22 March 1985.
2. "Parties" means, unless the text otherwise indicates, Parties to this Protocol.
3. "Secretariat" means the Secretariat of the Convention.
4. "Controlled substance" means a substance in Annex A, Annex B, Annex C or Annex E to this Protocol, whether existing alone or in a mixture. It includes the isomers of any such substance, except as specified in the relevant Annex, but excludes any controlled substance or mixture which is in a manufactured product other than a container used for the transportation or storage of that substance.
5. "Production" means the amount of controlled substances produced, minus the amount destroyed by technologies to be approved by the Parties and minus the amount entirely used as

tenu de considérations techniques et économiques, ainsi que des besoins des pays en développement en matière de développement,

Reconnaissant qu'une disposition particulière s'impose pour répondre aux besoins des pays en développement, notamment par l'octroi de ressources financières supplémentaires et l'accès aux techniques appropriées, compte tenu du fait que l'ampleur des fonds nécessaires est prévisible et que ceux-ci devraient pouvoir apporter une différence substantielle dans la capacité du monde à s'attaquer au problème scientifiquement démontré de l'appauvrissement de la couche d'ozone et de ses effets nocifs,

Constatant que des mesures de précaution ont déjà été prises à l'échelon national et régional pour réglementer les émissions de certains chlorofluorocarbones,

Considérant qu'il importe de promouvoir une coopération internationale en matière de recherche, de développement et de transfert de techniques de substitution pour la réglementation et la réduction des émissions de substances qui appauvrissent la couche d'ozone, en tenant compte notamment des besoins des pays en développement,

sont convenues des ce qui suit:

Article premier **Définitions**

Aux fins du présent Protocole,

1. Par «Convention», on entend la Convention de Vienne pour la protection de la couche d'ozone, adoptée le 22 mars 1985.
2. Par «Parties», on entend les Parties au présent Protocole, sauf si le contexte impose une autre interprétation.
3. Par «Secrétariat», on entend le Secrétariat de la Convention.
4. Par «substance réglementée», on entend une substance spécifiée à l'annexe A, à l'annexe B, à l'annexe C ou à l'annexe E au présent Protocole, qu'elle se présente isolément ou dans un mélange. La définition inclut les isomères de cette substance sauf indication contraire à l'annexe pertinente, mais exclut toute substance réglementée ou mélange entrant dans la composition d'un produit manufacturé autre qu'un contenant servant au transport ou au stockage de la substance considérée.
5. Par «production», on entend la quantité de substances réglementées produite, déduction faite de la quantité détruite au moyen de techniques qui seront approuvées par les Parties et de la

zu beseitigen, wobei technische und wirtschaftliche Erwägungen sowie die Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen sind,

in der Erkenntnis, dass besondere Vorkehrungen zur Deckung des Bedarfs der Entwicklungsländer notwendig sind, einschließlich der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel und des Zugangs zu einschlägigen Technologien, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich der Umfang der erforderlichen Mittel vorhersehen lässt und dass die Mittel die internationalen Möglichkeiten zur Behandlung des wissenschaftlich belegten Problems des Ozonabbaus und seiner schädlichen Auswirkungen erheblich verändern können,

im Hinblick auf die Vorsorgemaßnahmen zur Regelung der Emissionen bestimmter Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die bereits auf nationaler und regionaler Ebene getroffen worden sind,

angesichts der Bedeutung der Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung, Entwicklung und Weitergabe alternativer Technologien im Zusammenhang mit der Regelung und Verminderung der Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 **Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Übereinkommen“ das am 22. März 1985 angenommene Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht;
2. bedeutet „Vertragsparteien“ die Vertragsparteien des Protokolls, sofern sich aus dem Wortlaut nichts anderes ergibt;
3. bedeutet „Sekretariat“ das Sekretariat des Übereinkommens;
4. bedeutet „geregelter Stoff“ einen in Anlage A, Anlage B, Anlage C oder Anlage E zu dem Protokoll aufgeführten Stoff, gleichviel ob er allein oder in einem Gemisch vorkommt. Der Ausdruck umfasst die Isomere eines solchen Stoffes, sofern in der betreffenden Anlage nichts anderes bestimmt ist, nicht jedoch einen geregelten Stoff oder ein Gemisch, soweit sie in einem hergestellten Erzeugnis mit Ausnahme von Behältern für den Transport oder die Lagerung dieser Stoffe enthalten sind;
5. bedeutet „Produktion“ die Menge der erzeugten geregelten Stoffe abzüglich der Menge, die durch von den Vertragsparteien zu genehmigende Verfahren vernichtet worden ist, und abzüglich

feedstock in the manufacture of other chemicals. The amount recycled and reused is not to be considered as "production".

6. "Consumption" means production plus imports minus exports of controlled substances.
7. "Calculated levels" of production, imports, exports and consumption means levels determined in accordance with Article 3.
8. "Industrial rationalization" means the transfer of all or a portion of the calculated level of production of one Party to another, for the purpose of achieving economic efficiencies or responding to anticipated shortfalls in supply as a result of plant closures.

Article 2

Control Measures

1. Incorporated in Article 2A.
2. Replaced by Article 2B.
3. Replaced by Article 2A.
4. Replaced by Article 2A.
5. Any Party may, for one or more control periods, transfer to another Party any portion of its calculated level of production set out in Articles 2A to 2F, and Article 2H, provided that the total combined calculated levels of production of the Parties concerned for any group of controlled substances do not exceed the production limits set out in those Articles for that group. Such transfer of production shall be notified to the Secretariat by each of the Parties concerned, stating the terms of such transfer and the period for which it is to apply.

5bis. Any Party not operating under paragraph 1 of Article 5 may, for one or more control periods, transfer to another such Party any portion of its calculated level of consumption set out in Article 2F, provided that the calculated level of consumption of controlled substances in Group I of Annex A of the Party transferring the portion of its calculated level of consumption did not exceed 0.25 kilograms per capita in 1989 and that the total combined calculated levels of consumption of the Parties concerned do not exceed the consumption limits set out in Article 2F. Such transfer of consumption shall be notified to the Secretariat by each of the Parties concerned, stating the terms of such transfer and the period for which it is to apply.

quantité totale utilisée comme matière première pour la fabrication d'autres produits chimiques. Les quantités recyclées et utilisées ne sont pas considérées comme «production».

6. Par «consommation», on entend la production augmentée des importations, déduction faite des exportations de substances réglementées.
7. Par «niveaux calculés» de la production, des importations, des exportations et de la consommation, on entend les niveaux déterminés conformément à l'article 3.
8. Par «rationalisation industrielle», on entend le transfert de tout ou partie du niveau calculé de production d'une Partie à une autre en vue d'optimiser le rendement économique ou de répondre à des besoins prévus en cas d'insuffisances de l'approvisionnement résultant de fermetures d'entreprises.

Article 2

Mesures de réglementation

1. Incorporé dans l'article 2A.
2. Remplacé par l'article 2B.
3. Remplacé par l'article 2A.
4. Remplacé par l'article 2A.
5. Toute Partie peut, pour l'une quelconque ou plusieurs des périodes de réglementation, transférer à toute autre Partie une part de son niveau calculé de production indiqué aux articles 2A à 2F et à l'article 2 H, à condition que le total combiné des niveaux calculés de production des Parties en cause pour tout groupe de substances réglementées n'excède pas les limites de production fixées dans ces articles pour le groupe considéré. En cas de transfert de production de ce type, chacune des Parties concernées doit notifier au Secrétariat les conditions du transfert et la période sur laquelle il portera.

5bis. Toute Partie qui n'est pas visée par le paragraphe 1 de l'article 5 peut, pour l'une quelconque ou plusieurs des périodes de réglementation, transférer à une autre Partie une part de son niveau calculé de consommation indiqué à l'article 2F, à condition que le niveau calculé de consommation des substances réglementées figurant dans le groupe I de l'annexe A de la Partie qui transfère une partie de son niveau calculé de consommation n'ait pas excédé 0,25 kilogramme par habitant en 1989 et que le total combiné des niveaux calculés de consommation des Parties en cause n'excède pas les limites de consommation fixées à l'article 2F. En cas de transfert de consommation de ce type, chacune des Parties concernées doit notifier au Secrétariat les conditions du transfert et la période sur laquelle il portera.

der Menge, die zur Gänze als Ausgangsmaterial zur Herstellung anderer Chemikalien verwendet worden ist. Die wiederverwertete und wiederverwendete Menge ist nicht als „Produktion“ anzusehen;

6. bedeutet „Verbrauch“ die Produktion geregelter Stoffe zuzüglich der Einfuhren und abzüglich der Ausfuhren;
7. bedeutet „berechneter Umfang“ der Produktion, der Einfuhren, der Ausfuhren und des Verbrauchs den in Übereinstimmung mit Artikel 3 bestimmten Umfang;
8. bedeutet „industrielle Rationalisierung“ die Übertragung des gesamten oder eines Teiles des berechneten Umfangs der Produktion von einer Vertragspartei auf eine andere, um Wirtschaftlichkeit zu erreichen oder auf erwartete Versorgungsmängel aufgrund von Betriebs-schließungen zu reagieren.

Artikel 2

Regelungsmaßnahmen

- (1) Ersetzt durch Artikel 2A.
- (2) Ersetzt durch Artikel 2B.
- (3) Ersetzt durch Artikel 2A.
- (4) Ersetzt durch Artikel 2A.
- (5) Jede Vertragspartei kann für einen oder mehrere Regelungszeiträume einen beliebigen Teil des in den Artikeln 2A bis 2F und Artikel 2H festgelegten berechneten Umfangs ihrer Produktion auf eine andere Vertragspartei übertragen, sofern der gesamte berechnete Umfang der zusammengefassten Produktion der betreffenden Vertragsparteien für jede Gruppe geregelter Stoffe die in den genannten Artikeln für diese Gruppe festgelegten Produktionsgrenzen nicht übersteigt. Eine solche Übertragung der Produktion wird dem Sekretariat von jeder der betroffenen Vertragsparteien unter Angabe der Bedingungen der Übertragung und des Zeitraums, für den sie gelten soll, notifiziert.

(5bis) Jede nicht von Artikel 5 Absatz 1 erfasste Vertragspartei kann für einen oder mehrere Regelungszeiträume einen beliebigen Teil des in Artikel 2F festgelegten berechneten Umfangs ihres Verbrauchs auf eine andere derartige Vertragspartei übertragen, sofern der berechnete Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A der Vertragspartei, die den Teil des berechneten Umfangs ihres Verbrauchs überträgt, im Jahr 1989 0,25 kg pro Kopf nicht überstieg und sofern der gesamte berechnete Umfang des zusammengefassten Verbrauchs der betreffenden Vertragsparteien die in Artikel 2F festgelegten Verbrauchsgrenzen nicht übersteigt. Eine solche Übertragung des Verbrauchs wird dem Sekretariat von jeder der betroffenen Vertragsparteien unter Angabe der Bedingungen der Übertragung und des Zeitraums, für den sie gelten soll, notifiziert.

6. Any Party not operating under Article 5, that has facilities for the production of Annex A or Annex B controlled substances under construction, or contracted for, prior to 16 September 1987, and provided for in national legislation prior to 1 January 1987, may add the production from such facilities to its 1986 production of such substances for the purposes of determining its calculated level of production for 1986, provided that such facilities are completed by 31 December 1990 and that such production does not raise that Party's annual calculated level of consumption of the controlled substances above 0.5 kilograms per capita.

7. Any transfer of production pursuant to paragraph 5 or any addition of production pursuant to paragraph 6 shall be notified to the Secretariat, no later than the time of the transfer or addition.

8.

(a) Any Parties which are Member States of a regional economic integration organization as defined in Article 1 (6) of the Convention may agree that they shall jointly fulfil their obligations respecting consumption under this Article and Articles 2A to 2I provided that their total combined calculated level of consumption does not exceed the levels required by this Article and Articles 2A to 2I.

(b) The Parties to any such agreement shall inform the Secretariat of the terms of the agreement before the date of the reduction in consumption with which the agreement is concerned.

(c) Such agreement will become operative only if all Member States of the regional economic integration organization and the organization concerned are Parties to the Protocol and have notified the Secretariat of their manner of implementation.

9.

(a) Based on the assessments made pursuant to Article 6, the Parties may decide whether:

(i) Adjustments to the ozone depleting potentials specified in Annex A, Annex B, Annex C and/or Annex E should be made and, if so, what the adjustments should be; and

(ii) Further adjustments and reductions of production or consumption of the controlled substances should be undertaken and, if so, what the scope, amount and timing of any such adjustments and reductions should be;

6. Si une Partie qui ne relève pas de l'article 5 a commencé, avant le 16 septembre 1987, la construction d'installations de production de substances réglementées des annexes A ou B ou si elle a, avant cette date, passé des marchés en vue de leur construction et si cette construction était prévue dans la législation nationale avant le 1^{er} janvier 1987, cette Partie peut ajouter la production de ces installations à sa production de ces substances en 1986 en vue de déterminer son niveau calculé de production de 1986, à condition que la construction desdites installations soit achevée au 31 décembre 1990 et que ladite production n'augmente pas de plus de 0,5 kg par habitant le niveau calculé de consommation annuelle de ladite Partie en ce qui concerne les substances réglementées.

7. Tout transfert de production en vertu du paragraphe 5 ou toute addition à la production en vertu du paragraphe 6 est notifié au Secrétariat au plus tard à la date du transfert ou de l'addition.

8.

a) Toutes les Parties qui sont des Etats membres d'une organisation régionale d'intégration économique selon la définition du paragraphe 6 de l'article premier de la Convention peuvent convenir qu'elles rempliront conjointement leurs obligations relatives à la consommation aux termes du présent article et des articles 2A à 2I, à condition que leur niveau calculé total combiné de consommation n'excède pas les niveaux exigés par le présent article et des articles 2A à 2I.

b) Les Parties à un tel accord informent le Secrétariat des termes de cet accord avant la date de la réduction de consommation qui fait l'objet dudit accord.

c) Un tel accord n'entre en vigueur que si tous les Etats membres de l'organisation régionale d'intégration économique et l'organisation en cause elle-même sont Parties au Protocole et ont avisé le Secrétariat de leur méthode de mise en oeuvre.

9.

a) Se fondant sur les évaluations faites en application de l'article 6, les Parties peuvent décider:

i) S'il y a lieu d'ajuster les valeurs calculées du potentiel d'appauvrissement de l'ozone énoncées aux annexes A, B, C et/ou E, et, dans l'affirmative, quels devraient être les ajustements à apporter;

ii) S'il y a lieu d'appliquer d'autres ajustements et réductions des niveaux de production ou de consommation des substances réglementées et, dans l'affirmative, déterminer quels devraient être la portée, la valeur et le calendrier de ces divers ajustements et réductions;

(6) Jede nicht von Artikel 5 erfasste Vertragspartei, die vor dem 16. September 1987 mit dem Bau von Anlagen zur Herstellung geregelter Stoffe in Anlage A oder Anlage B begonnen oder den Auftrag dafür erteilt und vor dem 1. Januar 1987 innerstaatliche Rechtsvorschriften dafür verabschiedet hat, kann die Produktion aus solchen Anlagen zu ihrer Produktion von 1986 hinzufügen, um den berechneten Umfang ihrer Produktion für 1986 zu bestimmen, vorausgesetzt, dass diese Anlagen bis zum 31. Dezember 1990 fertiggestellt sind und die Produktion den jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs dieser Vertragspartei an geregelten Stoffen nicht über 0,5 kg pro Kopf steigen lässt.

(7) Jede Übertragung von Produktion nach Absatz 5 oder jede Hinzufügung von Produktion nach Absatz 6 wird dem Sekretariat spätestens zum Zeitpunkt der Übertragung oder der Hinzufügung notifiziert.

(8)

a) Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration im Sinne des Artikels 1 Absatz 6 des Übereinkommens sind, können vereinbaren, dass sie ihre Verpflichtungen bezüglich des Verbrauchs aufgrund dieses Artikels und der Artikel 2A bis 2I gemeinsam erfüllen werden; jedoch darf der gesamte berechnete Umfang ihres zusammengefassten Verbrauchs den in diesem Artikel und den Artikeln 2A bis 2I vorgeschriebenen Umfang nicht übersteigen.

b) Die Vertragsparteien einer solchen Vereinbarung unterrichten das Sekretariat vor dem Tag der Verminderung des Verbrauchs, die Gegenstand der Vereinbarung ist, über die Bedingungen der Vereinbarung.

c) Eine solche Vereinbarung tritt nur in Kraft, wenn alle Mitgliedstaaten der Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration und die betreffende Organisation Vertragsparteien des Protokolls sind und dem Sekretariat die Art der Durchführung notifiziert haben.

(9)

a) Auf der Grundlage der Bewertungen nach Artikel 6 können die Vertragsparteien beschließen,

i) ob Anpassungen der Ozonabbau-potentiale in Anlage A, Anlage B, Anlage C und/oder Anlage E vorgenommen werden sollen, und wenn ja, welche, und

ii) ob weitere Anpassungen und Verminderungen der Produktion oder des Verbrauchs der geregelten Stoffe vorgenommen werden sollen, und wenn ja, welcher Rahmen, welche Höhe und welcher Zeitplan für solche Anpassungen und Verminderungen gelten sollen.

- (b) Proposals for such adjustments shall be communicated to the Parties by the Secretariat at least six months before the meeting of the Parties at which they are proposed for adoption;
- (c) In taking such decisions, the Parties shall make every effort to reach agreement by consensus. If all efforts at consensus have been exhausted, and no agreement reached, such decisions shall, as a last resort, be adopted by a two-thirds majority vote of the Parties present and voting representing a majority of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 present and voting and a majority of the Parties not so operating present and voting;
- (d) The decisions, which shall be binding on all Parties, shall forthwith be communicated to the Parties by the Depositary. Unless otherwise provided in the decisions, they shall enter into force on the expiry of six months from the date of the circulation of the communication by the Depositary.
10. Based on the assessments made pursuant to Article 6 of this Protocol and in accordance with the procedure set out in Article 9 of the Convention, the Parties may decide:
- (a) whether any substances, and if so which, should be added to or removed from any annex to this Protocol, and
- (b) the mechanism, scope and timing of the control measures that should apply to those substances;
11. Notwithstanding the provisions contained in this Article and Articles 2A to 2I Parties may take more stringent measures than those required by this Article and Articles 2A to 2I.
- b) Le Secrétariat communique aux Parties les propositions visant ces ajustements au moins six mois avant la réunion des Parties à laquelle lesdites propositions seront présentées pour adoption.
- c) Les Parties mettent tout en oeuvre pour prendre des décisions par consensus. Si, malgré tous leurs efforts, elles ne peuvent parvenir à un consensus et à un accord, les Parties prennent en dernier recours leurs décisions à la majorité des deux tiers des Parties présentes et participant au vote représentant une majorité des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 présentes et participant au vote ainsi qu'une majorité des Parties non visées par ledit paragraphe présentes et participant au vote.
- d) Les décisions lient toutes les Parties et sont communiquées sans délai aux Parties par le dépositaire. Sauf indication contraire dans leur libellé, les décisions entrent en vigueur à l'issue d'un délai de six mois à compter de la date de leur communication par le dépositaire.
10. Se fondant sur les évaluations faites en application de l'article 6 du présent Protocole et conformément à la procédure établie à l'article 9 de la Convention, les Parties peuvent décider:
- a) Si certaines substances doivent être ajoutées à toute annexe du présent Protocole ou en être retranchées et, dans l'affirmative, de quelles substances il s'agit;
- b) Du mécanisme, de la portée et du calendrier d'application des mesures de réglementation qui devraient toucher ces substances;
11. Nonobstant les dispositions du présent article et des articles 2A à 2I, les Parties peuvent prendre des mesures plus rigoureuses que celles qu'ils prescrivent.
- b) Vorschläge zu solchen Anpassungen werden den Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor der Tagung der Vertragsparteien, auf der sie zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden, vom Sekretariat übermittelt.
- c) Bei solchen Beschlüssen bemühen sich die Vertragsparteien nach Kräften um eine Einigung durch Konsens. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so werden als letztes Mittel solche Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen, die eine Mehrheit der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und eine Mehrheit der nicht in jenem Artikel bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vertritt.
- d) Die Beschlüsse, die für alle Vertragsparteien bindend sind, werden umgehend vom Verwahrer den Vertragsparteien mitgeteilt. Sofern in den Beschlüssen nichts anderes vorgesehen ist, treten sie nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Absendung der Mitteilung durch den Verwahrer in Kraft.
- (10) Auf der Grundlage der Bewertungen nach Artikel 6 des Protokolls und in Übereinstimmung mit dem in Artikel 9 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren können die Vertragsparteien beschließen,
- a) ob irgendwelche Stoffe und gegebenenfalls welche Stoffe in eine Anlage des Protokolls aufgenommen oder in einer Anlage gestrichen werden sollen,
- b) welches Verfahren, welcher Rahmen und welcher Zeitplan für Regelungsmaßnahmen für diese Stoffe gelten sollen.
- (11) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels und der Artikel 2A bis 2I kann jede Vertragspartei strengere Maßnahmen als in diesem Artikel und den Artikeln 2A bis 2I vorgeschrieben treffen.

Article 2A CFCs

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on the first day of the seventh month following the date of entry into force of this Protocol, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed its calculated level of consumption in 1986. By the end of the same period, each Party producing one or more of these substances shall ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed its calculated level of production in 1986, except that such level may have increased by no more than ten per cent based on the 1986 level. Such increase shall be permitted only so as

Article 2A CFC

1. Pendant la période de douze mois commençant le premier jour du septième mois qui suit la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe A n'excède pas son niveau calculé de consommation de 1986. A la fin de la même période, chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas son niveau calculé de production de 1986; toutefois, ce niveau peut avoir augmenté d'un maximum de 10 % par rapport au niveau

Artikel 2A FCWK

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am ersten Tag des siebten Monats nach Inkrafttreten dieses Protokolls beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Am Ende desselben Zeitraums sorgt jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion der Stoffe denjenigen von 1986 nicht übersteigt; jedoch kann dieser Umfang gegenüber demjenigen von 1986 um höchstens 10 v. H. zugenommen haben. Eine solche Zunahme ist nur zur Befriedigung der

to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under Article 5 and for the purposes of industrial rationalization between Parties.

2. Each Party shall ensure that for the period from 1 July 1991 to 31 December 1992 its calculated levels of consumption and production of the controlled substances in Group I of Annex A do not exceed 150 per cent of its calculated levels of production and consumption of those substances in 1986; with effect from 1 January 1993, the twelve-month control period for these controlled substances shall run from 1 January to 31 December each year.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1994, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed, annually, twenty-five per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, twenty-five per cent of its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by a quantity equal to the annual average of its production of the controlled substances in Group I of Annex A for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

5. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2003 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex A for the basic domestic

de 1986. Cette augmentation n'est autorisée que pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées à l'article 5 et à des fins de rationalisation industrielle entre les Parties.

2. Pendant la période allant du 1^{er} juillet 1991 au 31 décembre 1992 chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation et de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe A n'excède pas 150 % de son niveau calculé de production et de consommation de ces substances en 1986; à compter du 1^{er} janvier 1993, la période de réglementation de douze mois pour ces substances courra du 1^{er} janvier au 31 décembre de chaque année.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1994, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe A n'excède pas annuellement 25 % de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas annuellement 25 % de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1986.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe A soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production desdites substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'une quantité égale à sa production annuelle moyenne des substances réglementées du groupe I de l'annexe A pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles ont convenu qu'elles sont essentielles.

5. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2003, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'an-

grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 bezeichneten Vertragsparteien und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien zulässig.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums vom 1. Juli 1991 bis zum 31. Dezember 1992 der berechnete Umfang ihres Verbrauchs und ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A 150 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt; mit Wirkung vom 1. Januar 1993 läuft der Regelungszeitraum von zwölf Monaten für diese geregelten Stoffe vom 1. Januar bis zum 31. Dezember jedes Jahres.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1994 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A jährlich 25 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 25 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um eine Menge übersteigen, die dem Jahresdurchschnitt ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 entspricht. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

(5) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2003 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A

needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed eighty per cent of the annual average of its production of those substances for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive.

6. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex A for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed fifty per cent of the annual average of its production of those substances for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive.

7. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2007 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex A for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed fifteen per cent of the annual average of its production of those substances for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive.

8. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2010 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex A for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed zero.

9. For the purposes of calculating basic domestic needs under paragraphs 4 to 8 of this Article, the calculation of the annual average of production by a Party includes any production entitlements that it has transferred in accordance with paragraph 5 of Article 2, and excludes any production entitlements that it has acquired in accordance with paragraph 5 of Article 2.

Article 2B

Halons

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1992, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group II of Annex A does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent

nexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 80 % de sa production moyenne annuelle de ces substances pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus.

6. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2005, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 50 % de sa production moyenne annuelle de ces substances pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus.

7. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2007, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 15 % de sa production moyenne annuelle de ces substances pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus.

8. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2010, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 soit réduit à zéro.

9. Aux fins du calcul des besoins intérieurs fondamentaux conformément aux paragraphes 4 à 8 du présent article, le calcul du niveau moyen annuel de production d'une Partie inclut tous les droits de production qu'elle a transférés conformément au paragraphe 5 de l'article 2 et exclut tous les droits de production qu'elle a acquis conformément audit paragraphe.

Article 2B

Halons

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1992, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe II de l'annexe A n'excède pas annuellement son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que, pendant les mêmes périodes, son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas son niveau de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limi-

für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 80 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieser Stoffe für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 nicht übersteigt.

(6) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 50 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieser Stoffe für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 nicht übersteigt.

(7) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2007 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 15 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieser Stoffe für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 nicht übersteigt.

(8) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2010 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien Null nicht übersteigt.

(9) Zur Berechnung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse nach den Absätzen 4 bis 8 umfasst die Berechnung des Jahresdurchschnitts der Produktion einer Vertragspartei auch die Produktionsberechtigungen, die sie nach Artikel 2 Absatz 5 übertragen hat, und schließt die Produktionsberechtigungen aus, die sie nach Artikel 2 Absatz 5 erworben hat.

Artikel 2B

Halone

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1992 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A jährlich denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um

of its calculated level of production in 1986.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1994, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group II of Annex A does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may, until 1 January 2002 exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1986; thereafter, it may exceed that limit by a quantity equal to the annual average of its production of the controlled substances in Group II of Annex A for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group II of Annex A for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed fifty per cent of the annual average of its production of those substances for basic domestic needs for the period 1995 to 1997 inclusive.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2010 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group II of Annex A for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed zero.

Article 2C

Other fully halogenated CFCs

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1993, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of production in 1989. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same period, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic

te d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1986.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1994, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe II de l'annexe A soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production desdites substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut, jusqu'au 1^{er} janvier 2002, excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production de 1986; après cette date il peut excéder cette limite d'une quantité égale à sa production moyenne annuelle de substances réglementées du groupe II de l'annexe A pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2005, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe II de l'annexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 50 % de sa production moyenne annuelle de ces substances pour répondre à ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1997 inclus.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2010, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe II de l'annexe A pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 soit réduit à zéro.

Article 2C

Autres CFC entièrement halogénés

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1993, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe B n'excède pas annuellement 80 % de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant la même période, à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas annuellement 80 % de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois,

bis zu 10 v. H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1994 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion bis zum 1. Januar 2002 diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1986 übersteigen; danach kann er diese Grenze um eine Menge übersteigen, die dem Jahresdurchschnitt ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 entspricht. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 50 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieser Stoffe für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1997 nicht übersteigt.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2010 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien Null nicht übersteigt.

Artikel 2C

Sonstige vollständig halogenierte FCKW

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1993 beginnt, der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B jährlich 80 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während desselben Zeitraums dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 80 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse

domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1994, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed, annually, twenty-five per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, twenty-five per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may, until 1 January 2003 exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1989; thereafter, it may exceed that limit by a quantity equal to eighty per cent of the annual average of its production of the controlled substances in Group I of Annex B for basic domestic needs for the period 1998 to 2000 inclusive. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2007 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex B for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed fifteen per cent of the annual average of its production of those substances for basic domestic needs for the period 1998 to 2000 inclusive.

5. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1

pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1989.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1994, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe B n'excède pas annuellement 25 % de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas annuellement 25 % de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1989.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut, jusqu'au 1^{er} janvier 2003, excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production de 1989; après cette date il peut excéder cette limite d'une quantité égale à 80 % de sa production moyenne annuelle de substances réglementées du groupe I de l'annexe B pour ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1998 à 2000 inclus. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2007, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe B pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 15 % de sa production moyenne annuelle de ces substances pour répondre à ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1998 à 2000 inclus.

5. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2010, et ensuite

der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1994 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B jährlich 25 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 25 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion bis zum 1. Januar 2003 diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen; danach kann er diese Grenze um eine Menge übersteigen, die 80 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1998 bis einschließlich 2000 entspricht. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2007 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B für die grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 15 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieser Stoffe für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1998 bis einschließlich 2000 nicht übersteigt.

(5) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Mona-

January 2010 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex B for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed zero.

Article 2D

Carbon tetrachloride

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group II of Annex B does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same period, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group II of Annex B does not exceed zero. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1989. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

Article 2E

1,1,1-Trichloroethane (Methyl chloroform)

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1993, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same period, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit

pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe B pour les besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 soit réduit à zéro.

Article 2D

Tétrachlorure de carbone

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1995, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du groupe II de l'annexe B n'excède pas annuellement 15 % de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant la même période, à ce que son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas annuellement 15 % de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1989.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du groupe II de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ladite substance soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production de 1989. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

Article 2E

1,1,1-trichloroéthane (méthylchloroforme)

1. Pendant la période de 12 mois commençant le 1^{er} janvier 1993, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du groupe III de l'annexe B n'excède pas annuellement son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, durant la même période, à ce que son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas annuellement son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production

ten, der am 1. Januar 2010 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B für die grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien Null nicht übersteigt.

Artikel 2D

Tetrachlorkohlenstoff

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe II der Anlage B jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während desselben Zeitraums dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe II der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

Artikel 2E

1,1,1-Trichlorethan (Methylchloroform)

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1993 beginnt, der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B jährlich denjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während desselben Zeitraums dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich denjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produk-

by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1994, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed zero. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production for 1989. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

Article 2F **Hydrochlorofluorocarbons**

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, the sum of:

- (a) Two point eight per cent of its calculated level of consumption in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex A; and
- (b) Its calculated level of consumption in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex C.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2004, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of

peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1989.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1994, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du groupe III de l'annexe B n'excède pas annuellement 50 % de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, durant la même période, à ce que son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas annuellement 50 % de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1989.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du groupe III de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant cette substance veille, durant la même période, à ce que son niveau calculé de production de ladite substance soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production de 1989. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

Article 2F **Hydrochlorofluorocarbones**

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas annuellement la somme de:

- a) Deux virgule huit pour cent de son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe A en 1989; et
- b) Son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C en 1989.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2004, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son

tion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1994 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B jährlich 50 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 50 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

Artikel 2F **Teilhalogenierte** **Fluorchlorkohlenwasserstoffe**

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich die Summe aus

- a) 2,8 v. H. des berechneten Umfangs ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A von 1989 und
- b) den berechneten Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C von 1989

nicht übersteigt.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2004 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der

consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, sixty-five per cent of the sum referred to in paragraph 1 of this Article.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2010, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, thirty-five per cent of the sum referred to in paragraph 1 of this Article.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2015, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, ten per cent of the sum referred to in paragraph 1 of this Article.

5. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2020, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, zero point five per cent of the sum referred to in paragraph 1 of this Article. Such consumption shall, however, be restricted to the servicing of refrigeration and air conditioning equipment existing at that date.

6. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2030, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed zero.

7. As of 1 January 1996, each Party shall endeavour to ensure that:

- (a) The use of controlled substances in Group I of Annex C is limited to those applications where other more environmentally suitable alternative substances or technologies are not available;
- (b) The use of controlled substances in Group I of Annex C is not outside the areas of application currently met by controlled substances in Annexes A, B and C, except in rare cases for the protection of human life or human health; and
- (c) Controlled substances in Group I of Annex C are selected for use in a manner that minimizes ozone depletion, in addition to meeting other environmental, safety and economic considerations.

8. Each Party producing one or more of these substances shall ensure that for the

niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas annuellement 65 % de la somme visée au paragraphe 1 du présent article.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2010, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas annuellement 35 % de la somme visée au paragraphe 1 du présent article.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2015, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas annuellement 10 % de la somme visée au paragraphe 1 du présent article.

5. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2020, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas annuellement zéro virgule cinq pour cent de la somme visée au paragraphe 1 du présent article. Cette consommation est toutefois limitée aux opérations d'entretien des équipements de réfrigération et de climatisation en service à cette date.

6. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2030, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C soit réduit à zéro.

7. A compter du 1^{er} janvier 1996, chacune des Parties s'efforce de veiller à ce que:

- a) L'emploi des substances réglementées du groupe I de l'annexe C soit limité aux utilisations pour lesquelles il n'existe aucune autre substance ou technique mieux adaptée à l'environnement;
- b) L'emploi des substances réglementées du groupe I de l'annexe C ne se fasse pas en dehors des domaines où sont utilisées les substances réglementées des annexes A, B et C, sauf dans les rares cas où il s'agit de protéger la vie ou la santé humaines;
- c) Les substances réglementées du groupe I de l'annexe C soient choisies pour être utilisées de manière à réduire au minimum l'appauvrissement de la couche d'ozone, en plus des autres considérations auxquelles elles doivent satisfaire en matière d'environnement, de sécurité et d'économie.

8. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2004, et ensuite

berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich 65 v. H. der in Absatz 1 genannten Summe nicht übersteigt.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2010 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich 35 v. H. der in Absatz 1 genannten Summe nicht übersteigt.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2015 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich 10 v. H. der in Absatz 1 genannten Summe nicht übersteigt.

(5) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2020 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich 0,5 v. H. der in Absatz 1 genannten Summe nicht übersteigt. Dieser Verbrauch ist jedoch auf die Wartungsarbeiten an den zu diesem Zeitpunkt bereits in Betrieb befindlichen Kälte- und Klimaanlage zu beschränken.

(6) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2030 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C Null nicht übersteigt.

(7) Vom 1. Januar 1996 an wird sich jede Vertragspartei bemühen, dafür zu sorgen,

- a) dass die Verwendung geregelter Stoffe in Gruppe I der Anlage C auf diejenigen Anwendungen beschränkt wird, für die andere umweltverträglichere alternative Stoffe oder Verfahren nicht vorhanden sind;
- b) dass die Verwendung geregelter Stoffe in Gruppe I der Anlage C nicht außerhalb der Anwendungsbereiche erfolgt, in denen gegenwärtig die geregelten Stoffe in den Anlagen A, B und C verwendet werden, außer in seltenen Fällen zum Schutz des menschlichen Lebens oder der menschlichen Gesundheit;
- c) dass die geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C im Hinblick auf ihre Verwendung so ausgewählt werden, dass sie nicht nur anderen Umwelt-, Sicherheits- und Wirtschaftsbelangen gerecht werden, sondern auch möglichst wenig zum Abbau der Ozonschicht beitragen.

(8) Jede Vertragspartei, die eine oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt dafür,

twelve-month period commencing on 1 January 2004, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, the average of:

- (a) The sum of its calculated level of consumption in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex C and two point eight per cent of its calculated level of consumption in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex A; and
- (b) The sum of its calculated level of production in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex C and two point eight per cent of its calculated level of production in 1989 of the controlled substances in Group I of Annex A.

However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production of the controlled substances in Group I of Annex C as defined above.

Article 2G

Hydrobromofluorocarbons

Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1996, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group II of Annex C does not exceed zero. Each Party producing the substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

Article 2H

Methyl bromide

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Annex E does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 1991. Each Party producing the substance shall, for the same period, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, its calculated level of production in 1991. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of

pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas, annuellement, la moyenne de:

- a) La somme de son niveau calculé de consommation en 1989 des substances réglementées du groupe I de l'annexe C et de deux virgule huit pour cent de son niveau calculé de consommation en 1989 des substances réglementées du groupe I de l'annexe A; et
- b) La somme de son niveau calculé de production en 1989 des substances réglementées du groupe I de l'annexe C et de deux virgule huit pour cent de son niveau calculé de production en 1989 des substances réglementées du groupe I de l'annexe A.

Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production des substances réglementées du groupe I de l'annexe C, tel qu'il a été défini ci-dessus.

Article 2G

Hydrobromofluorocarbones

Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1996, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du groupe II de l'annexe C soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production desdites substances soit réduit à zéro. Ce paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

Article 2H

Bromure de méthyle

1. Pendant la période de 12 mois commençant le 1^{er} janvier 1995, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée de l'annexe E n'excède pas, annuellement, son niveau calculé de consommation de 1991. Chaque Partie produisant cette substance veille à ce que, pendant cette même période, son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas, annuellement, son niveau calculé de production de 1991. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fon-

dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2004 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich den Durchschnitt

- a) der Summe aus dem berechneten Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C von 1989 und 2,8 v. H. desjenigen in Gruppe I der Anlage A von 1989 und
- b) der Summe aus dem berechneten Umfang ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C von 1989 und 2,8 v. H. desjenigen in Gruppe I der Anlage A von 1989

nicht übersteigt.

Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C, wie vorstehend definiert, übersteigen.

Artikel 2G

Teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe

Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1996 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage C Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, welche die Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion der Stoffe Null nicht übersteigt. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

Artikel 2H

Methylbromid

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Anlage E jährlich denjenigen von 1991 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die den Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich denjenigen von 1991 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Ver-

Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1991.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1999, and in the twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Annex E does not exceed, annually, seventy-five per cent of its calculated level of consumption in 1991. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, seventy-five per cent of its calculated level of production in 1991. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1991.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2001, and in the twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Annex E does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of consumption in 1991. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of production in 1991. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1991.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2003, and in the twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Annex E does not exceed, annually, thirty per cent of its calculated level of consumption in 1991. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, thirty per cent of its calculated level of production in 1991. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1991.

5. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Annex E does not exceed zero. Each Party

damentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1991.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1999, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée de l'annexe E n'excède pas, annuellement, 75 % de son niveau calculé de consommation de 1991. Chaque Partie produisant cette substance veille à ce que, pendant ces mêmes périodes, son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas, annuellement, 75 % de son niveau calculé de production de 1991. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1991.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2001, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée de l'annexe E n'excède pas, annuellement, 50 % de son niveau calculé de consommation de 1991. Chaque Partie produisant cette substance veille à ce que, pendant ces mêmes périodes, son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas, annuellement, 50 % de son niveau calculé de production de 1991. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1991.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2003, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée de l'annexe E n'excède pas, annuellement, 30 % de son niveau calculé de consommation de 1991. Chaque Partie produisant cette substance veille à ce que, pendant ces mêmes périodes, son niveau calculé de production de ladite substance n'excède pas, annuellement, 30 % de son niveau calculé de production de 1991. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10 % de son niveau calculé de production de 1991.

5. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2005, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée de l'annexe E n'excède

tragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1991 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1999 beginnt, und in dem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Anlage E jährlich 75 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die den Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 75 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1991 übersteigen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2001 beginnt, und in dem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Anlage E jährlich 50 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die den Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 50 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1991 übersteigen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2003 beginnt, und in dem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Anlage E jährlich 30 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die den Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 30 v. H. desjenigen von 1991 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1991 übersteigen.

(5) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Anlage E Null nicht

producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may, until 1 January 2002 exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1991; thereafter, it may exceed that limit by a quantity equal to the annual average of its production of the controlled substance in Annex E for basic domestic needs for the period 1995 to 1998 inclusive. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be critical uses.

5^{bis}. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substance in Annex E for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed eighty per cent of the annual average of its production of the substance for basic domestic needs for the period 1995 to 1998 inclusive.

5^{ter}. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2015 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of production of the controlled substance in Annex E for the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 does not exceed zero.

6. The calculated levels of consumption and production under this Article shall not include the amounts used by the Parties for quarantine and pre-shipment applications.

de pas zéro. Chaque Partie produisant cette substance veille à ce que, pendant ces mêmes périodes, son niveau calculé de production de ladite substance soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut, jusqu'au 1^{er} janvier 2002, excéder cette limite d'un maximum de 15 % de son niveau calculé de production de 1991; après cette date, il peut dépasser cette limite d'une quantité égale à sa production moyenne annuelle de la substance réglementée de l'annexe E pour répondre à ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1998 inclus. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

5^{bis}. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2005, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production de la substance réglementée de l'annexe E pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 n'excède pas 80 % de sa production moyenne annuelle de ladite substance pour répondre à ses besoins intérieurs fondamentaux pour la période 1995 à 1998 inclus.

5^{ter}. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2015, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de production de la substance réglementée de l'annexe E pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 soit réduit à zéro.

6. Les niveaux de consommation et de production calculés au titre du présent article ne tiennent pas compte des quantités utilisées par la Partie considérée à des fins sanitaires et pour les traitements préalables à l'expédition.

übersteigt. Jede Vertragspartei, die den Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, dass der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion bis zum 1. Januar 2002 diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1991 übersteigen; danach kann er diese Grenze um eine Menge überschreiten, die dem Jahresdurchschnitt ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Anlage E für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1998 entspricht. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als grundlegend wichtig erachtet werden.

(5^{bis}) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Anlage E für die grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien 80 v. H. des Jahresdurchschnitts ihrer Produktion dieses Stoffes für grundlegende nationale Bedürfnisse während des Zeitraums 1995 bis einschließlich 1998 nicht übersteigt.

(5^{ter}) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2015 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Anlage E für grundlegende nationale Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien Null nicht übersteigt.

(6) Der berechnete Umfang des Verbrauchs und der Produktion nach diesem Artikel schließt nicht Mengen ein, die von der Vertragspartei zu Quarantäne Zwecken und vor dem Versand verwendet werden.

Article 21

Bromochloromethane

Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2002, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption and production of the controlled substance in Group III of Annex C does not exceed zero. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be essential.

Article 21

Bromochlorométhane

Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2002, et ensuite pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation et de production de la substance réglementée du groupe III de l'annexe C soit réduit à zéro. Ce paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles.

Artikel 21

Bromchlormethan

Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2002 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs und ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage C Null nicht übersteigt. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als wesentlich erachtet werden.

Article 3**Calculation of control levels**

For the purposes of Articles 2, 2A to 2I and 5, each Party shall, for each group of substances in Annex A, Annex B, Annex C or Annex E determine its calculated levels of:

- (a) Production by:
 - (i) multiplying its annual production of each controlled substance by the ozone depleting potential specified in respect of it in Annex A, Annex B, Annex C or Annex E;
 - (ii) adding together, for each such Group, the resulting figures;
- (b) Imports and exports, respectively, by following, *mutatis mutandis*, the procedure set out in subparagraph (a); and
- (c) Consumption by adding together its calculated levels of production and imports and subtracting its calculated level of exports as determined in accordance with subparagraphs (a) and (b). However, beginning on 1 January 1993, any export of controlled substances to non-Parties shall not be subtracted in calculating the consumption level of the exporting Party.

Article 4**Control of trade with non-Parties**

1. As of 1 January 1990, each Party shall ban the import of the controlled substances in Annex A from any State not party to this Protocol.

1^{bis}. Within one year of the date of the entry into force of this paragraph, each Party shall ban the import of the controlled substances in Annex B from any State not party to this Protocol.

1^{ter}. Within one year of the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the import of any controlled substances in Group II of Annex C from any State not party to this Protocol.

1^{qua}. Within one year of the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the import of the controlled substance in Annex E from any State not party to this Protocol.

1^{quin}. As of 1 January 2004, each Party shall ban the import of the controlled substances in Group I of Annex C from any State not party to this Protocol.

Article 3**Calcul des niveaux des substances réglementées**

Aux fins des articles 2, 2A à 2I et 5, chacune des Parties détermine, pour chaque groupe de substances de l'annexe A, de l'annexe B, de l'annexe C ou de l'annexe E, les niveaux calculés:

- a) De sa production:
 - i) En multipliant la quantité annuelle de chacune des substances réglementées qu'elle produit par le potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone spécifié à l'annexe A, à l'annexe B, à l'annexe C ou à l'annexe E pour cette substance;
 - ii) En additionnant les résultats pour chacun de ces groupes;
- b) D'une part de ses importations et d'autre part de ses exportations en suivant, *mutatis mutandis*, la procédure définie à l'alinéa a);
- c) De sa consommation, en additionnant les niveaux calculés de sa production et de ses importations et en soustrayant le niveau calculé de ses exportations, déterminé conformément aux alinéas a) et b). Toutefois, à compter du 1^{er} janvier 1993, aucune exportation de substances réglementées vers des Etats non Parties ne sera soustraite dans le calcul du niveau de consommation de la Partie exportatrice.

Article 4**Réglementation des échanges commerciaux avec les Etats non Parties au Protocole**

1. A compter du 1^{er} janvier 1990, chacune des Parties interdit l'importation des substances réglementées de l'annexe A en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

1^{bis}. Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'importation des substances réglementées de l'annexe B en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

1^{ter}. Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'importation des substances réglementées du groupe II de l'annexe C en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

1^{qua}. Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'importation de la substance réglementée à l'annexe E en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

1^{quin}. A compter du 1^{er} janvier 2004, chacune des Parties interdit l'importation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

Artikel 3**Berechnung der Grundlagen für Regelungen**

Für die Zwecke der Artikel 2, 2A bis 2I und 5 bestimmt jede Vertragspartei für jede Gruppe von Stoffen in Anlage A, Anlage B, Anlage C oder Anlage E den berechneten Umfang

- a) ihrer Produktion durch
 - i) Multiplikation der jährlichen Produktion jedes geregelten Stoffes mit dem in Anlage A, Anlage B, Anlage C oder Anlage E für diesen Stoff festgelegten Ozonabbaupotential und
 - ii) Addition der Ergebnisse für jede Gruppe;
- b) ihrer Einfuhren und Ausfuhren durch sinngemäße Anwendung des unter Buchstabe a vorgesehenen Verfahrens;
- c) ihres Verbrauchs durch Addition des berechneten Umfangs ihrer Produktion und ihrer Einfuhren und Subtraktion des berechneten Umfangs ihrer Ausfuhren, bestimmt nach den Buchstaben a und b. Vom 1. Januar 1993 an werden jedoch Ausfuhren geregelter Stoffe an Nichtvertragsparteien bei der Berechnung des Umfangs des Verbrauchs der ausführenden Vertragspartei nicht abgezogen.

Artikel 4**Regelung des Handels mit Nichtvertragsparteien**

(1) Mit Wirkung vom 1. Januar 1990 verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr der geregelten Stoffe in Anlage A aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(1^{bis}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr der geregelten Stoffe in Anlage B aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(1^{ter}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr aller geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage C aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(1^{qua}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr des geregelten Stoffes in Anlage E aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(1^{quin}) Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

^{1sex.} Within one year of the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the import of the controlled substance in Group III of Annex C from any State not party to this Protocol.

2. As of 1 January 1993, each Party shall ban the export of any controlled substances in Annex A to any State not party to this Protocol.

^{2bis.} Commencing one year after the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the export of any controlled substances in Annex B to any State not party to this Protocol.

^{2ter.} Commencing one year after the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the export of any controlled substances in Group II of Annex C to any State not party to this Protocol.

^{2qua.} Commencing one year of the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the export of the controlled substance in Annex E to any State not party to this Protocol.

^{2quin.} As of 1 January 2004, each Party shall ban the export of the controlled substances in Group I of Annex C to any State not party to this Protocol.

^{2sex.} Within one year of the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the export of the controlled substance in Group III of Annex C to any State not party to this Protocol.

3. By 1 January 1992, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances in Annex A. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

^{3bis.} Within three years of the date of the entry into force of this paragraph, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances in Annex B. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

^{1sex.} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'importation de la substance réglementée du groupe III de l'annexe C en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

2. A compter du 1^{er} janvier 1993, chacune des Parties interdit l'exportation de l'une quelconque des substances réglementées de l'annexe A vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2bis.} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'exportation de l'une quelconque des substances réglementées de l'annexe B vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2ter.} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'exportation de l'une quelconque des substances réglementées du groupe II de l'annexe C vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2qua.} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'exportation de la substance réglementée à l'annexe E vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2quin.} A compter du 1^{er} janvier 2004, chacune des Parties interdit l'exportation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2sex.} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chacune des Parties interdit l'exportation de la substance réglementée du groupe III de l'annexe C vers un Etat non Partie au présent Protocole.

3. Au 1^{er} janvier 1992, les Parties établissent dans une annexe une liste des produits contenant des substances réglementées de l'annexe A, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date de l'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

^{3bis.} Dans un délai de trois ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste des produits contenant des substances réglementées de l'annexe B, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

(^{1sex}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr des geregelten Stoffes in Gruppe II der Anlage C aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(2) Mit Wirkung vom 1. Januar 1993 verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr aller geregelten Stoffe in Anlage A in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(^{2bis}) Vom Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes an verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr aller geregelten Stoffe in Anlage B in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(^{2ter}) Vom Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes an verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr aller geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage C in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(^{2qua}) Vom Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes an verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr des geregelten Stoffes in Anlage E in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(^{2quin}) Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(^{2sex}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage C in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(3) Bis zum 1. Januar 1992 erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe in Anlage A enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(^{3bis}) Innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe in Anlage B enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

3^{ter}. Within three years of the date of entry into force of this paragraph, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances in Group II of Annex C. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

4. By 1 January 1994, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances in Annex A. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

4^{bis}. Within five years of the date of the entry into force of this paragraph, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances in Annex B. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban or restrict, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

4^{ter}. Within five years of the date of entry into force of this paragraph, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances in Group II of Annex C. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban or restrict, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

3^{ter}. Dans un délai de trois ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste des produits contenant des substances réglementées du groupe II de l'annexe C, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

4. Au 1^{er} janvier 1994, les Parties auront décidé de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide des substances réglementées de l'annexe A mais qui ne les contiennent pas. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste desdits produits conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

4^{bis}. Dans un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties décident de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide de substances réglementées de l'annexe B mais qui ne les contiennent pas. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste desdits produits conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

4^{ter}. Dans un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties décident de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide de substances réglementées du groupe II de l'annexe C mais qui ne les contiennent pas. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste desdits produits conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées conformément à ces procédures interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

(3^{ter}) Innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe in Gruppe II der Anlage C enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(4) Bis zum 1. Januar 1994 befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen in Anlage A hergestellt werden, jedoch keine geregelten Stoffe in Anlage A enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(4^{bis}) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen in Anlage B hergestellt werden, jedoch keine geregelten Stoffe in Anlage B enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten oder beschränken innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(4^{ter}) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen in Gruppe II der Anlage C hergestellt werden, jedoch keine solchen Stoffe enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten oder beschränken innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

5. Each Party undertakes to the fullest practicable extent to discourage the export to any State not party to this Protocol of technology for producing and for utilizing controlled substances in Annexes A, B, C and E.

6. Each Party shall refrain from providing new subsidies, aid, credits, guarantees or insurance programmes for the export to States not party to this Protocol of products, equipment, plants or technology that would facilitate the production of controlled substances in Annexes A, B, C and E.

7. Paragraphs 5 and 6 shall not apply to products, equipment, plants or technology that improve the containment, recovery, recycling or destruction of controlled substances, promote the development of alternative substances, or otherwise contribute to the reduction of emissions of controlled substances in Annexes A, B, C and E.

8. Notwithstanding the provisions of this Article, imports and exports referred to in paragraphs 1 to 4^{ter} of this Article may be permitted from, or to, any State not party to this Protocol, if that State is determined, by a meeting of the Parties, to be in full compliance with Article 2, Articles 2A to 2I and this Article, and have submitted data to that effect as specified in Article 7.

9. For the purposes of this Article, the term "State not party to this Protocol" shall include, with respect to a particular controlled substance, a State or regional economic integration organization that has not agreed to be bound by the control measures in effect for that substance.

10. By 1 January 1996, the Parties shall consider whether to amend this Protocol in order to extend the measures in this Article to trade in controlled substances in Group I of Annex C and in Annex E with States not party to the Protocol.

Article 4A

Control of trade with Parties

1. Where, after the phase-out date applicable to it for a controlled substance, a Party is unable, despite having taken all practicable steps to comply with its obligation under the Protocol, to cease production of that substance for domestic consumption, other than for uses agreed by the Parties to be essential, it shall ban the export of used, recycled and reclaimed quantities of that substance, other than for

5. Chacune des Parties entreprend, dans toute la mesure du possible, de décourager les exportations des techniques de production ou d'utilisation des substances réglementées énumérées aux annexes A, B, C et E vers tout Etat non Partie au Protocole.

6. Chacune des Parties s'abstient de fournir subventions nouvelles, aide, crédits, garanties ou programmes d'assurance supplémentaires pour l'exportation, vers les Etats non Parties au présent Protocole, de produits, d'équipement, d'installations ou de techniques de nature à faciliter la production de substances réglementées énumérées aux annexes A, B, C et E.

7. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 ne s'appliquent pas aux produits, équipements, installations ou techniques qui servent à améliorer le confinement, la récupération, le recyclage ou la destruction des substances réglementées, à promouvoir la production de substances de substitution, ou à contribuer par d'autres moyens à la réduction des émissions de substances réglementées énumérées aux annexes A, B, C et E.

8. Nonobstant les dispositions du présent article, les importations et les exportations mentionnées aux paragraphes 1 à 4^{ter} du présent article peuvent être autorisées à partir ou à destination d'un Etat non Partie au présent Protocole, à condition qu'une réunion des Parties ait conclu que ledit Etat observe scrupuleusement les dispositions des articles 2, 2A à 2I et du présent article et qu'il a communiqué des données à cet effet comme cela est précisé à l'article 7.

9. Aux fins du présent article, l'expression «Etat non Partie au présent Protocole» désigne, en ce qui concerne toute substance réglementée, un Etat ou une organisation régionale d'intégration économique qui n'a pas accepté d'être lié par les mesures de réglementation en vigueur pour cette substance.

10. Le 1^{er} janvier 1996 au plus tard, les Parties auront décidé s'il convient de modifier le présent Protocole afin d'étendre les mesures prévues par le présent article aux échanges des substances réglementées du groupe I de l'annexe C et de l'annexe E avec des Etats non Parties au Protocole.

Article 4A

Réglementation des échanges commerciaux avec les Parties

1. Lorsqu'après la date d'élimination qui lui est applicable pour une substance réglementée donnée une Partie se trouve dans l'incapacité, bien qu'ayant pris toutes les mesures pratiques pour s'acquitter de ses obligations en vertu du Protocole, de mettre un terme à la production de ladite substance destinée à la consommation intérieure, aux fins d'utilisations autres que celles que les Parties ont décidé de consi-

(5) Jede Vertragspartei wird nach besten Kräften bestrebt sein, der Ausfuhr von Technologie zur Herstellung und Verwendung geregelter Stoffe in den Anlagen A, B, C und E in Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, entgegenzuwirken.

(6) Jede Vertragspartei sieht davon ab, neue Subventionen, Hilfen, Kredite, Garantien oder Versicherungsprogramme für die Ausfuhr von Erzeugnissen, Ausrüstung, Anlagen oder Technologie, welche die Herstellung geregelter Stoffe in den Anlagen A, B, C und E erleichtern, in Staaten zur Verfügung zu stellen, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(7) Die Absätze 5 und 6 gelten nicht für Erzeugnisse, Ausrüstung, Anlagen oder Technologie, welche die Einkapselung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung geregelter Stoffe in den Anlagen A, B, C und E verbessern, die Entwicklung alternativer Stoffe fördern oder sonst zur Verminderung der Emissionen geregelter Stoffe in den Anlagen A, B, C und E beitragen.

(8) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels können die in den Absätzen 1 bis 4^{ter} bezeichneten Einfuhren aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, und die in den Absätzen 1 bis 4^{ter} bezeichneten Ausfuhren in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, erlaubt werden, wenn eine Tagung der Vertragsparteien feststellt, dass der betreffende Staat den Artikel 2, die Artikel 2A bis 2I und den vorliegenden Artikel voll einhält und diesbezügliche Daten nach Artikel 7 vorgelegt hat.

(9) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Begriff „Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist“ im Hinblick auf einen bestimmten geregelten Stoff einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht zugestimmt haben, durch die Regelungsmaßnahmen für diesen Stoff gebunden zu sein.

(10) Bis zum 1. Januar 1996 prüfen die Vertragsparteien, ob sie dieses Protokoll ändern sollen, um die in diesem Artikel genannten Maßnahmen auf den Handel mit geregelten Stoffen in Gruppe I der Anlage C und in Anlage E mit Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, auszudehnen.

Artikel 4A

Regelung des Handels mit Vertragsparteien

(1) Ist eine Vertragspartei, obwohl sie alle durchführbaren Schritte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Protokoll unternommen hat, nach Ablauf der für sie geltenden Auslauffrist für einen geregelten Stoff nicht in der Lage, die Produktion dieses Stoffes für den nationalen Verbrauch außer für die Erfüllung von Zwecken, die von den Vertragsparteien einvernehmlich als wesentlich erachtet worden sind, einzu-

the purpose of destruction.

2. Paragraph 1 of this Article shall apply without prejudice to the operation of Article 11 of the Convention and the non-compliance procedure developed under Article 8 of the Protocol.

Article 4B

Licensing

1. Each Party shall, by 1 January 2000 or within three months of the date of entry into force of this Article for it, whichever is the later, establish and implement a system for licensing the import and export of new, used, recycled and reclaimed controlled substances in Annexes A, B, C and E.

2. Notwithstanding paragraph 1 of this Article, any Party operating under paragraph 1 of Article 5 which decides it is not in a position to establish and implement a system for licensing the import and export of controlled substances in Annexes C and E, may delay taking those actions until 1 January 2005 and 1 January 2002, respectively.

3. Each Party shall, within three months of the date of introducing its licensing system, report to the Secretariat on the establishment and operation of that system.

4. The Secretariat shall periodically prepare and circulate to all Parties a list of the Parties that have reported to it on their licensing systems and shall forward this information to the Implementation Committee for consideration and appropriate recommendations to the Parties.

Article 5

Special situation of developing countries

1. Any Party that is a developing country and whose annual calculated level of consumption of the controlled substances in Annex A is less than 0.3 kilograms per capita on the date of the entry into force of the Protocol for it, or any time thereafter until 1 January 1999, shall, in order to meet its basic domestic needs, be entitled to delay for ten years its compliance with the control measures set out in Articles 2A to 2E, provided that any further amendments to the adjustments or Amendment adopted at the Second Meeting of the Parties in London, 29 June 1990, shall apply to the Parties operating under this paragraph after the review provided for in paragraph 8 of this Article has taken place and shall be based on the conclusions of that review.

dérer comme essentielles, ladite Partie interdit l'exportation de quantités utilisées, recyclées et régénérées de ladite substance lorsque ces quantités sont destinées à d'autres fins que la destruction.

2. Le paragraphe 1 du présent article s'applique sous réserve de l'application de l'article 11 de la Convention et de la procédure de non respect élaborée au titre de l'article 8 du Protocole.

Article 4B

Autorisation

1. Chacune des Parties met en place et en oeuvre, le 1^{er} janvier 2000 au plus tard ou dans un délai de trois mois à compter de la date d'entrée en vigueur du présent article en ce qui la concerne, la date la plus éloignée étant retenue, un système d'autorisation des importations et des exportations de substances réglementées nouvelles, utilisées, recyclées et régénérées des annexes A, B, C et E.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, chaque Partie visée au paragraphe 1 de l'article 5 qui décide qu'elle n'est pas en mesure de mettre en place et en oeuvre un système d'autorisation des importations et des exportations des substances réglementées des annexes C et E peut reporter au 1^{er} janvier 2005 et au 1^{er} janvier 2002, respectivement, l'adoption de ces mesures.

3. Chacune des Parties, dans un délai de trois mois à compter de la date d'entrée en vigueur du système d'autorisation, fait rapport au Secrétariat sur la mise en place et le fonctionnement dudit système.

4. Le Secrétariat établit et diffuse périodiquement à toutes les Parties la liste des Parties ayant fait rapport sur leur système d'autorisation et communique cette information au Comité d'application aux fins d'examen et de recommandations appropriées aux Parties.

Article 5

Situation particulière des pays en développement

1. Toute Partie qui est un pays en développement et dont le niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées de l'annexe A est inférieur à 0,3 kg par habitant à la date d'entrée en vigueur du Protocole en ce qui la concerne, ou à toute date ultérieure jusqu'au 1^{er} janvier 1999, est autorisée, pour satisfaire ses besoins intérieurs fondamentaux, à surseoir pendant dix ans à l'observation des mesures de réglementation énoncées aux articles 2A à 2E sous réserve que tout amendement ultérieur aux ajustements ou tout autre amendement adopté à la deuxième réunion des Parties à Londres, le 29 juin 1990, s'applique aux Parties visées au présent paragraphe une fois effectué l'examen prévu au paragraphe 8 du présent article,

stellen, so verbietet sie die Ausfuhr gebrauchter, wiederverwerteter und zurückgewonnener Mengen dieser Stoffe, sofern die Ausfuhr nicht zum Zweck der Vernichtung geschieht.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt unbeschadet der Wirkungsweise des Artikels 11 des Übereinkommens und des nach Artikel 8 des Protokolls entwickelten Nichteinhaltungsverfahrens.

Artikel 4B

Lizenzerteilung

(1) Jede Vertragspartei richtet bis zum 1. Januar 2000 oder innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem dieser Artikel für sie in Kraft tritt, je nachdem welcher Zeitpunkt der spätere ist, ein System zur Lizenzerteilung für die Einfuhr und Ausfuhr von neuen, gebrauchten, wiederverwerteten und zurückgewonnenen geregelten Stoffen der Anlagen A, B, C und E ein und setzt es um.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels kann jede der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien, die sich nicht in der Lage sieht, ein System zur Lizenzerteilung für die Einfuhr und Ausfuhr von geregelten Stoffen der Anlagen C und E einzurichten und umzusetzen, solche Maßnahmen bis 1. Januar 2005 beziehungsweise 1. Januar 2002 hinauszuschieben.

(3) Innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Einführung ihres Systems zur Lizenzerteilung berichtet jede Vertragspartei dem Sekretariat über die Einrichtung und die Wirkungsweise des Systems.

(4) Das Sekretariat erstellt in regelmäßigen Abständen eine Liste der Vertragsparteien, die ihm über ihre Systeme zur Lizenzerteilung berichtet haben, und übermittelt sie allen Vertragsparteien; das Sekretariat übersendet diese Angaben an den Durchführungsausschuss zur Prüfung und zur Abgabe geeigneter Empfehlungen an die Vertragsparteien.

Artikel 5

Besondere Lage der Entwicklungsländer

(1) Jede Vertragspartei, die ein Entwicklungsland ist und deren jährlicher berechneter Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage A am Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls für diese Vertragspartei oder zu irgendeiner Zeit danach bis zum 1. Januar 1999 unter 0,3 kg pro Kopf liegt, kann die Erfüllung der in den Artikeln 2A bis 2E vorgesehenen Regulationsmaßnahmen um zehn Jahre verschieben, um ihre grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken; jedoch findet jede weitere Änderung der Anpassungen oder der Änderung, die auf der zweiten Tagung der Vertragsparteien am 29. Juni 1999 in London angenommen wurden, auf die in diesem Absatz bezeichneten Vertragsparteien Anwendung, nachdem die in Absatz 8

1^{bis}-The Parties shall, taking into account the review referred to in paragraph 8 of this Article, the assessments made pursuant to Article 6 and any other relevant information, decide by 1 January 1996, through the procedure set forth in paragraph 9 of Article 2:

- (a) With respect to paragraphs 1 to 6 of Article 2F, what base year, initial levels, control schedules and phase-out date for consumption of the controlled substances in Group I of Annex C will apply to Parties operating under paragraph 1 of this Article;
- (b) With respect to Article 2G, what phase-out date for production and consumption of the controlled substances in Group II of Annex C will apply to Parties operating under paragraph 1 of this Article; and
- (c) With respect to Article 2H, what base year, initial levels and control schedules for consumption and production of the controlled substance in Annex E will apply to Parties operating under paragraph 1 of this Article.

2. However, any Party operating under paragraph 1 of this Article shall exceed neither an annual calculated level of consumption of the controlled substances in Annex A of 0.3 kilograms per capita nor an annual calculated level of consumption of controlled substances of Annex B of 0.2 kilograms per capita.

3. When implementing the control measures set out in Articles 2A to 2E, any Party operating under paragraph 1 of this Article shall be entitled to use:

- (a) For controlled substances under Annex A, either the average of its annual calculated level of consumption for the period 1995 to 1997 inclusive or a calculated level of consumption of 0.3 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures relating to consumption.
- (b) For controlled substances under Annex B, the average of its annual calculated level of consumption for the period 1998 to 2000 inclusive or a calculated level of consumption of 0.2 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures relating to consumption.
- (c) For controlled substances under Annex A, either the average of its annual calculated level of production for the period 1995 to 1997 inclusive or a calculated

et qu'il soit tenu compte des conclusions de cet examen.

1^{bis}. Compte tenu de l'examen visé au paragraphe 8 du présent article, des estimations faites en application de l'article 6 et de tous autres renseignements pertinents, les Parties décident le 1^{er} janvier 1996 au plus tard, conformément à la procédure énoncée au paragraphe 9 de l'article 2:

- a) En ce qui concerne les paragraphes 1 à 6 de l'article 2F, de l'année de référence, des niveaux initiaux, des calendriers de réglementation et de la date d'élimination correspondant à la consommation des substances réglementées du groupe I de l'annexe C qui sont applicables aux Parties visées au paragraphe 1 du présent article;
- b) En ce qui concerne l'article 2G, de la date à laquelle mettre fin à la production et à la consommation des substances réglementées du groupe II de l'annexe C qui est applicable aux Parties visées au paragraphe 1 du présent article;
- c) En ce qui concerne l'article 2H, de l'année de référence, des niveaux initiaux et des calendriers de réglementation de la consommation et de la production de la substance réglementée de l'annexe E qui sont applicables aux Parties visées au paragraphe 1 du présent article.

2. Toutefois, toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article ne doit pas dépasser un niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées à l'annexe A de 0,3 kg par habitant ni un niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées à l'annexe B de 0,2 kg par habitant.

3. Lorsqu'elle applique les mesures de réglementation énoncées aux articles 2A à 2E, toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article est autorisée à utiliser:

- a) S'il s'agit des substances réglementées de l'annexe A, soit la moyenne de son niveau calculé de consommation annuelle pour la période allant de 1995 à 1997 inclus, soit le niveau calculé de consommation de 0,3 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation en ce qui concerne la consommation;
- b) S'il s'agit des substances réglementées de l'annexe B, soit la moyenne de son niveau calculé de consommation annuelle pour la période allant de 1998 à 2000 inclus, soit le niveau calculé de consommation de 0,2 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation en ce qui concerne la consommation;
- c) S'il s'agit des substances réglementées de l'annexe A, soit la moyenne de son niveau calculé de production annuelle pour la période allant de 1995 à 1997

vorgesehene Überprüfung stattgefunden hat, und gründet sich auf die Schlussfolgerungen dieser Überprüfung.

(1^{bis}) Unter Berücksichtigung der Überprüfung nach Absatz 8 des vorliegenden Artikels, der Bewertungen nach Artikel 6 und aller anderen zweckdienlichen Informationen beschließen die Vertragsparteien bis zum 1. Januar 1996 nach dem in Artikel 2 Absatz 9 dargelegten Verfahren

- a) in Bezug auf Artikel 2F Absätze 1 bis 6 das Bezugsjahr, die Ausgangsmengen, die Regelungszeitpläne und die Auslauffristen für den Verbrauch der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C, die auf die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels bezeichneten Vertragsparteien Anwendung finden;
- b) in Bezug auf Artikel 2G die Auslauffrist für die Produktion und den Verbrauch der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage C, die auf die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels bezeichneten Vertragsparteien Anwendung findet, und
- c) in Bezug auf Artikel 2H das Bezugsjahr, die Ausgangsmengen und die Regelungszeitpläne für die Produktion und den Verbrauch des geregelten Stoffes in Anlage E, die auf die in Absatz 1 des vorliegenden Artikels bezeichneten Vertragsparteien Anwendung finden.

(2) Eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei darf jedoch weder einen jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage A von 0,3 kg pro Kopf noch einen jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage B von 0,2 kg pro Kopf überschreiten.

(3) Bei der Durchführung der in den Artikeln 2A bis 2E festgelegten Regelungsmaßnahmen hat jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei das Recht,

- a) für geregelte Stoffe nach Anlage A entweder den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs von 1995 bis 1997 oder einen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,3 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regelungsmaßnahmen in Bezug auf den Verbrauch zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist;
- b) für geregelte Stoffe nach Anlage B den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs von 1998 bis 2000 oder einen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,2 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regelungsmaßnahmen in Bezug auf den Verbrauch zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist;
- c) für geregelte Stoffe nach Anlage A entweder den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihrer Produktion von 1995 bis 1997 oder einen berech-

ed level of production of 0.3 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures relating to production.

- (d) For controlled substances under Annex B, either the average of its annual calculated level of production for the period 1998 to 2000 inclusive or a calculated level of production of 0.2 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures relating to production.

4. If a Party operating under paragraph 1 of this Article, at any time before the control measures obligations in Articles 2A to 2I become applicable to it, finds itself unable to obtain an adequate supply of controlled substances, it may notify this to the Secretariat. The Secretariat shall forthwith transmit a copy of such notification to the Parties, which shall consider the matter at their next Meeting, and decide upon appropriate action to be taken.

5. Developing the capacity to fulfil the obligations of the Parties operating under paragraph 1 of this Article to comply with the control measures set out in Articles 2A to 2E and Article 2I, and any control measures in Articles 2F to 2H that are decided pursuant to paragraph 1^{bis} of this Article, and their implementation by those same Parties will depend upon the effective implementation of the financial co-operation as provided by Article 10 and the transfer of technology as provided by Article 10A.

6. Any Party operating under paragraph 1 of this Article may, at any time, notify the Secretariat in writing that, having taken all practicable steps it is unable to implement any or all of the obligations laid down in Articles 2A to 2E and Article 2I, or any or all obligations in Articles 2F to 2H that are decided pursuant to paragraph 1^{bis} of this Article, due to the inadequate implementation of Articles 10 and 10A. The Secretariat shall forthwith transmit a copy of the notification to the Parties, which shall consider the matter at their next Meeting, giving due recognition to paragraph 5 of this Article and shall decide upon appropriate action to be taken.

7. During the period between notification and the Meeting of the Parties at which the appropriate action referred to in paragraph 6 above is to be decided, or for a further period if the Meeting of the Parties so decides, the non-compliance procedures referred to in Article 8 shall not be invoked against the notifying Party.

inclus, soit le niveau calculé de production de 0,3 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation en ce qui concerne la production;

- d) S'il s'agit de substances réglementées de l'annexe B, soit la moyenne de son niveau calculé de production annuelle pour la période allant de 1998 à 2000 inclus, soit le niveau calculé de production de 0,2 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation en ce qui concerne la production.

4. Toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article qui, à tout moment avant d'être assujettie aux obligations énoncées aux articles 2A à 2I découlant des mesures de réglementation, se trouve dans l'incapacité d'obtenir des quantités suffisantes de substances réglementées, peut notifier cette situation au Secrétariat. Le Secrétariat communique aussitôt un exemplaire de cette notification aux autres Parties, qui examinent le problème à leur réunion suivante et décident des mesures appropriées à prendre.

5. Le développement des moyens permettant aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 de s'acquitter de l'obligation de se conformer aux mesures de réglementation énoncées aux articles 2A à 2E et à l'article 2I, ainsi qu'à toute mesure de réglementation stipulée aux articles 2F à 2H en application du paragraphe 1^{bis} du présent article, et de les appliquer dépendra de la mise en oeuvre effective de la coopération financière prévue à l'article 10 et du transfert de technologie prévu à l'article 10A.

6. Toute Partie visée au paragraphe 1 de l'article 5 peut, à tout moment, faire savoir par écrit au Secrétariat que, ayant pris toutes les mesures en son pouvoir, elle se trouve dans l'incapacité de se conformer à une ou plusieurs des obligations énoncées aux articles 2A à 2E et à l'article 2I, ou à une ou plusieurs des obligations énoncées aux articles 2F à 2H en application du paragraphe 1^{bis} du présent article, du fait que les dispositions des articles 10 et 10A n'ont pas été suffisamment observées. Le Secrétariat transmet immédiatement un exemplaire de cette notification aux Parties, qui examinent la question à leur réunion suivante compte dûment tenu du paragraphe 5 du présent article et décident des mesures appropriées à prendre.

7. Au cours de la période qui s'écoule entre la notification et la réunion des Parties à laquelle les mesures appropriées mentionnées au paragraphe 6 ci-dessus doivent être décidées, ou pour une période plus longue si la réunion des Parties en décide ainsi, les procédures prévues à l'article 8 en cas de non respect ne seront pas

neten Umfang der Produktion von 0,3 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regelungsmaßnahmen in Bezug auf die Produktion zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist;

- d) für geregelte Stoffe nach Anlage B entweder den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihrer Produktion von 1998 bis 2000 oder einen berechneten Umfang der Produktion von 0,2 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regelungsmaßnahmen in Bezug auf die Produktion zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist.

(4) Sieht sich eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei zu irgendeiner Zeit, bevor die in den Artikeln 2A bis 2I bezeichneten Verpflichtungen hinsichtlich der Regelungsmaßnahmen auf sie Anwendung finden, nicht in der Lage, eine ausreichende Versorgung mit geregelten Stoffen zu erlangen, so kann sie dies dem Sekretariat notifizieren. Das Sekretariat übermittelt eine Kopie dieser Notifikation umgehend den Vertragsparteien; diese beraten die Angelegenheit auf ihrer nächsten Tagung und beschließen angemessene Maßnahmen.

(5) Die Entwicklung der Fähigkeit der in Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die in den Artikeln 2A bis 2E und Artikel 2I bezeichneten Regelungsmaßnahmen und alle in den Artikeln 2F bis 2H bezeichneten Regelungsmaßnahmen, die nach Absatz 1^{bis} des vorliegenden Artikels beschlossen werden, einzuhalten, und die Umsetzung dieser Maßnahmen durch diese Vertragsparteien sind abhängig von der wirksamen Durchführung der in Artikel 10 vorgesehenen finanziellen Zusammenarbeit und der in Artikel 10A vorgesehenen Weitergabe von Technologie.

(6) Jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei kann dem Sekretariat jederzeit schriftlich notifizieren, dass sie, obwohl sie alle durchführbaren Schritte unternommen hat, aufgrund der unzureichenden Durchführung der Artikel 10 und 10A nicht in der Lage ist, einzelne oder alle in den Artikeln 2A bis 2E und Artikel 2I genannten Verpflichtungen oder einzelne oder alle in den Artikeln 2F bis 2H genannten Verpflichtungen, die nach Absatz 1^{bis} des vorliegenden Artikels beschlossen werden, zu erfüllen. Das Sekretariat übermittelt eine Kopie der Notifikation umgehend den Vertragsparteien; diese beraten die Angelegenheit auf ihrer nächsten Tagung unter gebührender Berücksichtigung des Absatzes 5 und beschließen angemessene Maßnahmen.

(7) In der Zeit zwischen der Notifikation und der Tagung der Vertragsparteien, auf der die in Absatz 6 bezeichneten angemessenen Maßnahmen beschlossen werden sollen, oder während eines weiteren Zeitraums, wenn die Tagung der Vertragsparteien dies beschließt, werden die in Artikel 8 bezeichneten Verfahren bei Nicht-

8. A Meeting of the Parties shall review, not later than 1995, the situation of the Parties operating under paragraph 1 of this Article, including the effective implementation of financial co-operation and transfer of technology to them, and adopt such revisions that may be deemed necessary regarding the schedule of control measures applicable to those Parties.

8^{bis}. Based on the conclusions of the review referred to in paragraph 8 above:

- (a) With respect to the controlled substances in Annex A, a Party operating under paragraph 1 of this Article shall, in order to meet its basic domestic needs, be entitled to delay for ten years its compliance with the control measures adopted by the Second Meeting of the Parties in London, 29 June 1990, and reference by the Protocol to Articles 2A and 2B shall be read accordingly;
- (b) With respect to the controlled substances in Annex B, a Party operating under paragraph 1 of this Article shall, in order to meet its basic domestic needs, be entitled to delay for ten years its compliance with the control measures adopted by the Second Meeting of the Parties in London, 29 June 1990, and reference by the Protocol to Articles 2C to 2E shall be read accordingly.

8^{ter}. Pursuant to paragraph 1^{bis} above:

- (a) Each Party operating under paragraph 1 of this Article shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2016, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 2015. As of 1 January 2016 each Party operating under paragraph 1 of this Article shall comply with the control measures set out in paragraph 8 of Article 2F and, as the basis for its compliance with these control measures, it shall use the average of its calculated levels of production and consumption in 2015;
- (b) Each Party operating under paragraph 1 of this Article shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2040, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex C does not exceed zero;
- (c) Each Party operating under paragraph 1 of this Article shall comply with Article 2G;

invoquées à l'encontre de la Partie qui a donné notification.

8. Une réunion des Parties examinera, au plus tard en 1995, la situation des Parties visées au paragraphe 1 du présent article, notamment en ce qui concerne la mise en oeuvre effective de la coopération financière et du transfert de technologie prévus à leur intention, et adoptera les modifications qu'il pourrait être nécessaire d'apporter aux mesures de réglementation qui s'appliquent à ces Parties.

8^{bis}. Sur la base des conclusions de l'examen visé au paragraphe 8 ci-dessus:

- a) S'agissant de substances réglementées de l'annexe A, une Partie visée au paragraphe 1 du présent article est autorisée, pour satisfaire ses besoins intérieurs fondamentaux, à surseoir pendant dix ans au respect des mesures de réglementation adoptées par la deuxième Réunion des Parties à Londres, le 29 juin 1990; il conviendra de lire en conséquence toute référence dans le Protocole aux articles 2C à 2E;
- b) S'agissant des substances réglementées de l'annexe B, une Partie visée au paragraphe 1 du présent article est autorisée, pour satisfaire ses besoins intérieurs fondamentaux, à surseoir pendant dix ans au respect des mesures de réglementation adoptées par la deuxième Réunion des Parties à Londres, le 29 juin 1990; il conviendra de lire en conséquence toute référence dans le Protocole aux articles 2C à 2E.

8^{ter}. Conformément au paragraphe 1^{bis} ci-dessus:

- a) Chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article veille à ce qu'au cours de la période de douze mois débutant le 1^{er} janvier 2016, et par la suite au cours de chaque période de douze mois, son niveau calculé de consommation annuelle de substances réglementées du groupe I de l'annexe C n'excède pas son niveau calculé de consommation de 2015. Au 1^{er} janvier 2016 chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article est tenue de se conformer aux mesures de réglementation énoncées à l'article 2F et, pour déterminer si elle se conforme à ces mesures, elle recourt à la moyenne de ses niveaux calculés de production et de consommation en 2015;
- b) Chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article veille à ce qu'au cours de la période de douze mois débutant le 1^{er} janvier 2040, et par la suite au cours de chaque période de douze mois, son niveau calculé de consommation annuelle de substances réglementées du groupe I de l'annexe C soit réduit à zéro.
- c) Chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article se conforme aux dispositions de l'article 2G.

einhaltung gegen die notifizierende Vertragspartei nicht angewendet.

(8) Eine Tagung der Vertragsparteien überprüft spätestens 1995 die Lage der in Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien, einschließlich der wirksamen Durchführung der finanziellen Zusammenarbeit und der Weitergabe von Technologie an diese Vertragsparteien, und beschließt die für notwendig befundenen Revisionen in Bezug auf den für diese Vertragsparteien geltenden Zeitplan für die Regulationsmaßnahmen.

(8^{bis}) Auf der Grundlage der aus der Überprüfung nach Absatz 8 gezogenen Schlussfolgerungen

- a) kann eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei in Bezug auf die in Anlage A geregelten Stoffe die Erfüllung der von der zweiten Tagung der Vertragsparteien am 29. Juni 1990 in London beschlossenen Regulationsmaßnahmen um zehn Jahre verschieben, um ihre grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken; Bezugnahmen des Protokolls auf Artikel 2A und 2B sind entsprechend auszulegen;
- b) kann eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei in Bezug auf die in Anlage B geregelten Stoffe die Erfüllung der von der zweiten Tagung der Vertragsparteien am 29. Juni 1990 in London beschlossenen Regulationsmaßnahmen um zehn Jahre verschieben, um ihre grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken; Bezugnahmen des Protokolls auf Artikel 2C bis 2E sind entsprechend auszulegen.

(8^{ter}) Nach Absatz 1^{bis} ist Folgendes zu beachten:

- a) Jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2016 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C jährlich denjenigen von 2015 nicht übersteigt. Ab dem 1. Januar 2016 erfüllt jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei die in Artikel 2F Absatz 8 aufgeführten Regulationsmaßnahmen und verwendet als Grundlage hierfür den Durchschnitt des berechneten Umfangs ihrer Produktion und ihres Verbrauchs von 2015;
- b) jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2040 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage C Null nicht übersteigt;
- c) jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei erfüllt die Bestimmungen des Artikels 2G;

(d) With regard to the controlled substance contained in Annex E:

- (i) As of 1 January 2002 each Party operating under paragraph 1 of this Article shall comply with the control measures set out in paragraph 1 of Article 2H and, as the basis for its compliance with these control measures, it shall use the average of its annual calculated level of consumption and production, respectively, for the period of 1995 to 1998 inclusive;
- (ii) Each Party operating under paragraph 1 of this Article shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005, and in each twelve-month period thereafter, its calculated levels of consumption and production of the controlled substance in Annex E do not exceed, annually, eighty per cent of the average of its annual calculated levels of consumption and production, respectively, for the period of 1995 to 1998 inclusive;
- (iii) Each Party operating under paragraph 1 of this Article shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2015 and in each twelve-month period thereafter, its calculated levels of consumption and production of the controlled substance in Annex E do not exceed zero. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy uses agreed by them to be critical uses;
- (iv) The calculated levels of consumption and production under this subparagraph shall not include the amounts used by the Party for quarantine and pre-shipment applications.

9. Decisions of the Parties referred to in paragraph 4, 6 and 7 of this Article shall be taken according to the same procedure applied to decision-making under Article 10.

Article 6

Assessment and review of control measures

Beginning in 1990, and at least every four years thereafter, the Parties shall assess the control measures provided for in Article 2 and Articles 2A to 2I on the basis of available scientific, environmental, technical and economic information. At least one year before each assessment, the Parties shall convene appropriate panels of experts qualified in the fields mentioned and determine the composition and terms

d) S'agissant de la substance réglementée figurant à l'annexe E:

- i) A compter du 1^{er} janvier 2002 chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article est tenue de se conformer aux mesures de réglementation énoncées au paragraphe 1 de l'article 2H et, pour déterminer si elle se conforme à ces mesures, elle recourt à la moyenne de son niveau annuel calculé de consommation et de production, respectivement, pour la période allant de 1995 à 1998 inclus;
- ii) Chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article veille à ce qu'au cours de la période de douze mois débutant le 1^{er} janvier 2005, et par la suite au cours de chaque période de douze mois, ses niveaux calculés de consommation et de production de la substance réglementée de l'annexe E n'excède pas, annuellement, 80 % de la moyenne de ses niveaux annuels calculés de consommation et de production, respectivement, pour la période allant de 1995 à 1998 inclus;
- iii) Chacune des Parties visées au paragraphe 1 du présent article veille à ce qu'au cours de la période de douze mois débutant le 1^{er} janvier 2015, et par la suite au cours de chaque période de douze mois, ses niveaux calculés de production et de production de la substance réglementée de l'annexe E soient réduits à zéro. Le présent paragraphe s'applique sauf dans la mesure où les Parties décident d'autoriser le niveau de production et de consommation qui est nécessaire aux utilisations dont elles conviennent qu'elles sont essentielles;
- iv) Les niveaux de consommation et de production calculés au titre du présent alinéa ne tiennent pas compte des quantités utilisées par la Partie considérée à des fins sanitaires et pour les traitements préalables à l'expédition.

9. Les décisions des Parties visées aux paragraphes 4, 6 et 7 du présent article sont prises selon la même procédure que celles qui sont prévues à l'article 10.

Article 6

Evaluation et examen des mesures de réglementation

A compter de 1990, et au moins tous les quatre ans par la suite, les Parties évaluent l'efficacité des mesures de réglementation énoncées à l'article 2 et aux articles 2A à 2I en se fondant sur les données scientifiques, environnementales, techniques et économiques dont elles disposent. Un an au moins avant chaque évaluation, les Parties réunissent les groupes nécessaires d'experts qualifiés dans les domaines

d) in Bezug auf den in Anlage E geregelten Stoff gilt Folgendes:

- i) ab dem 1. Januar 2002 erfüllt jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei die in Artikel 2H Absatz 1 aufgeführten Regelungsmaßnahmen und verwendet als Grundlage hierfür den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs beziehungsweise ihrer Produktion während des Zeitraums von 1995 bis einschließlich 1998;
- ii) jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs und ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Anlage E jährlich 80 v. H. des Durchschnitts des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs beziehungsweise ihrer Produktion während des Zeitraums von 1995 bis einschließlich 1998 nicht übersteigt;
- iii) jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei sorgt dafür, dass während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2015 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs und ihrer Produktion des geregelten Stoffes in Anlage E Null nicht übersteigt. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung von Zwecken notwendig ist, die von ihnen einvernehmlich als unabdingbar erachtet werden;
- iv) der berechnete Umfang des Verbrauchs und der Produktion nach diesem Artikel schließt nicht die Mengen ein, die von der Vertragspartei in Quarantänefällen und vor dem Versand verwendet werden.

(9) Die Beschlüsse der Vertragsparteien nach den Absätzen 4, 6 und 7 werden nach demselben Verfahren gefasst, das für die Beschlussfassung nach Artikel 10 gilt.

Artikel 6

Bewertung und Überprüfung der Regelungsmaßnahmen

Erstmalig 1990 und danach mindestens alle vier Jahre bewerten die Vertragsparteien die in Artikel 2 und den Artikeln 2A bis 2I vorgesehenen Regelungsmaßnahmen auf der Grundlage verfügbarer wissenschaftlicher, umweltbezogener, technischer und wirtschaftlicher Informationen. Mindestens ein Jahr vor jeder Bewertung berufen die Vertragsparteien geeignete Gruppen von Sachverständigen ein, die auf den genann-

of reference of any such panels. Within one year of being convened, the panels will report their conclusions, through the Secretariat, to the Parties.

Article 7

Reporting of data

1. Each Party shall provide to the Secretariat, within three months of becoming a Party, statistical data on its production, imports and exports of each of the controlled substances in Annex A for the year 1986, or the best possible estimates of such data where actual data are not available.

2. Each Party shall provide to the Secretariat statistical data on its production, imports and exports of each of the controlled substances

- in Annex B and Annexes I and II of Group C for the year 1989;
- in Annex E, for the year 1991,

or the best possible estimates of such data where actual data are not available, not later than three months after the date when the provisions set out in the Protocol with regard to the substances in Annexes B, C and E respectively enter into force for that Party.

3. Each Party shall provide to the Secretariat statistical data on its annual production (as defined in paragraph 5 of Article 1) of each of the controlled substances listed in Annexes A, B, C and E and, separately, for each substance,

- Amounts used for feedstocks,
- Amounts destroyed by technologies approved by the Parties, and
- Imports from and exports to Parties and non-Parties respectively,

for the year during which provisions concerning the substances in Annexes A, B, C and E respectively entered into force for that Party and for each year thereafter. Each Party shall provide to the Secretariat statistical data on the annual amount of the controlled substance listed in Annex E used for quarantine and pre-shipment applications. Data shall be forwarded not later than nine months after the end of the year to which the data relate.

mentionnés, dont elles déterminent la composition et le mandat. Dans un délai d'un an à compter de la date de leur réunion, lesdits groupes communiquent leurs conclusions aux Parties, par l'intermédiaire du Secrétariat.

Article 7

Communication des données

1. Chacune des Parties communique au Secrétariat, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle est devenue Partie au Protocole, des données statistiques sur sa production, ses importations et ses exportations de chacune des substances réglementées de l'annexe A pour l'année 1986, ou les meilleures estimations possibles lorsque les données proprement dites font défaut.

2. Chacune des Parties communique au Secrétariat des données statistiques sur sa production, ses importations et ses exportations de chacune des substances réglementées:

- de l'annexe B et des groupes I et II de l'annexe C, pour l'année 1989;
- de l'annexe E, pour l'année 1991,

ou les meilleures estimations possibles lorsque les données proprement dites font défaut, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle les dispositions énoncées dans le Protocole en ce qui concerne les substances visées aux annexes B, C et E, respectivement, sont entrées en vigueur à l'égard de cette Partie.

3. Chacune des Parties communique au Secrétariat des données statistiques sur sa production annuelle (telle que définie au paragraphe 5 de l'article 1) de chacune des substances réglementées énumérées aux annexes A, B, C et E et, séparément, pour chaque substance,

- Les quantités utilisées comme matières premières,
- Les quantités détruites par des techniques approuvées par les Parties,
- Les importations et les exportations en provenance et à destination, respectivement, des Parties et non Parties,

pour l'année au cours de laquelle les dispositions concernant les substances des annexes A, B, C et E, respectivement, sont entrées en vigueur à l'égard de la Partie considérée et pour chacune des années suivantes. Chaque Partie communique au Secrétariat des données statistiques sur la quantité annuelle de la substance réglementée inscrite à l'annexe E utilisée à des fins sanitaires et pour les traitements préalables à l'expédition. Ces données sont communiquées dans un délai maximum de neuf mois après la fin de l'année à laquelle elles se rapportent.

ten Gebieten fachlich befähigt sind, und bestimmen die Zusammensetzung und die Aufgaben dieser Gruppen. Innerhalb eines Jahres nach der Einberufung teilen die Gruppen den Vertragsparteien über das Sekretariat ihre Schlussfolgerungen mit.

Artikel 7

Datenberichterstattung

(1) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat innerhalb von drei Monaten nach dem Tag, an dem sie Vertragspartei wird, statistische Daten über ihre Produktion, ihre Einfuhren und ihre Ausfuhren jedes der geregelten Stoffe in Anlage A für das Jahr 1986 oder, wenn solche Daten nicht vorliegen, bestmögliche Schätzungen.

(2) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat spätestens drei Monate nach dem Tag, an dem die in dem Protokoll für die Stoffe in den Anlagen B, C beziehungsweise E festgelegten Bestimmungen für diese Vertragsparteien in Kraft treten, statistische Daten über ihre Produktion, ihre Einfuhren und ihre Ausfuhren jedes der geregelten Stoffe

- in Anlage B und in den Gruppen I und II der Anlage C für das Jahr 1989,
- in Anlage E für das Jahr 1991

oder wenn solche Daten nicht vorliegen, bestmögliche Schätzungen.

(3) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat statistische Daten über ihre jährliche Produktion (im Sinne des Artikels 1 Nummer 5) jedes der in den Anlagen A, B, C und E geregelten Stoffe sowie gesondert für jeden Stoff über

- Mengen, die als Ausgangsmaterial zur Herstellung anderer Stoffe verwendet wurden,
- Mengen, die durch von den Vertragsparteien genehmigte Verfahren vernichtet wurden,
- Einfuhren aus sowie Ausfuhren nach Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien

für das Jahr, in dem die Bestimmungen betreffend die Stoffe in den Anlagen A, B, C beziehungsweise E für diese Vertragspartei in Kraft getreten sind, sowie für jedes darauf folgende Jahr. Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat statistische Daten über die jährliche Menge des in Anlage E aufgeführten geregelten Stoffes, die zu Quarantäne zwecken und vor dem Versand verwendet wird. Die Daten werden spätestens neun Monate nach Ablauf des Jahres übermittelt, auf das sie sich beziehen.

3^{bis}. Each Party shall provide to the Secretariat separate statistical data of its annual imports and exports of each of the controlled substances listed in Group II of Annex A and Group I of Annex C that have been recycled.

4. For Parties operating under the provisions of paragraph 8 (a) of Article 2, the requirements in paragraphs 1, 2, 3 and 3^{bis} of this Article in respect of statistical data on imports and exports shall be satisfied if the regional economic integration organization concerned provides data on imports and exports between the organization and States that are not members of that organization.

Article 8

Non-compliance

The Parties, at their first meeting, shall consider and approve procedures and institutional mechanisms for determining non-compliance with the provisions of this Protocol and for treatment of Parties found to be in non-compliance.

Article 9

Research, development, public awareness and exchange of information

1. The Parties shall co-operate, consistent with their national laws, regulations and practices and taking into account in particular the needs of developing countries, in promoting, directly or through competent international bodies, research, development and exchange of information on:

- (a) best technologies for improving the containment, recovery, recycling, or destruction of controlled substances or otherwise reducing their emissions;
- (b) possible alternatives to controlled substances, to products containing such substances, and to products manufactured with them; and
- (c) costs and benefits of relevant control strategies.

2. The Parties, individually, jointly or through competent international bodies, shall co-operate in promoting public awareness of the environmental effects of the emissions of controlled substances and other substances that deplete the ozone layer.

3. Within two years of the entry into force of this Protocol and every two years thereafter, each Party shall submit to the Secretariat a summary of the activities it has conducted pursuant to this Article.

3^{bis}. Chacune des Parties fournit au Secrétariat des données statistiques distinctes sur ses importations et exportations annuelles de chacune des substances réglementées du groupe II de l'annexe A et du groupe I de l'annexe C qui ont été recyclées.

4. Les Parties régies par les dispositions du paragraphe 8 a) de l'article 2 auront satisfait aux obligations prévues aux paragraphes 1, 2, 3 et 3^{bis} du présent article relatives à la communication de données statistiques sur les importations et les exportations si l'organisation régionale d'intégration économique concernée fournit des données sur les importations et exportations entre cette organisation et les Etats qui n'en sont pas membres.

Article 8

Non-respect

A leur première réunion, les Parties examinent et approuvent des procédures et des mécanismes institutionnels pour déterminer le non-respect des dispositions du présent Protocole et les mesures à prendre à l'égard des Parties contrevenantes.

Article 9

Recherche, développement, sensibilisation du public et échange de renseignements

1. Les Parties collaborent, conformément à leurs propres lois, réglementations et pratiques et compte tenu en particulier des besoins des pays en développement, pour promouvoir, directement et par l'intermédiaire des organismes internationaux compétents, des activités de recherche-développement et l'échange de renseignements sur:

- a) Les techniques les plus propres à améliorer le confinement, la récupération, le recyclage ou la destruction des substances réglementées ou à réduire par d'autres moyens les émissions de ces substances;
- b) Les options qui pourraient se substituer aux substances réglementées, aux produits qui contiennent de ces substances et aux produits fabriqués à l'aide de ces substances;
- c) Les coûts et avantages des stratégies de réglementation appropriées.

2. Les Parties, individuellement, conjointement ou par l'intermédiaire des organismes internationaux compétents, collaborent afin de favoriser la sensibilisation du public aux effets sur l'environnement des émissions de substances réglementées et d'autres substances qui appauvrissent la couche d'ozone.

3. Dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Protocole, et ensuite tous les deux ans, chacune des Parties remet au Secrétariat un résumé des activités qu'elle a menées en application du présent article.

(3^{bis}) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat gesonderte statistische Daten über ihre jährlichen Einfuhren und Ausfuhren jedes der in Gruppe II der Anlage A und in Gruppe I der Anlage C aufgeführten geregelten Stoffe, die wiederverwertet worden sind.

(4) Für die in Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a bezeichneten Vertragsparteien sind die Erfordernisse der Absätze 1, 2, 3 und 3^{bis} des vorliegenden Artikels im Hinblick auf statistische Daten über Einfuhren und Ausfuhren erfüllt, wenn die betreffende Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration Daten über Einfuhren und Ausfuhren zwischen der Organisation und Staaten, die nicht Mitglieder dieser Organisation sind, zur Verfügung stellt.

Artikel 8

Nichteinhaltung

Die Vertragsparteien beraten und genehmigen auf ihrer ersten Tagung Verfahren und institutionelle Mechanismen für die Feststellung der Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Protokolls und das Vorgehen gegenüber Vertragsparteien, die das Protokoll nicht einhalten.

Artikel 9

Forschung, Entwicklung, öffentliches Bewusstsein und Informationsaustausch

(1) Die Vertragsparteien arbeiten im Einklang mit ihren innerstaatlichen Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten und unter Berücksichtigung insbesondere der Bedürfnisse der Entwicklungsländer zusammen, um unmittelbar oder über zuständige internationale Stellen Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch in folgenden Bereichen zu fördern:

- a) geeignetste Technologien zur Verbesserung der Einkapselung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung von geregelten Stoffen oder zur sonstigen Verminderung der Emissionen solcher Stoffe;
- b) mögliche Alternativen für geregelte Stoffe, für Erzeugnisse, die solche Stoffe enthalten, und für Erzeugnisse, die mit solchen Stoffen hergestellt werden;
- c) Kosten und Nutzen einschlägiger Regelungsstrategien.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten einzeln, gemeinsam oder über zuständige internationale Stellen zusammen bei der Förderung des öffentlichen Bewusstseins über die Auswirkungen der Emissionen geregelter und anderer zu einem Abbau der Ozonschicht führender Stoffe auf die Umwelt.

(3) Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Protokolls und danach alle zwei Jahre legt jede Vertragspartei dem Sekretariat eine Zusammenfassung der nach diesem Artikel durchgeführten Tätigkeiten vor.

Article 10**Financial mechanism**

1. The Parties shall establish a mechanism for the purposes of providing financial and technical co-operation, including the transfer of technologies, to Parties operating under paragraph 1 of Article 5 of this Protocol to enable their compliance with the control measures set out in Articles 2A to 2E and Article 2I, and any control measures in Articles 2F to 2H that are decided pursuant to paragraph 1^{bis} of Article 5 of the Protocol. The mechanism, contributions to which shall be additional to other financial transfers to Parties operating under that paragraph, shall meet all agreed incremental costs of such Parties in order to enable their compliance with the control measures of the Protocol. An indicative list of the categories of incremental costs shall be decided by the meeting of the Parties.

2. The mechanism established under paragraph 1 shall include a Multilateral Fund. It may also include other means of multilateral, regional and bilateral co-operation.

3. The Multilateral Fund shall:

- (a) Meet, on a grant or concessional basis as appropriate, and according to criteria to be decided upon by the Parties, the agreed incremental costs;
- (b) Finance clearing-house functions to:
 - (i) Assist Parties operating under paragraph 1 of Article 5, through country specific studies and other technical co-operation, to identify their needs for co-operation;
 - (ii) Facilitate technical co-operation to meet these identified needs;
 - (iii) Distribute, as provided for in Article 9, information and relevant materials, and hold workshops, training sessions, and other related activities, for the benefit of Parties that are developing countries; and
 - (iv) Facilitate and monitor other multilateral, regional and bilateral co-operation available to Parties that are developing countries;
- (c) Finance the secretarial services of the Multilateral Fund and related support costs.

4. The Multilateral Fund shall operate under the authority of the Parties who shall decide on its overall policies.

Article 10**Mécanisme de financement**

1. Les Parties établissent un mécanisme de financement pour assurer aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 du présent Protocole une coopération financière et technique, notamment pour le transfert de techniques, afin de leur permettre de respecter les mesures de réglementation prévues aux articles 2A à 2E et à l'article 2I, ou toute autre mesure de contrôle énoncée dans les articles 2F à 2H en application du paragraphe 1^{bis} de l'article 5 du Protocole. Ce mécanisme de financement, qui sera alimenté par des contributions qui viendront s'ajouter aux autres apports financiers dont bénéficieront ces Parties, couvrira tous les surcoûts convenus pour lesdites Parties afin qu'elles puissent observer les mesures de réglementation prévues par le Protocole. Une liste indicative des catégories de surcoûts sera arrêtée par la réunion des Parties.

2. Le mécanisme créé en vertu du paragraphe 1 du présent article comprend un Fonds multilatéral. Il peut aussi comprendre d'autres moyens de coopération multilatérale, régionale et bilatérale.

3. Le Fonds multilatéral:

- a) Couvre, gracieusement ou au moyen de prêts à des conditions de faveur, selon le cas et en fonction de critères qui seront fixés par les Parties, les surcoûts convenus;
- b) Finance des fonctions de centre d'échange pour:
 - i) Aider les Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 à définir leurs besoins en matière de coopération, grâce à des études de pays et à d'autres formes de coopération technique;
 - ii) Faciliter la coopération technique pour satisfaire ces besoins identifiés;
 - iii) Diffuser, en application de l'article 9, des informations et de la documentation pertinente, et organiser des ateliers, stages de formation et autres activités apparentées à l'intention des Parties qui sont des pays en développement;
 - iv) Faciliter et suivre les autres éléments de coopération bilatérale, régionale et multilatérale à la disposition des Parties qui sont des pays en développement;
- c) Finance les services de secrétariat du Fonds multilatéral et les dépenses d'appui connexes.

4. Le Fonds multilatéral est placé sous l'autorité des Parties, qui en déterminent la politique générale.

Artikel 10**Finanzierungsmechanismus**

(1) Die Vertragsparteien legen einen Mechanismus fest mit dem Ziel, den in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien finanzielle und technische Zusammenarbeit einschließlich der Weitergabe von Technologien zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Einhaltung der in den Artikeln 2A bis 2E und Artikel 2I festgelegten Regulationsmaßnahmen sowie aller in den Artikeln 2F bis 2H festgelegten Regulationsmaßnahmen, die nach Artikel 5 Absatz 1^{bis} beschlossen worden sind, zu ermöglichen. Der Mechanismus, der durch Beiträge gespeist wird, die zusätzlich zu anderen finanziellen Zuwendungen an die in dem genannten Absatz bezeichneten Vertragsparteien geleistet werden, dient zur Deckung aller vereinbarten Mehrkosten dieser Vertragsparteien, um ihnen die Einhaltung der Regulationsmaßnahmen des Protokolls zu ermöglichen. Eine als Anhaltspunkt dienende Liste der Kategorien von Mehrkosten wird von der Tagung der Vertragsparteien beschlossen.

(2) Der nach Absatz 1 festgelegte Mechanismus umfasst einen Multilateralen Fonds. Er kann auch andere Arten der multilateralen, regionalen und bilateralen Zusammenarbeit einschließen.

(3) Der Multilaterale Fonds hat die Aufgabe,

- a) die vereinbarten Mehrkosten durch Zuschüsse beziehungsweise Darlehen zu Vorzugsbedingungen nach Kriterien, die von den Vertragsparteien beschlossen werden, zu decken;
- b) die Tätigkeiten einer Verrechnungsstelle zu finanzieren, um
 - i) den in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien durch landesspezifische Untersuchungen und sonstige technische Zusammenarbeit zu helfen, ihre Bedürfnisse im Hinblick auf die Zusammenarbeit zu ermitteln;
 - ii) die technische Zusammenarbeit zu erleichtern, um diesen ermittelten Bedürfnissen gerecht zu werden;
 - iii) nach Artikel 9 Informationen und einschlägige Materialien zu verteilen, Arbeits- und Schulungsseminare sowie sonstige verwandte Tätigkeiten zugunsten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, durchzuführen und
 - iv) sonstige multilaterale, regionale und bilaterale Zusammenarbeit für Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zu erleichtern und zu überwachen;
- c) die Sekretariatsdienste des Multilateralen Fonds und damit verbundene begleitende Kosten zu finanzieren.

(4) Der Multilaterale Fonds untersteht den Vertragsparteien, die seine allgemeine Politik bestimmen.

5. The Parties shall establish an Executive Committee to develop and monitor the implementation of specific operational policies, guidelines and administrative arrangements, including the disbursement of resources, for the purpose of achieving the objectives of the Multilateral Fund. The Executive Committee shall discharge its tasks and responsibilities, specified in its terms of reference as agreed by the Parties, with the co-operation and assistance of the International Bank for Reconstruction and Development (World Bank), the United Nations Environment Programme, the United Nations Development Programme or other appropriate agencies depending on their respective areas of expertise. The members of the Executive Committee, which shall be selected on the basis of a balanced representation of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 and of the Parties not so operating, shall be endorsed by the Parties.

6. The Multilateral Fund shall be financed by contributions from Parties not operating under paragraph 1 of Article 5 in convertible currency or, in certain circumstances, in kind and/or in national currency, on the basis of the United Nations scale of assessments. Contributions by other Parties shall be encouraged. Bilateral and, in particular cases agreed by a decision of the Parties, regional co-operation may, up to a percentage and consistent with any criteria to be specified by decision of the Parties, be considered as a contribution to the Multilateral Fund, provided that such co-operation, as a minimum:

- (a) Strictly relates to compliance with the provisions of this Protocol;
- (b) Provides additional resources; and
- (c) Meets agreed incremental costs.

7. The Parties shall decide upon the programme budget of the Multilateral Fund for each fiscal period and upon the percentage of contributions of the individual Parties thereto.

8. Resources under the Multilateral Fund shall be disbursed with the concurrence of the beneficiary Party.

9. Decisions by the Parties under this Article shall be taken by consensus whenever possible. If all efforts at consensus have been exhausted and no agreement reached, decisions shall be adopted by a two-thirds majority vote of the Parties present and voting, representing a majority of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 present and voting and a majority of the Parties not so operating present and voting.

5. Les Parties créent un Comité exécutif qui sera chargé de définir et de surveiller l'application des politiques opérationnelles, directives et arrangements administratifs, y compris le décaissement des ressources nécessaires à la réalisation des objectifs du Fonds. Le Comité exécutif s'acquittera de ses fonctions et responsabilités conformément à ses statuts adoptés par les Parties et en coopération et avec l'assistance de la Banque internationale pour la reconstruction et le développement (Banque mondiale), du Programme des Nations Unies pour l'environnement, du Programme des Nations Unies pour le développement et d'autres organismes appropriés en fonction de leurs domaines de compétence respectifs. Les membres du Comité exécutif, qui sont choisis selon le principe d'une représentation équilibrée des Parties visées et des Parties non visées au paragraphe 1 de l'article 5, sont nommés par les Parties.

6. Les contributions au Fonds multilatéral, qui seront versées en monnaies convertibles ou, à titre exceptionnel, en nature et/ou en monnaie nationale, sont versées par les Parties qui ne sont pas visées au paragraphe 1 de l'article 5 sur la base du barème des quotes-parts de l'ONU. On encouragera le versement de contributions par d'autres Parties. Les fonds versés au titre de la coopération bilatérale et, dans certains cas dont les Parties seront convenues, de la coopération régionale, peuvent, jusqu'à un certain pourcentage et en fonction de critères qui seront spécifiés par les Parties, être considérés comme des contributions au Fonds multilatéral, à condition que cette coopération au minimum:

- a) Ait strictement pour objet d'assurer le respect des dispositions du présent Protocole;
- b) Apporte des ressources additionnelles;
- c) Couvre les surcoûts convenus.

7. Les Parties adoptent le budget du Fonds multilatéral correspondant à chaque exercice financier et le barème des contributions des Parties.

8. Les ressources du Fonds multilatéral sont décaissées avec l'accord de la Partie bénéficiaire.

9. Les décisions des Parties auxquelles il est fait référence dans le présent article sont prises par consensus chaque fois que cela est possible. Lorsque tous les efforts pour aboutir à un consensus ont échoué, et que l'on n'est parvenu à aucun accord, les décisions sont adoptées à la majorité des deux tiers des Parties présentes et participant au vote, majorité qui représente la majorité des voix des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 présentes et participant au vote et la majorité des voix des Parties non visées présentes et participant au vote.

(5) Die Vertragsparteien gründen einen Exekutivausschuss zur Planung und Überwachung der Durchführung bestimmter Arbeitsgrundsätze, Leitlinien und Verwaltungsregelungen, einschließlich der Vergabe von Geldmitteln, zu dem Zweck, die Ziele des Multilateralen Fonds zu erreichen. Der Exekutivausschuss nimmt seine in seinem von den Vertragsparteien vereinbarten Mandat festgelegten Aufgaben und Verantwortlichkeiten unter Mitwirkung und mit Unterstützung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen oder anderer geeigneter Gremien entsprechend ihrem jeweiligen Fachgebiet wahr. Die Mitglieder des Exekutivausschusses, die auf der Grundlage einer ausgewogenen Vertretung der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien und der nicht in jenem Absatz bezeichneten Vertragsparteien ausgewählt werden, werden von den Vertragsparteien bestätigt.

(6) Der Multilaterale Fonds wird aus Beiträgen der nicht in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien in konvertierbarer Währung oder unter bestimmten Umständen in Sachleistungen und/oder in der Landeswährung auf der Grundlage des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen finanziert. Andere Vertragsparteien werden zur Beitragsleistung ermutigt. Bilaterale und in durch Beschluss der Vertragsparteien vereinbarten besonderen Fällen regionale Zusammenarbeit können bis zu einem Prozentsatz und nach Kriterien, die durch Beschluss der Vertragsparteien festzulegen sind, als Beitrag zum Multilateralen Fonds angesehen werden, vorausgesetzt, dass zunächst folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich der Erfüllung der Bestimmungen dieses Protokolls;
- b) sie stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung;
- c) sie deckt die vereinbarten Mehrkosten.

(7) Die Vertragsparteien beschließen den Programmhaushalt des Multilateralen Fonds für jede Rechnungsperiode und den Beitragsanteil der einzelnen Vertragsparteien zu diesem Haushalt.

(8) Die Mittel des Multilateralen Fonds werden in Zusammenarbeit mit der begünstigten Vertragspartei vergeben.

(9) Beschlüsse der Vertragsparteien nach diesem Artikel werden, wenn möglich, durch Konsens gefasst. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so werden die Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefasst, die eine Mehrheit der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und eine Mehrheit der nicht in jenem Absatz bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vertritt.

10. The financial mechanism set out in this Article is without prejudice to any future arrangements that may be developed with respect to other environmental issues.

Article 10A

Transfer of technology

Each Party shall take every practicable step, consistent with the programmes supported by the financial mechanism, to ensure:

- (a) that the best available, environmentally safe substitutes and related technologies are expeditiously transferred to Parties operating under paragraph 1 of Article 5; and
- (b) that the transfers referred to in subparagraph (a) occur under fair and most favourable conditions.

Article 11

Meetings of the Parties

1. The Parties shall hold meetings at regular intervals. The Secretariat shall convene the first meeting of the Parties not later than one year after the date of the entry into force of this Protocol and in conjunction with a meeting of the Conference of the Parties to the Convention, if a meeting of the latter is scheduled within that period.

2. Subsequent ordinary meetings of the Parties shall be held, unless the Parties otherwise decide, in conjunction with meetings of the Conference of the Parties to the Convention. Extraordinary meetings of the Parties shall be held at such other times as may be deemed necessary by a meeting of the Parties, or at the written request of any Party, provided that within six months of such a request being communicated to them by the Secretariat, it is supported by at least one third of the Parties.

3. The Parties, at their first meeting, shall:

- (a) adopt by consensus rules of procedure for their meetings;
- (b) adopt by consensus the financial rules referred to in paragraph 2 of Article 13;
- (c) establish the panels and determine the terms of reference referred to in Article 6;
- (d) consider and approve the procedures and institutional mechanisms specified in Article 8; and
- (e) begin preparation of workplans pursuant to paragraph 3 of Article 10.

4. The functions of the meetings of the Parties shall be to:

10. Le mécanisme financier exposé dans le présent article ne préjuge pas des arrangements futurs qui pourraient être mis en place en rapport avec d'autres problèmes d'environnement.

Article 10A

Transfert de technologie

Chaque Partie prend toutes les mesures possibles, compatibles avec les programmes financés par le mécanisme de financement, pour que:

- a) Les meilleurs produits de remplacement et techniques connexes sans danger pour l'environnement soient transférés au plus vite aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5;
- b) Les transferts mentionnés à l'alinéa a) soient effectués dans des conditions équitables et les plus favorables.

Article 11

Réunions des Parties

1. Les Parties tiennent des réunions à intervalles réguliers. Le Secrétaire convoque la première réunion des Parties un an au plus tard après l'entrée en vigueur du présent Protocole et à l'occasion d'une réunion de la Conférence des Parties à la Convention, si cette dernière réunion est prévue durant cette période.

2. Sauf si les Parties en décident autrement, leurs réunions ordinaires ultérieures se tiennent à l'occasion des réunions de la Conférence des Parties à la Convention. Les Parties tiennent des réunions extraordinaires à tout autre moment où une réunion des Parties le juge nécessaire ou à la demande écrite de l'une quelconque d'entre elles, sous réserve que la demande reçoive l'appui d'un tiers au moins des Parties dans les six mois qui suivent la date à laquelle elle leur est communiquée par le Secrétaire.

3. A leur première réunion, les Parties:

- a) Adoptent par consensus le règlement intérieur de leurs réunions;
- b) Adoptent par consensus les règles financières dont il est question au paragraphe 2 de l'article 13;
- c) Constituent les groupes d'experts mentionnés à l'article 6 et précisent leur mandat;
- d) Examinent et approuvent les procédures et les mécanismes institutionnels spécifiés à l'article 8;
- e) Commencent à établir des plans de travail conformément au paragraphe 3 de l'article 10.

4. Les réunions des Parties ont les fonctions suivantes:

(10) Der in diesem Artikel vorgesehene Finanzierungsmechanismus lässt künftige Regelungen, die möglicherweise im Hinblick auf andere Umweltfragen entwickelt werden, unberührt.

Artikel 10A

Weitergabe von Technologie

Jede Vertragspartei unternimmt im Einklang mit den im Rahmen des Finanzierungsmechanismus geförderten Programmen alle durchführbaren Schritte, um sicherzustellen

- a) dass die besten verfügbaren umweltverträglichen Ersatzprodukte und damit zusammenhängenden Technologien rasch an die in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien weitergegeben werden und
- b) dass die unter Buchstabe a vorgesehene Weitergabe unter gerechten und möglichst günstigen Bedingungen stattfindet.

Artikel 11

Tagungen der Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien halten in regelmäßigen Abständen Tagungen ab. Das Sekretariat beruft die erste Tagung der Vertragsparteien spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Protokolls in Verbindung mit einer Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens ein, wenn eine Tagung der Konferenz innerhalb dieses Zeitraums geplant ist.

(2) Spätere ordentliche Tagungen der Vertragsparteien finden, wenn die Vertragsparteien nichts anderes beschließen, in Verbindung mit Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens statt. Außerordentliche Tagungen der Vertragsparteien finden zu jeder anderen Zeit statt, wenn es die Tagung der Vertragsparteien für notwendig erachtet oder eine Vertragspartei schriftlich beantragt, sofern dieser Antrag innerhalb von sechs Monaten nach seiner Übermittlung durch das Sekretariat von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt wird.

(3) Auf ihrer ersten Tagung nehmen die Vertragsparteien folgende Aufgaben wahr:

- a) Sie beschließen durch Konsens eine Geschäftsordnung für ihre Tagungen;
- b) sie beschließen durch Konsens die in Artikel 13 Absatz 2 bezeichnete Finanzordnung;
- c) sie setzen die in Artikel 6 bezeichneten Gruppen ein und bestimmen ihre Aufgaben;
- d) sie beraten und beschließen die in Artikel 8 bezeichneten Verfahren und institutionellen Mechanismen;
- e) sie beginnen mit der Ausarbeitung der Arbeitspläne nach Artikel 10 Absatz 3.

(4) Die Tagungen der Vertragsparteien haben folgende Aufgaben:

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(a) review the implementation of this Protocol;</p> <p>(b) decide on any adjustments or reductions referred to in paragraph 9 of Article 2;</p> <p>(c) decide on any addition to, insertion in or removal from any annex of substances and on related control measures in accordance with paragraph 10 of Article 2;</p> <p>(d) establish, where necessary, guidelines or procedures for reporting of information as provided for in Article 7 and paragraph 3 of Article 9;</p> <p>(e) review requests for technical assistance submitted pursuant to paragraph 2 of Article 10;</p> <p>(f) review reports prepared by the Secretariat pursuant to subparagraph (c) of Article 12;</p> <p>(g) assess, in accordance with Article 6, the control measures;</p> <p>(h) consider and adopt, as required, proposals for amendment of this Protocol or any annex and for any new annex;</p> <p>(i) consider and adopt the budget for implementing this Protocol; and</p> <p>(j) consider and undertake any additional action that may be required for the achievement of the purposes of this Protocol.</p> | <p>a) Passer en revue l'application du présent Protocole;</p> <p>b) Décider des ajustements ou des réductions dont il est question au paragraphe 9 de l'article 2;</p> <p>c) Décider des substances à énumérer, à ajouter et à retrancher dans les annexes, et des mesures de réglementation connexes conformément au paragraphe 10 de l'article 2;</p> <p>d) Etablir, s'il y a lieu, des lignes directrices ou des procédures concernant la communication des informations en application de l'article 7 et du paragraphe 3 de l'article 9;</p> <p>e) Examiner les demandes d'assistance technique présentées en vertu du paragraphe 2 de l'article 10;</p> <p>f) Examiner les rapports établis par le Secrétariat en application de l'alinéa c) de l'article 12;</p> <p>g) Evaluer, en application de l'article 6, les mesures de réglementation;</p> <p>h) Examiner et adopter, selon les besoins, des propositions d'amendement du présent Protocole ou de l'une quelconque de ses annexes ou d'ajouter d'une nouvelle annexe;</p> <p>i) Examiner et adopter le budget pour l'application du présent Protocole;</p> <p>j) Examiner et prendre toute mesure supplémentaire qui peut être nécessaire pour atteindre les objectifs du présent Protocole.</p> | <p>a) Sie überprüfen die Durchführung des Protokolls;</p> <p>b) sie beschließen Anpassungen und Verminderungen nach Artikel 2 Absatz 9;</p> <p>c) sie beschließen die Aufnahme, Eingliederung oder Streichung von Stoffen in einer Anlage und die damit zusammenhängenden Regelungsmaßnahmen nach Artikel 2 Absatz 10;</p> <p>d) sie legen erforderlichenfalls Leitlinien und Verfahren für die Bereitstellung von Informationen nach Artikel 7 und Artikel 9 Absatz 3 fest;</p> <p>e) sie überprüfen nach Artikel 10 Absatz 2 vorgelegte Anträge auf technische Unterstützung;</p> <p>f) sie überprüfen die vom Sekretariat nach Artikel 12 Buchstabe c ausgearbeiteten Berichte;</p> <p>g) sie bewerten nach Artikel 6 die Regelungsmaßnahmen;</p> <p>h) sie beraten und beschließen nach Bedarf Änderungsvorschläge zu dem Protokoll oder einer Anlage oder Vorschläge für neue Anlagen;</p> <p>i) sie beraten und beschließen den Haushalt für die Durchführung des Protokolls;</p> <p>j) sie beraten und ergreifen weitere Maßnahmen, die zur Erreichung der Zwecke des Protokolls erforderlich sind.</p> |
|--|---|--|

5. The United Nations, its specialized agencies and the International Atomic Energy Agency, as well as any State not party to this Protocol, may be represented at meetings of the Parties as observers. Any body or agency, whether national or international, governmental or non-governmental, qualified in fields relating to the protection of the ozone layer which has informed the Secretariat of its wish to be represented at a meeting of the Parties as an observer may be admitted unless at least one third of the Parties present object. The admission and participation of observers shall be subject to the rules of procedure adopted by the Parties.

5. L'Organisation des Nations Unies, ses institutions spécialisées et l'Agence internationale de l'énergie atomique, ainsi que tout Etat non Partie au présent Protocole, peuvent se faire représenter par des observateurs aux réunions des Parties. Tout organisme ou institution national ou international, gouvernemental ou non gouvernemental, qualifié dans les domaines liés à la protection de la couche d'ozone, qui a informé le Secrétariat de son désir de se faire représenter en qualité d'observateur à une réunion des Parties, peut être admis à y prendre part sauf si un tiers au moins des Parties présentes s'y oppose. L'admission et la participation des observateurs sont subordonnées au respect du règlement intérieur adopté par les Parties.

(5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie jeder Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, können auf den Tagungen der Vertragsparteien als Beobachter vertreten sein. Jede Stelle, national oder international, staatlich oder nichtstaatlich, die auf Gebieten im Zusammenhang mit dem Schutz der Ozonschicht fachlich befähigt ist und dem Sekretariat ihren Wunsch mitgeteilt hat, auf einer Tagung der Vertragsparteien als Beobachter vertreten zu sein, kann zugelassen werden, sofern nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien widerspricht. Die Zulassung und Teilnahme von Beobachtern unterliegen der von den Vertragsparteien beschlossenen Geschäftsordnung.

Article 12 Secretariat

For the purposes of this Protocol, the Secretariat shall:

- (a) arrange for and service meetings of the Parties as provided for in Article 11;
- (b) receive and make available, upon request by a Party, data provided pursuant to Article 7;

Article 12 Secrétariat

Aux fins du présent Protocole, le Secrétariat:

- a) Organise les réunions des Parties visées à l'article 11 et en assure le service;
- b) Reçoit les données fournies au titre de l'article 7 et les communique à toute Partie à sa demande;

Artikel 12 Sekretariat

Für die Zwecke dieses Protokolls hat das Sekretariat folgende Aufgaben:

- a) Es veranstaltet die in Artikel 11 vorgesehenen Tagungen der Vertragsparteien und stellt die entsprechenden Dienste bereit;
- b) es nimmt die nach Artikel 7 bereitgestellten Daten entgegen und stellt sie einer Vertragspartei auf Ersuchen zur Verfügung;

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(c) prepare and distribute regularly to the Parties reports based on information received pursuant to Articles 7 and 9;</p> <p>(d) notify the Parties of any request for technical assistance received pursuant to Article 10 so as to facilitate the provision of such assistance;</p> <p>(e) encourage non-Parties to attend the meetings of the Parties as observers and to act in accordance with the provisions of this Protocol;</p> <p>(f) provide, as appropriate, the information and requests referred to in subparagraphs (c) and (d) to such non-party observers; and</p> <p>(g) perform such other functions for the achievement of the purposes of this Protocol as may be assigned to it by the Parties.</p> | <p>c) Etablit et distribue régulièrement aux Parties des rapports fondés sur les renseignements reçus en application des articles 7 et 9;</p> <p>d) Communique aux Parties toute demande d'assistance technique reçue en application de l'article 10 afin de faciliter l'octroi de cette assistance;</p> <p>e) Encourage les pays qui ne sont pas Parties à assister aux réunions des Parties en tant qu'observateurs et à respecter les dispositions du présent Protocole;</p> <p>f) Communique, le cas échéant, les renseignements et les demandes visés aux alinéas c) et d) du présent article aux observateurs des pays qui ne sont pas Parties;</p> <p>g) S'acquitte, en vue de la réalisation des objectifs du présent Protocole, de toutes autres fonctions que pourront lui assigner les Parties.</p> | <p>c) es erarbeitet Berichte aufgrund von Informationen, die nach den Artikeln 7 und 9 eingehen, und verteilt sie regelmäßig an die Vertragsparteien;</p> <p>d) es notifiziert den Vertragsparteien jeden nach Artikel 10 eingegangenen Antrag auf technische Unterstützung, um die Bereitstellung solcher Unterstützung zu erleichtern;</p> <p>e) es ermutigt Nichtvertragsparteien, an den Tagungen der Vertragsparteien als Beobachter teilzunehmen und im Einklang mit den Bestimmungen des Protokolls zu handeln;</p> <p>f) es stellt diesen als Beobachter teilnehmenden Nichtvertragsparteien gegebenenfalls die unter den Buchstaben c und d bezeichneten Informationen und Anträge zur Verfügung;</p> <p>g) es nimmt zur Erreichung der Zwecke des Protokolls sonstige Aufgaben wahr, die ihm von den Vertragsparteien übertragen werden.</p> |
|--|--|--|

Article 13**Financial provisions**

1. The funds required for the operation of this Protocol, including those for the functioning of the Secretariat related to this Protocol, shall be charged exclusively against contributions from the Parties.

2. The Parties, at their first meeting, shall adopt by consensus financial rules for the operation of this Protocol.

Article 13**Dispositions financières**

1. Les ressources financières destinées à l'application du présent Protocole, y compris aux dépenses de fonctionnement du Secrétariat liées au présent Protocole, proviennent exclusivement des contributions des Parties.

2. A leur première réunion, les Parties adoptent par consensus les règles financières devant régir la mise en oeuvre du présent Protocole.

Artikel 13**Finanzielle Bestimmungen**

(1) Die für die Durchführung dieses Protokolls erforderlichen Mittel einschließlich derjenigen für die Arbeit des Sekretariats im Zusammenhang mit dem Protokoll stammen ausschließlich aus Beiträgen der Vertragsparteien.

(2) Auf ihrer ersten Tagung beschließen die Vertragsparteien durch Konsens die Finanzordnung für die Durchführung des Protokolls.

Article 14**Relationship of this Protocol to the Convention**

Except as otherwise provided in this Protocol, the provisions of the Convention relating to its protocols shall apply to this Protocol.

Article 14**Rapport entre le présent Protocole et la Convention**

Sauf mention contraire dans le présent Protocole, les dispositions de la Convention relatives à ses protocoles s'appliquent au présent Protocole.

Artikel 14**Verhältnis dieses Protokolls zum Übereinkommen**

Sofern in diesem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, gelten die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf seine Protokolle beziehen, für das Protokoll.

Article 15**Signature**

This Protocol shall be open for signature by States and by regional economic integration organizations in Montreal on 16 September 1987, in Ottawa from 17 September 1987 to 16 January 1988, and at United Nations Headquarters in New York from 17 January 1988 to 15 September 1988.

Article 15**Signature**

Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats et des organisations régionales d'intégration économique, à Montréal le 16 septembre 1987, à Ottawa du 17 septembre 1987 au 16 janvier 1988 et au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New York, du 17 janvier 1988 au 15 septembre 1988.

Artikel 15**Unterzeichnung**

Dieses Protokoll liegt für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration am 16. September 1987 in Montreal, vom 17. September 1987 bis zum 16. Januar 1988 in Ottawa und vom 17. Januar 1988 bis zum 15. September 1988 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 16**Entry into force**

1. This Protocol shall enter into force on 1 January 1989, provided that at least eleven instruments of ratification, acceptance, approval of the Protocol or accession thereto have been deposited by States or regional economic integration organizations representing at least two-thirds of 1986 estimated global consumption of the

Article 16**Entrée en vigueur**

1. Le présent Protocole entre en vigueur le 1^{er} janvier 1989, sous réserve du dépôt à cette date d'au moins onze instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du Protocole ou d'adhésion au Protocole par des Etats ou des organisations régionales d'intégration économique dont la consommation de substances réglemen-

Artikel 16**Inkrafttreten**

(1) Dieses Protokoll tritt am 1. Januar 1989 in Kraft, sofern mindestens elf Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden zu dem Protokoll von Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die mindestens zwei Drittel des geschätzten weltweiten Verbrauchs der geregelten Stoffe im Jahr

controlled substances, and the provisions of paragraph 1 of Article 17 of the Convention have been fulfilled. In the event that these conditions have not been fulfilled by that date, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date on which the conditions have been fulfilled.

2. For the purposes of paragraph 1, any such instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

3. After the entry into force of this Protocol, any State or regional economic integration organization shall become a Party to it on the ninetieth day following the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 17

Parties joining after entry into force

Subject to Article 5, any State or regional economic integration organization which becomes a Party to this Protocol after the date of its entry into force, shall fulfil forthwith the sum of the obligations under Article 2, as well as under Articles 2A to 2I and Article 4, that apply at that date to the States and regional economic integration organizations that became Parties on the date the Protocol entered into force.

Article 18

Reservations

No reservations may be made to this Protocol.

Article 19

Withdrawal

Any Party may withdraw from this Protocol by giving written notification to the Depositary at any time after four years of assuming the obligations specified in paragraph 1 of Article 2A. Any such withdrawal shall take effect upon expiry of one year after the date of its receipt by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.

Article 20

Authentic texts

The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

tées représente au moins les deux tiers de la consommation mondiale estimée de 1986 et à condition que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 17 de la Convention aient été respectées. Si, à cette date, ces conditions n'ont pas été respectées, le présent Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date à laquelle ces conditions ont été respectées.

2. Aux fins du paragraphe 1, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique ne doit être considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les Etats membres de ladite organisation.

3. Postérieurement à l'entrée en vigueur du présent Protocole, tout Etat ou toute organisation régionale d'intégration économique devient Partie au présent Protocole le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 17

Parties adhérant après l'entrée en vigueur

Sous réserve des dispositions de l'article 5, tout Etat ou organisation régionale d'intégration économique qui devient Partie au présent Protocole après la date de son entrée en vigueur assume immédiatement la totalité de ses obligations aux termes des dispositions de l'article 2, des articles 2A à 2I et de l'article 4 qui s'appliquent à ce moment aux Etats et aux organisations régionales d'intégration économique qui sont devenus Parties à la date d'entrée en vigueur du Protocole.

Article 18

Réserves

Le présent Protocole ne peut faire l'objet de réserves.

Article 19

Dénonciation

Toute Partie peut dénoncer le présent Protocole, par notification écrite donnée au dépositaire, à l'expiration d'un délai de quatre ans après avoir accepté les obligations spécifiées au paragraphe 1 de l'article 2A. Toute dénonciation prend effet à l'expiration d'un délai d'un an suivant la date de sa réception par le dépositaire ou à toute date ultérieure qui peut être spécifiée dans la notification de dénonciation.

Article 20

Textes faisant foi

L'original du présent Protocole, dont les textes en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe font également foi, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

1986 vertreten, hinterlegt und die Bestimmungen des Artikels 17 Absatz 1 des Übereinkommens erfüllt sind. Sind diese Bedingungen bis zu dem genannten Tag nicht erfüllt, so tritt das Protokoll am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Bedingungen erfüllt worden sind.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

(3) Nach Inkrafttreten des Protokolls wird ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde Vertragspartei des Protokolls.

Artikel 17

Vertragsparteien, die nach dem Inkrafttreten beitreten

Vorbehaltlich des Artikels 5 erfüllt jeder Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls beitreten, sofort sämtliche in Artikel 2 sowie in den Artikeln 2A bis 2I und 4 vorgesehenen Verpflichtungen, die zu dem betreffenden Zeitpunkt für die Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration gelten, die an dem Tag Vertragsparteien wurden, an dem das Protokoll in Kraft trat.

Artikel 18

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 19

Rücktritt

Jede Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von vier Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem sie die in Artikel 2A Absatz 1 vorgesehenen Verpflichtungen übernommen hat, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Protokoll zurücktreten. Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

Artikel 20

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this protocol.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Done at Montreal this sixteenth day of september, one thousand nine hundred and eighty-seven.

Fait à Montréal, le seize septembre mil neuf cent quatre-vingt-sept.

Geschehen zu Montreal am 16. September 1987.

Annex A
Controlled substances

Group	Substance		Ozone-Depleting Potential*)
Group I	CFCl ₃	(CFC-11)	1.0
	CF ₂ Cl ₂	(CFC-12)	1.0
	C ₂ F ₃ Cl ₃	(CFC-113)	0.8
	C ₂ F ₄ Cl ₂	(CFC-114)	1.0
	C ₂ F ₅ Cl	(CFC-115)	0.6
Group II	CF ₂ BrCl	(halon-1211)	3.0
	CF ₃ Br	(halon-1301)	10.0
	C ₂ F ₄ Br ₂	(halon-2402)	6.0

*) These ozone depleting potentials are estimates based on existing knowledge and will be reviewed and revised periodically.

Annex B
Controlled substances

Group	Substance		Ozone-Depleting Potential
Group I	CF ₃ Cl	(CFC-13)	1.0
	C ₂ FCl ₅	(CFC-111)	1.0
	C ₂ F ₂ Cl ₄	(CFC-112)	1.0
	C ₃ FCl ₇	(CFC-211)	1.0
	C ₃ F ₂ Cl ₆	(CFC-212)	1.0
	C ₃ F ₃ Cl ₅	(CFC-213)	1.0
	C ₃ F ₄ Cl ₄	(CFC-214)	1.0
	C ₃ F ₅ Cl ₃	(CFC-215)	1.0
	C ₃ F ₆ Cl ₂	(CFC-216)	1.0
	C ₃ F ₇ Cl	(CFC-217)	1.0
Group II	CCl ₄	carbon tetrachloride	1.1
Group III	C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1-trichloroethane (methyl chloroform)	0.1

*) This formula does not refer to 1,1,2-trichloroethane.

Annex C
Controlled substances

Group	Substance	Number of isomers	Ozone-Depleting Potential*)
Group I	CHFCI ₂ (HCFC-21)**)	1	0.04
	CHF ₂ CI (HCFC-22)**)	1	0.055
	CH ₂ FCI (HCFC-31)	1	0.02
	C ₂ HFCI ₄ (HCFC-121)	2	0.01–0.04
	C ₂ HF ₂ CI ₃ (HCFC-122)	3	0.02–0.08
	C ₂ HF ₃ CI ₂ (HCFC-123)	3	0.02–0.06
	CHCl ₂ CF ₃ (HCFC-123)**)	–	0.02
	C ₂ HF ₄ CI (HCFC-124)	2	0.02–0.04
	CHFCICF ₃ (HCFC-124)**)	–	0.022
	C ₂ H ₂ FCI ₃ (HCFC-131)	3	0.007–0.05
	C ₂ H ₂ F ₂ CI ₂ (HCFC-132)	4	0.008–0.05
	C ₂ H ₂ F ₃ CI (HCFC-133)	3	0.02–0.06
	C ₂ H ₃ FCI ₂ (HCFC-141)	3	0.005–0.07
	CH ₃ CFCl ₂ (HCFC-141b)**)	–	0.11
	C ₂ H ₃ F ₂ CI (HCFC-142)	3	0.008–0.07
	CH ₃ CF ₂ CI (HCFC-142b)**)	–	0.065
	C ₂ H ₄ FCI (HCFC-151)	2	0.003–0.005
	C ₃ HFCI ₆ (HCFC-221)	5	0.015–0.07
	C ₃ HF ₂ CI ₅ (HCFC-222)	9	0.01–0.09
	C ₃ HF ₃ CI ₄ (HCFC-223)	12	0.01–0.08
	C ₃ HF ₄ CI ₃ (HCFC-224)	12	0.01–0.09
	C ₃ HF ₅ CI ₂ (HCFC-225)	9	0.02–0.07
	CF ₃ CF ₂ CHCl ₂ (HCFC-225ca)**)	–	0.025
	CF ₂ ClCF ₂ CHClF (HCFC-225cb)**)	–	0.033
	C ₃ HF ₆ CI (HCFC-226)	5	0.02–0.10
	C ₃ H ₂ FCI ₅ (HCFC-231)	9	0.05–0.09
	C ₃ H ₂ F ₂ CI ₄ (HCFC-232)	16	0.008–0.10
	C ₃ H ₂ F ₃ CI ₃ (HCFC-233)	18	0.007–0.23
	C ₃ H ₂ F ₄ CI ₂ (HCFC-234)	16	0.01–0.28
	C ₃ H ₂ F ₅ CI (HCFC-235)	9	0.03–0.52
	C ₃ H ₃ FCI ₄ (HCFC-241)	12	0.004–0.09
	C ₃ H ₃ F ₂ CI ₃ (HCFC-242)	18	0.005–0.13
	C ₃ H ₃ F ₃ CI ₂ (HCFC-243)	18	0.007–0.12
	C ₃ H ₃ F ₄ CI (HCFC-244)	12	0.009–0.14
	C ₃ H ₄ FCI ₃ (HCFC-251)	12	0.001–0.01
	C ₃ H ₄ F ₂ CI ₂ (HCFC-252)	16	0.005–0.04
	C ₃ H ₄ F ₃ CI (HCFC-253)	12	0.003–0.03
	C ₃ H ₅ FCI ₂ (HCFC-261)	9	0.002–0.02
	C ₃ H ₅ F ₂ CI (HCFC-262)	9	0.002–0.02
	C ₃ H ₆ FCI (HCFC-271)	5	0.001–0.03
Group II	CHFBr ₂	1	1.00
	CHF ₂ Br (HBFC-22B1)	1	0.74
	CH ₂ FBr	1	0.73
	C ₂ HFBr ₄	2	0.3–0.8
	C ₂ HF ₂ Br ₃	3	0.5–1.8
	C ₂ HF ₃ Br ₂	3	0.4–1.6
	C ₂ HF ₄ Br	2	0.7–1.2
	C ₂ H ₂ FBr ₃	3	0.1–1.1
	C ₂ H ₂ F ₂ Br ₂	4	0.2–1.5
	C ₂ H ₂ F ₃ Br	3	0.7–1.6
	C ₂ H ₃ FBr ₂	3	0.1–1.7
	C ₂ H ₃ F ₂ Br	3	0.2–1.1
	C ₂ H ₄ FBr	2	0.07–0.1
	C ₃ HFBr ₆	5	0.3–1.5
	C ₃ HF ₂ Br ₅	9	0.2–1.9
	C ₃ HF ₃ Br ₄	12	0.3–1.8
	C ₃ HF ₄ Br ₃	12	0.5–2.2

Group	Substance	Number of isomers	Ozone-Depleting Potential*)
	C ₃ HF ₅ Br ₂	9	0.9–2.0
	C ₃ HF ₆ Br	5	0.7–3.3
	C ₃ H ₂ FBr ₅	9	0.1–1.9
	C ₃ H ₂ F ₂ Br ₄	16	0.2–2.1
	C ₃ H ₂ F ₃ Br ₃	18	0.2–5.6
	C ₃ H ₂ F ₄ Br ₂	16	0.3–7.5
	C ₃ H ₂ F ₅ Br	8	0.9–14.0
	C ₃ H ₃ FBr ₄	12	0.08–1.9
	C ₃ H ₃ F ₂ Br ₃	18	0.1–3.1
	C ₃ H ₃ F ₃ Br ₂	18	0.1–2.5
	C ₃ H ₃ F ₄ Br	12	0.3–4.4
	C ₃ H ₄ FBr ₃	12	0.03–0.3
	C ₃ H ₄ F ₂ Br ₂	16	0.1–1.0
	C ₃ H ₄ F ₃ Br	12	0.07–0.8
	C ₃ H ₅ FBr ₂	9	0.04–0.4
	C ₃ H ₅ F ₂ Br	9	0.07–0.8
	C ₃ H ₆ FBr	5	0.02–0.7
Group III	CH ₂ BrCl bromochloro-methane	1	0.12

*) Where a range of ODPs is indicated, the highest value in that range shall be used for the purposes of the Protocol. The ODPs listed as a single value have been determined from calculations based on laboratory measurements. Those listed as a range are based on estimates and are less certain. The range pertains to an isomeric group. The upper value is the estimate of the ODP of the isomer with the highest ODP, and the lower value is the estimate of the ODP of the isomer with the lowest ODP.

**) Identifies the most commercially viable substances with ODP values listed against them to be used for the purposes of the Protocol.

Annex D*)**A list of products**)
containing controlled substances specified in Annex A**

Products	Customs code number
1. Automobile and truck air conditioning units (whether incorporated in vehicles or not)	
2. Domestic and commercial refrigeration and air conditioning/ heat pump equipment***) e.g. Refrigerators Freezers Dehumidifiers Water coolers Ice machines Air conditioning and heat pump units	
3. Aerosol products, except medical aerosols	
4. Portable fire extinguisher	
5. Insulation boards, panels and pipe covers	
6. Pre-polymers	

*) This Annex was adopted by the Third Meeting of the Parties in Nairobi, 21 June 1991 as required by paragraph 3 of Article 4 of the Protocol.

**) Though not when transported in consignments of personal or household effects or in similar non-commercial situations normally exempted from customs attention.

***) When containing controlled substances in Annex A as a refrigerant and/or in insulating material of the product.

Annex E**Controlled substance**

Group	Substance	Ozone- Depleting Potential
Group I	CH ₃ Br methyl bromide	0.6

Annexe A
Substances réglementées

Groupe	Substance		Potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone*)
Groupe I	CFCl ₃	(CFC-11)	1,0
	CF ₂ Cl ₂	(CFC-12)	1,0
	C ₂ F ₃ Cl ₃	(CFC-113)	0,8
	C ₂ F ₄ Cl ₂	(CFC-114)	1,0
	C ₂ F ₅ Cl	(CFC-115)	0,6
Groupe II	CF ₂ BrCl	(halon-1211)	3,0
	CF ₃ Br	(halon-1301)	10,0
	C ₂ F ₄ Br ₂	(halon-2402)	6,0

*) Ces valeurs du potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone sont des valeurs estimées fondées sur les connaissances actuelles. Elles seront examinées et révisées périodiquement.

Annexe B
Substances réglementées

Groupe	Substance		Potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone
Groupe I	CF ₃ Cl	(CFC-13)	1,0
	C ₂ FCI ₅	(CFC-111)	1,0
	C ₂ F ₂ Cl ₄	(CFC-112)	1,0
	C ₃ FCI ₇	(CFC-211)	1,0
	C ₃ F ₂ Cl ₆	(CFC-212)	1,0
	C ₃ F ₃ Cl ₅	(CFC-213)	1,0
	C ₃ F ₄ Cl ₄	(CFC-214)	1,0
	C ₃ F ₅ Cl ₃	(CFC-215)	1,0
	C ₃ F ₆ Cl ₂	(CFC-216)	1,0
	C ₃ F ₇ Cl	(CFC-217)	1,0
Groupe II	CCl ₄	Tétrachlorure de carbone	1,1
Groupe III	C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1-trichloroéthane (méthylchloroforme)	0,1

*) La formule ne se rapporte pas au 1,1,2-trichloroéthane.

Annexe C
Substances réglementées

Groupe	Substance	Nombre d'isomères	Potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone*)
Groupe I	CHFCI ₂ (HCFC-21)**)	1	0,04
	CHF ₂ Cl (HCFC-22)**)	1	0,055
	CH ₂ FCI (HCFC-31)	1	0,02
	C ₂ HFCI ₄ (HCFC-121)	2	0,01–0,04
	C ₂ HF ₂ Cl ₃ (HCFC-122)	3	0,02–0,08
	C ₂ HF ₃ Cl ₂ (HCFC-123)	3	0,02–0,06
	CHCl ₂ CF ₃ (HCFC-123)**)	–	0,02
	C ₂ HF ₄ Cl (HCFC-124)	2	0,02–0,04
	CHFCICF ₃ (HCFC-124)**)	–	0,022
	C ₂ H ₂ FCI ₃ (HCFC-131)	3	0,007–0,05
	C ₂ H ₂ F ₂ Cl ₂ (HCFC-132)	4	0,008–0,05
	C ₂ H ₂ F ₃ Cl (HCFC-133)	3	0,02–0,06
	C ₂ H ₃ FCI ₂ (HCFC-141)	3	0,005–0,07
	CH ₃ CFCl ₂ (HCFC-141b)**)	–	0,11
	C ₂ H ₃ F ₂ Cl (HCFC-142)	3	0,008–0,07
	CH ₃ CF ₂ Cl (HCFC-142b)**)	–	0,065
	C ₂ H ₄ FCI (HCFC-151)	2	0,003–0,005
	C ₃ HFCI ₆ (HCFC-221)	5	0,015–0,07
	C ₃ HF ₂ Cl ₅ (HCFC-222)	9	0,01–0,09
	C ₃ HF ₃ Cl ₄ (HCFC-223)	12	0,01–0,08
	C ₃ HF ₄ Cl ₃ (HCFC-224)	12	0,01–0,09
	C ₃ HF ₅ Cl ₂ (HCFC-225)	9	0,02–0,07
	CF ₃ CF ₂ CHCl ₂ (HCFC-225ca)**)	–	0,025
	CF ₂ ClCF ₂ CHClF (HCFC-225cb)**)	–	0,033
	C ₃ HF ₆ Cl (HCFC-226)	5	0,02–0,10
	C ₃ H ₂ FCI ₅ (HCFC-231)	9	0,05–0,09
	C ₃ H ₂ F ₂ Cl ₄ (HCFC-232)	16	0,008–0,10
	C ₃ H ₂ F ₃ Cl ₃ (HCFC-233)	18	0,007–0,23
	C ₃ H ₂ F ₄ Cl ₂ (HCFC-234)	16	0,01–0,28
	C ₃ H ₂ F ₅ Cl (HCFC-235)	9	0,03–0,52
	C ₃ H ₃ FCI ₄ (HCFC-241)	12	0,004–0,09
	C ₃ H ₃ F ₂ Cl ₃ (HCFC-242)	18	0,005–0,13
	C ₃ H ₃ F ₃ Cl ₂ (HCFC-243)	18	0,007– 0,12
	C ₃ H ₃ F ₄ Cl (HCFC-244)	12	0,009–0,14
	C ₃ H ₄ FCI ₃ (HCFC-251)	12	0,001–0,01
	C ₃ H ₄ F ₂ Cl ₂ (HCFC-252)	16	0,005–0,04
	C ₃ H ₄ F ₃ Cl (HCFC-253)	12	0,003–0,03
	C ₃ H ₅ FCI ₂ (HCFC-261)	9	0,002–0,02
	C ₃ H ₅ F ₂ Cl (HCFC-262)	9	0,002–0,02
	C ₃ H ₆ FCI (HCFC-271)	5	0,001–0,03
Groupe II	CHFCBr ₂	1	1,00
	CHF ₂ Br (HBFC-22B1)	1	0,74
	CH ₂ FBr	1	0,73
	C ₂ HFCBr ₄	2	0,3–0,8
	C ₂ HF ₂ Br ₃	3	0,5–1,8
	C ₂ HF ₃ Br ₂	3	0,4–1,6
	C ₂ HF ₄ Br	2	0,7–1,2
	C ₂ H ₂ FBr ₃	3	0,1–1,1
	C ₂ H ₂ F ₂ Br ₂	4	0,2–1,5
	C ₂ H ₂ F ₃ Br	3	0,7–1,6
	C ₂ H ₃ FBr ₂	3	0,1–1,7
	C ₂ H ₃ F ₂ Br	3	0,2–1,1
	C ₂ H ₄ FBr	2	0,07–0,1
	C ₃ HFCBr ₆	5	0,3–1,5
	C ₃ HF ₂ Br ₅	9	0,2–1,9

Groupe	Substance	Nombre d'Isomères	Potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone*)
	C ₃ HF ₃ Br ₄	12	0,3–1,8
	C ₃ HF ₄ Br ₃	12	0,5–2,2
	C ₃ HF ₅ Br ₂	9	0,9–2,0
	C ₃ HF ₆ Br	5	0,7–3,3
	C ₃ H ₂ FBr ₅	9	0,1–1,9
	C ₃ H ₂ F ₂ Br ₄	16	0,2–2,1
	C ₃ H ₂ F ₃ Br ₃	18	0,2–5,6
	C ₃ H ₂ F ₄ Br ₂	16	0,3–7,5
	C ₃ H ₂ F ₅ Br	8	0,9–14,0
	C ₃ H ₃ FBr ₄	12	0,08–1,9
	C ₃ H ₃ F ₂ Br ₃	18	0,1–3,1
	C ₃ H ₃ F ₃ Br ₂	18	0,1–2,5
	C ₃ H ₃ F ₄ Br	12	0,3–4,4
	C ₃ H ₄ FBr ₃	12	0,03–0,3
	C ₃ H ₄ F ₂ Br ₂	16	0,1–1,0
	C ₃ H ₄ F ₃ Br	12	0,07–0,8
	C ₃ H ₅ FBr ₂	9	0,04–0,4
	C ₃ H ₅ F ₂ Br	9	0,07–0,8
	C ₃ H ₆ FBr	5	0,02–0,7
Groupe III	CH ₂ BrCl bromochloro-méthane	1	0,12

*) Lorsqu'une fourchette est indiquée pour les valeurs du potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone, c'est la valeur la plus élevée de cette fourchette qui sera utilisée aux fins du Protocole. Lorsqu'un seul chiffre est indiqué comme valeur du potentiel de destruction de l'ozone, celle-ci a été déterminée à partir de calculs reposant sur des mesures en laboratoire. Les valeurs indiquées pour une fourchette reposent sur des estimations et sont donc moins certaines. La fourchette se rapporte à un groupe d'isomères. La valeur supérieure correspond à l'estimation du potentiel de l'isomère au potentiel le plus élevé et la valeur inférieure à l'estimation du potentiel de l'isomère au potentiel le plus faible.

**) Désigne les substances les plus viables commercialement dont les valeurs indiquées pour le potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone doivent être utilisées aux fins du Protocole.

Annexe D*)**Liste de produits**)
contenant des substances réglementées figurant à l'annexe A**

Produits	No. du code douanier
1. Appareils de climatisation des voitures automobiles et des camions (que l'équipement soit ou non incorporé au véhicule)	
2. Appareils de réfrigération et climatiseurs/ pompes à chaleur à usage domestique et commercial***) par ex.: Réfrigérateurs Congélateurs Déshumidificateurs Refroidisseurs d'eau Machines à fabriquer de la glace Dispositifs de climatisation et pompes à chaleur	
3. Aérosols autres que ceux qui sont utilisés à des fins médicales	
4. Extincteurs portatifs	
5. Panneaux d'isolation et revêtements de canalisations	
6. Pré-polymères	

*) Cette annexe a été adoptée, conformément au paragraphe 3 de l'article 4 du Protocole, par la troisième Réunion des Parties tenue à Nairobi le 21 juin 1991.

**) Sauf lorsque ces produits sont transportés en tant qu'effets personnels ou dans toute situation analogue non commerciale où ils sont normalement exemptés des formalités douanières.

***) Lorsque ces appareils contiennent des substances réglementées visées à l'annexe A comme réfrigérant et/ou isolant du produit.

Annexe E**Substance réglementée**

Groupe	Substance	Potentiel d'appau- vrissement de la couche d'ozone
Groupe I	CH ₃ Br Bromure de méthyle	0,6

Anlage A
Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff		Ozonabbau- potential*)
Gruppe I	CFCl ₃	(R 11)	1,0
	CF ₂ Cl ₂	(R 12)	1,0
	C ₂ F ₃ Cl ₃	(R 113)	0,8
	C ₂ F ₄ Cl ₂	(R 114)	1,0
	C ₂ F ₅ Cl	(R 115)	0,6
Gruppe II	CF ₂ BrCl	(Halon 1211)	3,0
	CF ₃ Br	(Halon 1301)	10,0
	C ₂ F ₄ Br ₂	(Halon 2402)	6,0

*) Diese Ozonabbaupotentiale sind Schätzungen aufgrund vorhandener Kenntnisse; sie werden regelmäßig überprüft und revidiert.

Anlage B
Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff		Ozonabbau- potential
Gruppe I	CF ₃ Cl	(R 13)	1,0
	C ₂ FCl ₅	(R 111)	1,0
	C ₂ F ₂ Cl ₄	(R 112)	1,0
	C ₃ FCl ₇	(R 211)	1,0
	C ₃ F ₂ Cl ₆	(R 212)	1,0
	C ₃ F ₃ Cl ₅	(R 213)	1,0
	C ₃ F ₄ Cl ₄	(R 214)	1,0
	C ₃ F ₅ Cl ₃	(R 215)	1,0
	C ₃ F ₆ Cl ₂	(R 216)	1,0
	C ₃ F ₇ Cl	(R 217)	1,0
Gruppe II	CCl ₄	Tetrachlorkohlenstoff	1,1
Gruppe III	C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1-Trichlorethan (Methylchloroform)	0,1

*) Diese Formel bezieht sich nicht auf 1,1,2-Trichlorethan.

Anlage C
Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff	Anzahl der Isomere	Ozonabbau-potential*)
Gruppe I	CHFCI ₂ (R 21)**	1	0,04
	CHF ₂ Cl (R 22)**	1	0,055
	CH ₂ FCI (R 31)	1	0,02
	C ₂ HFCI ₄ (R 121)	2	0,01–0,04
	C ₂ HF ₂ Cl ₃ (R 122)	3	0,02–0,08
	C ₂ HF ₃ Cl ₂ (R 123)	3	0,02–0,06
	CHCl ₂ CF ₃ (R 123)**	–	0,02
	C ₂ HF ₄ Cl (R 124)	2	0,02–0,04
	CHFCICF ₃ (R 124)**	–	0,022
	C ₂ H ₂ FCI ₃ (R 131)	3	0,007–0,05
	C ₂ H ₂ F ₂ Cl ₂ (R 132)	4	0,008–0,05
	C ₂ H ₂ F ₃ Cl (R 133)	3	0,02–0,06
	C ₂ H ₃ FCI ₂ (R 141)	3	0,005–0,07
	CH ₃ CFCl ₂ (R 141b)**	–	0,11
	C ₂ H ₃ F ₂ Cl (R 142)	3	0,008–0,07
	CH ₃ CF ₂ Cl (R 142b)**	–	0,065
	C ₂ H ₄ FCI (R 151)	2	0,003–0,005
	C ₃ HFCI ₆ (R 221)	5	0,015–0,07
	C ₃ HF ₂ Cl ₅ (R 222)	9	0,01–0,09
	C ₃ HF ₃ Cl ₄ (R 223)	12	0,01–0,08
	C ₃ HF ₄ Cl ₃ (R 224)	12	0,01–0,09
	C ₃ HF ₅ Cl ₂ (R 225)	9	0,02–0,07
	CF ₃ CF ₂ CHCl ₂ (R 225ca)**	–	0,025
	CF ₂ CICF ₂ CHClF (R 225cb)**	–	0,033
	C ₃ HF ₆ Cl (R 226)	5	0,02–0,10
	C ₃ H ₂ FCI ₅ (R 231)	9	0,05–0,09
	C ₃ H ₂ F ₂ Cl ₄ (R 232)	16	0,008–0,10
	C ₃ H ₂ F ₃ Cl ₃ (R 233)	18	0,007–0,23
	C ₃ H ₂ F ₄ Cl ₂ (R 234)	16	0,01–0,28
	C ₃ H ₂ F ₅ Cl (R 235)	9	0,03–0,52
	C ₃ H ₃ FCI ₄ (R 241)	12	0,004–0,09
	C ₃ H ₃ F ₂ Cl ₃ (R 242)	18	0,005–0,13
	C ₃ H ₃ F ₃ Cl ₂ (R 243)	18	0,007–0,12
	C ₃ H ₃ F ₄ Cl (R 244)	12	0,009–0,14
	C ₃ H ₄ FCI ₃ (R 251)	12	0,001–0,01
	C ₃ H ₄ F ₂ Cl ₂ (R 252)	16	0,005–0,04
	C ₃ H ₄ F ₃ Cl (R 253)	12	0,003–0,03
	C ₃ H ₅ FCI ₂ (R 261)	9	0,002–0,02
	C ₃ H ₅ F ₂ Cl (R 262)	9	0,002–0,02
	C ₃ H ₆ FCI (R 271)	5	0,001–0,03
Gruppe II	CHFBr ₂	1	1,00
	CHF ₂ Br (R 22B1)	1	0,74
	CH ₂ FBr	1	0,73
	C ₂ HFBr ₄	2	0,3–0,8
	C ₂ HF ₂ Br ₃	3	0,5–1,8
	C ₂ HF ₃ Br ₂	3	0,4–1,6
	C ₂ HF ₄ Br	2	0,7–1,2
	C ₂ H ₂ FBr ₃	3	0,1–1,1
	C ₂ H ₂ F ₂ Br ₂	4	0,2–1,5
	C ₂ H ₂ F ₃ Br	3	0,7–1,6
	C ₂ H ₃ FBr ₂	3	0,1–1,7
	C ₂ H ₃ F ₂ Br	3	0,2–1,1
	C ₂ H ₄ FBr	2	0,07–0,1
	C ₃ HFB ₆	5	0,3–1,5
	C ₃ HF ₂ Br ₅	9	0,2–1,9
	C ₃ HF ₃ Br ₄	12	0,3–1,8
	C ₃ HF ₄ Br ₃	12	0,5–2,2

Gruppe	Stoff	Anzahl der Isomere	Ozonabbau-potential*)
	C ₃ HF ₅ Br ₂	9	0,9–2,0
	C ₃ HF ₆ Br	5	0,7–3,3
	C ₃ H ₂ FBr ₅	9	0,1–1,9
	C ₃ H ₂ F ₂ Br ₄	16	0,2–2,1
	C ₃ H ₂ F ₃ Br ₃	18	0,2–5,6
	C ₃ H ₂ F ₄ Br ₂	16	0,3–7,5
	C ₃ H ₂ F ₅ Br	8	0,9–14,0
	C ₃ H ₃ FBr ₄	12	0,08–1,9
	C ₃ H ₃ F ₂ Br ₃	18	0,1–3,1
	C ₃ H ₃ F ₃ Br ₂	18	0,1–2,5
	C ₃ H ₃ F ₄ Br	12	0,3–4,4
	C ₃ H ₄ FBr ₃	12	0,03–0,3
	C ₃ H ₄ F ₂ Br ₂	16	0,1–1,0
	C ₃ H ₄ F ₃ Br	12	0,07–0,8
	C ₃ H ₅ FBr ₂	9	0,04–0,4
	C ₃ H ₅ F ₂ Br	9	0,07–0,8
	C ₃ H ₆ FBr	5	0,02–0,7
Gruppe III	CH ₂ BrCl Brom- chlormethan	1	0,12

*) Ist für das Ozonabbaupotential ein Bereich angegeben, so wird der höchste Wert dieses Bereichs für die Zwecke des Protokolls verwendet. Die als Einzelwerte angegebenen Ozonabbaupotentiale wurden durch Berechnungen auf der Grundlage von Labormessungen ermittelt. Die als Bereich angegebenen Ozonabbaupotentiale beruhen auf Schätzungen und sind weniger genau. Der Bereich bezieht sich auf eine Gruppe von Isomeren. Der obere Wert ist eine Schätzung des Ozonabbaupotentials des Isomers mit dem höchsten Ozonabbaupotential, und der untere Wert ist eine Schätzung des Ozonabbaupotentials des Isomers mit dem geringsten Ozonabbaupotential.

**) Bezeichnet die wirtschaftlich bedeutendsten Stoffe samt Ozonabbaupotentialwerten, die für die Zwecke des Protokolls verwendet werden sollen.

Anlage D^{*)}
Liste der Erzeugnisse^{)},**
die in Anlage A aufgeführte geregelte Stoffe enthalten
 (Angenommen nach Artikel 4 Absatz 3)

Erzeugnisse	Zoll- Codenummer
1. Klimageräte für Personen- und Lastkraftwagen (in das Fahrzeug eingebaut oder nicht)	
2. Private und gewerbliche Kühl- und Klimaanlage/ Wärmepumpen ^{***)}	
z.B. Kühlgeräte	
Gefriergeräte	
Entfeuchter	
Wasserkühler	
Eismaschinen	
Klimageräte und	
Wärmepumpen	
3. Aerosolerzeugnisse mit Ausnahme derjenigen, die für medizinische Zwecke verwendet werden	
4. Tragbare Feuerlöcher	
5. Dämmplatten, Paneele und Rohrverkleidungen	
6. Vorpolymere	

^{*)} Diese Anlage wurde von der dritten Tagung der Vertragsparteien am 21. Juni 1991 in Nairobi nach Artikel 4 Absatz 3 des Protokolls angenommen.

^{**)} Außer wenn sie als persönliche Habe oder unter ähnlichen nichtgewerblichen Umständen befördert werden, unter denen sie üblicherweise von Zollförmlichkeiten befreit sind.

^{***)} Wenn sie in Anlage A aufgeführte geregelte Stoffe als Kältemittel und/oder im Dämmmaterial für das Erzeugnis enthalten.

Anlage E
Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff	Ozonabbau- potential
Gruppe I	CH ₃ Br Methylbromid	0,6

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: DMB Bundesdruckerei GmbH & Co. KG

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2003 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 2. Februar 1998
über die Vorrechte und Befreiungen der Kommission
zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee
sowie der amtlichen deutschen Übersetzung des Übereinkommens**

Vom 2. April 2003

Das Gesetz vom 26. Juli 2002 zu dem Übereinkommen vom 2. Februar 1998 über die Vorrechte und Befreiungen der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (BGBl. 2002 II S. 1663) sowie die amtliche deutsche Übersetzung des Übereinkommens sind wie folgt zu berichtigen:

1. In der Bezeichnung und in Artikel 1 des Gesetzes ist das Wort „Befreiungen“ jeweils durch das Wort „Immunitäten“ zu ersetzen.
2. In der amtlichen deutschen Übersetzung des Übereinkommens ist
 - a) in der Überschrift das Wort „Befreiungen“ durch das Wort „Immunitäten“ zu ersetzen,
 - b) in Artikel 1 Buchstabe c der Ausdruck „Vertragspartei des Helsinki-Übereinkommen“ zu ersetzen durch „Vertragspartei des Helsinki-Übereinkommens“,
 - c) in Artikel 1 Buchstabe i die Zahl „50“ zu streichen,
 - d) in der Überschrift des Artikels 16 das Wort „Genehmigung“ durch das Wort „Geltungsdauer“ zu ersetzen.

Berlin, den 2. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Schleich